C21734 E

PORTUGAL REGIERUNGSKRISE 3
STEUERÄNDERUNGS-GESETZ 23
BEILAGE UNSERE STADT



Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 47 23. Juli 74
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

NATO greift nach Zypern

Am 15. Juli wurde die zyprische Makarios-Regierung durch einen Putsch der von griechischen Offizieren geführten „Nationalgarde" gestürzt. Hinter diesem Putsch steht unmittelbar das faschistische Regime Griechenlands. Innerhalb von zwei Tagen hatten die Putschisten den Widerstand von Anhängern der Makarios-Regierung weitgehend unterdrückt. Mindestens 1.200 Menschen wurden von den Putschisten verhaftet, viele ermordet.
Am 20. Juli landeten türkische Truppen auf Zypern, um den von den Putschisten geplanten Anschluß Zyperns an Griechenland zu verhindern.


In Griechenland ist Mobilmachung

Zypern „verdankt" die blutige äussere Einmischung Griechenlands und der Türkei seiner Lage als strategisch wichtiger „unversenkbarer Flugzeugträger" im östlichen Mittelmeer. Im Grunde geht es sowohl bei der Intervention Griechenlands wie der Türkei (beide gehören der NATO an), darum, Zypern noch stärker als bisher in den „Einflußbereich" der NATO einzubeziehen. Die Regime beider Länder versuchen dabei, ihre besonderen Interessen durchzusetzen. Im Hintergrund stehen Interessen der NATO, vor allem der USA.

Die NATO war allerdings schon vor dem Putsch auf Zypern vertreten. NATO-Mitglied Großbritannien, bis 1960 Kolonialmacht auf Zypern, unterhält auf der Insel immer noch zwei Militärstützpunkte, in denen 8.000 britische Soldaten stationiert sind. Die britischen Stützpunkte auf Zypern sind zwar formal keine NATO-Stützpunkte, wurden aber praktisch doch in gewissem Grad als solche genutzt. Einige hundert Agenten des US-Geheimdienstes CIA operierten von den britischen Stützpunkten aus „zur Auswertung strategischen Aufklärungsmaterials" (offenbar vor allem gegen die arabischen Staaten am östlichen Mittelmeer). Die britischen Stützpunkte dienen der Sechsten US-Flotte als Anlaufhäfen. Vor einigen Monaten, im April, führten Truppen der US-„Ledernacken" Landeübungen in den britischen Stützpunkten auf Zypern durch. Die „Frankfurter Allgemeine" vom 16. Juli, die diese bemerkenswerten Tatsachen berichtet, schreibt dazu: *„Die Insel ist ein Rückhalt für jede Strategie, die im Persischen Golf* (!!) *oder auf der Arabischen Halbinsel* (!!) *zu militärischen Konflikten führen könnte. Die Bastion Zypern ergänzt die amerikanische Strategie ,westlich von Suez' und muß als eine entscheidende Kraft gewertet werden, mit der die Flanke der NATO im Südosten geschützt werden kann."*

Allerdings war der Einfluß der NATO auf Zypern bisher begrenzt. Die Makarios-Regierung bemühte sich um eine „blockfreie", auf Wahrung der Souveränität und Unabhängigkeit der Insel bedachte Außenpolitik, um freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, zur VR China und den arabischen Staaten. So konnte Zypern z. B. während des arabisch-israelischen Krieges im Oktober 73 von den US-Imperialisten nicht als Basis für die militärische Versorgung Israels genutzt werden.

Es ist also eindeutig, daß der Putsch gegen Makarios den US-Imperialisten sehr gelegen kam und daß sie, genauso wie in Chile, unmittelbar bei der Vorbereitung des Putsches engagiert waren.

Forts. nächste Seite

Italien

Arbeiter kämpfen gegen die Ausplünderung

Wie in AK 46 berichtet, hat die Rumor-Regierung beschlossen, mindestens 3000 Mrd. Lire (etwa 12 Mrd. Mark) zusätzlich aus den italienischen Werktätigen herauszupressen, um damit die Krise der Bourgeoisie zu dämpfen.

Diese Milliarden sollen aus einer Erhöhung des Benzinpreises kommen, der Tarife für Gas und Strom, der Fahrpreise bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, der KfZ-Gebühren, der Fernseh- und Rundfunkgebühren, der Postgebühren, der Krankenversicherungsbeiträge, verschiedener Steuern u.a.

Gegen diese Maßnahmen, kurz als ‚decretone' (Erlaß) bezeichnet, hat die italienische Arbeiterklasse in vielfältigen Formen den Kampf aufgenommen.

Dieser Kampf wird dadurch behindert, daß in Italien – wie in der BRD – die Gewerkschaftsführer die Kampfkraft der Arbeiter zu paralysieren versuchen. Von den drei italienischen Gewerkschaftszentralen sind zwei unmittelbar mit Regierungsparteien verflochten, nämlich die CISL (Christdemokraten) und die UIL (Sozialisten und Republikaner). Die dritte, die CGIL (der revisionistischen PCI verbunden) geht den Weg des „historischen Kompromisses", d.h. der Zugeständnisse an die Bourgeoisie.

Die Gewerkschaftszentralen kommen allerdings nicht umhin, dem Kampfwillen der Werktätigen Ventile zu öffnen.

So wurde bereits am 27. Juni ein 24-stündiger Streik der Landarbeiter angesetzt, der von der gesamten Industriearbeiterschaft unterstützt werden sollte.

Zugleich beschlossen die Gewerkschaftszentralen Ende Juni, zwischen 5. und 15. Juli regionale vierstündige Streiks durchzuführen, um damit die Forderung der Arbeiter nach dem Generalstreik abzufangen. So am 5. Juli in Genua und Umgebung; am 9. Juli in Piemont (u.a. Turin), Ligurien, Toscana und auf Sizilien; am 10. Juli in Lombardia (u.a. Mailand) und Campania (u.a. Neapel); am 11. Juli in Umbrien, Südtirol, Teilen Süditaliens und auf Sardinien; am 12. Juli in Lazio (u.a. Rom), im Veneto (u. a. Venedig) und verschiedenen Teilen Mittelitaliens; am 15. Juli schließlich in Kalabrien (Süditalien).

Für die Eisenbahner wurde ein besonderer nationaler Streiktag angesetzt (19. Juli).

In diesen Streiks zeigten sich zwei Tendenzen: zum einen eine relativ geringe Mobilisierung und z.T. sehr unvollständige Streikbeteiligung, und zum andern scharfe und laute Kritik an der Taktik der Gewerkschaftszentralen.

Bereits der Streik vom 27. Juni scheint, was die Massenmobilisierung angeht, ein ziemlicher Mißerfolg gewesen zu sein. Schwache Streikbeteiligung war dann bei den regionalen Streiks u.a. in Genua, in Turin (vor allem bei FIAT), in den meisten großen Fabriken Mailands und auch z.T. in Neapel festzustellen.

Die Streik-Demonstrationen und -Kundgebungen bleiben in der Teilnehmerzahl weit hinter den Mobilisierungen vom 27. Februar (Generalstreik) und vom 29. Mai (nach dem faschistischen Massaker von Brescia) zurück.

Die größte Kundgebung kam auf dem Mailänder Domplatz am 10. Juli zusammen: 50.000 Menschen. Am 29. Mai waren es 250.000, und Kundgebungen mit 150 – 200.000 Menschen hat es auf dem Domplatz in den letzten Jahren mehrmals gegeben.

40.000 waren es am 10. Juli in Neapel, wo es am 29. Mai 200.000 gewesen waren; 25.000 in Turin am 9. Juli (100.000 am 29. Mai); 20.000 in Genua am 5. Juli (50.000 am 29. Mai).

Die Schwäche der Mobilisierung drückt aber keinesfalls einen fehlen-

Forts. nächste Seite

Verschärfte Widersprüche in der kapitalistischen Welt

Zugleich beschlossen die Gewerkschaftszentralen Ende Juni, zwischen 5. und 15. Juli regionale vierstündige Streiks durchzuführen, um damit die Forderung der Arbeiter nach dem Generalstreik abzufangen. So am 5. Juli in Genua und Umgebung; am 9. Juli in Piemont (u.a. Turin), Ligurien,
gewesen waren; 25.000 in Turin am 9. Juli (100.000 am 29. Mai); 20.000 in Genua am 5. Juli (50.000 am 29. Mai).
Die Schwäche der Mobilisierung drückt aber keinesfalls einen fehlen-
Forts. nächste Seite

Verschärfte Widersprüche in der kapitalistischen Welt

Große Ambitionen des BRD-Imperialismus

In den vergangenen Monaten haben sich bei der Bourgeoisie Unkenrufe über eine „Gefahr für den Welthandel", ein „Ende der Allianzen", eine „Krise der europäischen Demokratie", einen „Zerfall der Europäischen Gemeinschaft" usw. abgelöst mit euphorischem Lob auf eine „neue Zukunft der Nato", auf ein „neues Vierteljahrhundert der Zusammenarbeit", auf eine „neue Ära deutsch-französischer Beziehungen" usw.
Hierin widerspiegeln sich die Verschärfung der imperialistischen Widersprüche – zwischen USA und EG sowie innerhalb der EG – und Versuche zu ihrer Lösung, wie sie im Juni 74 in der neuen Nato-Deklaration von Ottawa ihren plakativsten Ausdruck fanden.
Die einzelnen imperialistischen Staaten müssen einerseits ihre eigenen wirtschaftlichen Probleme u.a. auch auf Kosten ihrer imperialistischen Konkurrenten zu lösen versuchen. Vor allem die Imperialisten der USA und der BRD profitieren in dieser Situation davon, daß die Probleme anderer imperialistischer Länder (Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan) noch weit größer sind als die eigenen. Zugleich müssen aber alle imperialistischen Staaten daran interessiert sein, daß sich in keinem der kapitalistischen Länder die Krise soweit verschärft, daß es zu ernsthaften gesellschaftlichen Erschütterungen kommt, die die Zugehörigkeit des betreffenden Landes zur kapitalistischen Welt gefährden könnten.

Krise der EG

Innerhalb der „Europäischen Gemeinschaft" stecken vor allem Großbritannien, Frankreich und Italien in ernsten Schwierigkeiten.

Für 1974 werden die Defizite in der Waren- und Dienstleistungsbilanz dieser drei Länder ungefähr so geschätzt:

Großbritannien	**22,8 Mrd. Mark**
Italien	**22,5 Mrd. Mark**
Frankreich	**12,9 Mrd. Mark**

(Nach „Spiegel" 22/74).

Für die BRD ergibt sich 1974 nach derselben Schätzung ein Plus von 25,1 Mrd. Mark. Die außerordentlich günstige Ausgangsstellung des BRD-Imperialismus im Konkurrenzkampf der EG-Staaten wird schon an diesen Zahlen deutlich. Außer der BRD kann innerhalb der EG nur noch Holland eine positive Bilanz aufweisen (3,9 Mrd. Mark).

Zugleich sind die Gold- und Devisenreserven der BRD größer als die von Frankreich, Italien, Großbritannien, Holland und Belgien zusammen, nämlich: BRD 84 Mrd. Mark; Frankreich 20,7 Mrd. Mark; Italien 17 Mrd. Mark; Großbritannien 16,5 Mrd. Mark; Holland 15,3 Mrd. Mark und Belgien 12,2 Mrd. Mark – zusammen 81,7 Mrd. Mark („Spiegel" s.o.; Angaben für März 1974. In diesen Angaben sind die Goldreserven offenbar zum „offiziellen" Preis von 42,22 Dollar je Unze Feingold berechnet).

Nach Berichten der bürgerlichen Presse liegt **„Englands Wirtschaft in den letzten Zügen"** („Hamburger Morgenpost", 3.7.74), steckt Italien in der **„schwersten Krise der Nachkriegszeit"** („Spiegel", 11/74), steht Frankreich **„vor leeren Kassen"** („FAZ", 20.5.74). Tatsächlich ist in diesen Ländern aber offenbar der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise – gerade auch was die Auswirkungen für die Arbeiterklasse angeht – noch gar nicht erreicht. So wird in Großbritannien, in dem gegenwärtig etwa 540.000 Menschen arbeitslos sind (Juni), für 1975 eine Arbeitslosenzahl von 1,5 Mio. geschätzt („FAZ", 29.6.74). In Italien sollen die wirtschaftlichen Maßnahmen der Rumor-Regierung ebenfalls zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in kaum abzuschätzender Höhe führen (vgl. dazu Artikel in AK 46). Auch in Frankreich herrscht *„Furcht vor Massenentlassungen"* („FAZ", 5.7.74). Als Folge der „Stabilisierungspolitik" der französischen Regierung würden viele Werktätige ihren Arbeitsplatz verlieren. Nach westdeutschem Vorbild wurde im Juli ein Einwandererstop für Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern erlassen (trifft vor allem arabische Arbeiter), der zunächst bis Oktober befristet ist, aber dann höchstwahrscheinlich verlängert werden wird.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der meisten EG-Länder führten naturgemäß zu einer weiteren Verschärfung der Widersprüche innerhalb der EG.

Forts. Seite 9

Bourgeoisie will leitende Genossen des KBW ins Gefängnis bringen

Am 1. Juli wurde in der Revisionsverhandlung im sogenannten „Cabora-Bassa-Prozeß" das Urteil gesprochen:

Zwölf Monate ohne Bewährung gegen Dietrich Hildebrandt (Mitglied der Heidelberger Ortsleitung des KBW). Je acht Monate gegen Joscha Schmierer (Sekretär des ZK des KBW), gegen Burkhart von Braunbehrens (Mitglied des ZK des KBW), gegen Jochen Noth (Mitglied des ZK des KBW) und Uwe Kräuter. Diese Strafen wurden ohne „Bewährung" verhängt. Außerdem wurden gegen zwei weitere Genossen Strafen von fünf Monaten (zur „Bewährung" ausgesetzt) verhängt.

Es ging dabei um folgendes:

Am 19. Juni 1970 fand in Heidelberg unter Vorsitz des Weltbankpräsidenten und ehemaligen US-Kriegsministers MacNamara eine Konferenz imperialistischer Länder über „Entwicklungshilfe" statt. Der damalige Heidelberger SDS organisierte dagegen eine Kampagne, mit besonderer Stoßrichtung gegen den Bau des Cabora-Bassa-Staudamms in der portugiesischen Kolonie Mosambik. Am 19. Juni sollte eine Demonstration dagegen durchgeführt werden. Der angemeldete Demonstrationszug sollte am Konferenzort vorbeiführen. Dieser Weg war jedoch von der Polizei massiv abgeriegelt worden. Die Polizei begann eine wilde Knüppelei gegen den Demonstrationszug, der die Absperrungen zu überwinden versuchte.

Die Bourgeoisie nahm diese von ihr selbst provozierte und arrangierte „Straßenschlacht" zum Vorwand, um den Heidelberger SDS zu verbieten.

Gegen einige führende Genossen des ehemaligen SDS, die an der Demonstration teilgenommen hatten, wurde 1972 ein Prozeß wegen „Landfriedensbruch" geführt. Es gab Strafen zwischen drei und sieben Monaten, alle „zur Bewährung".

Inzwischen wurde der KBW gegründet, dem einige der verurteilten Genossen in führender Funktion angehören. Die Bourgeoisie nahm die willkommene Gelegenheit wahr, den Prozeß erneut aufzurollen, um diesmal mit härteren Urteilen, „ohne Bewährung", einige der KBW-Führer in den Knast zu bringen und sie damit zeitweilig an der politischen Betätigung zu hindern.

Die Arbeiterklasse muß es lernen, auch mit solchen Rechtsopportunisten und Linksliberalen im roten Pelz, wie es die KBW-Führer sind, politisch fertig zu werden. Gerade deshalb bekämpfen wir entschieden das Urteil der bürgerlichen Klassenjustiz und erklären uns mit den Genossen solidarisch! Das Urteil ist nicht nur ein Angriff auf den KBW oder einzelne seiner Genossen, sondern letzten Endes ein Angriff auf die kommunistische Bewegung, von deren Führern die Bourgeoisie in den verurteilten KBW-Genossen einige zu treffen hofft. •

Forts. ZYPERN

Die komplizierte Situation auf Zypern kam den Putschplänen entgegen.

Von den Bewohnern Zyperns sind etwa 520.000 Griechen und 120.000 Türken. Imperialismus und Reaktion haben immer versucht, die nationalen Widersprüche auf der Insel zu chauvinistischen Konfrontationen anzuheizen und sich zunutze zu machen. So gab es 1963/64 und 1967/68 Zusammenstöße zwischen den beiden Nationalitäten der Insel, die vor allem von griechischen faschistischen Elementen geschürt wurden. Dabei zeichnete sich die Verbrechervisage Sampson, der von den Putschisten des 15. Juli zum neuen „Präsidenten" Zyperns gemacht werden sollte, durch besondere Bestialität aus: *„Er rühmte sich, mindestens 200 türkische Frauen und Kinder umgebracht zu haben."* („Spiegel", 30/74).

Auf Zypern waren bis zum Putsch der Faschisten außer den 8.000 britischen Soldaten 950 Soldaten Griechenlands und 650 Soldaten der Türkei stationiert. Dazu etwa 3.000 UN-Soldaten.

Die „Nationalgarde" Zyperns von etwa 15.000 Mann (nur griechische Zyprioten) wurde von 650 Offizieren aus Griechenland kommandiert und stand offenbar stark unter faschistischem Einfluß. Zusätzlich konnten die Faschisten auf etwa 1.500 Mann der Terror-Organisation EOKA zählen. Die EOKA führte in den 50er Jahren den Kampf gegen die britischen Kolonialtruppen und war schon damals antikommunistisch und nationalistisch ausgerichtet. Seit März 1972 war die EOKA unter ihrem alten Führer General Grivas (der vor einigen Monaten starb) auf Zypern wieder „aktiv" – jetzt, um den Anschluß Zyperns an das faschistische Griechenland zu erzwingen. In diesem Jahr verstärkte die EOKA ihren Terror erheblich. Andererseits gelangen der Makarios-Regierung Schläge gegen die EOKA in Form zahlreicher Verhaftungen.

Da die griechischen Offiziere der „Nationalgarde" offen mit der EOKA sympathisierten, mit der sie Ideologie (Faschismus) und Ziel (Anschluß an Griechenland) gemeinsam hatten, forderte Makarios am 3. Juli das griechische Regime auf, die Offiziere abzuberufen. Die griechischen Faschisten ließen sich mit der Antwort zwölf Tage Zeit – dann antworteten sie mit dem Putsch.

Über die unmittelbare Rolle der faschistischen Athener Junta beim Putsch schreibt der „Spiegel" 30/74: *„.... wochenlang tüftelten die Verschwörer an einem minuziösen Putschplan. Den Befehl dazu hatte ihnen Dimitrios Ioannidis erteilt, der unheimliche, allmächtige Chef der Athener Militärpolizei ‚Esa'. Mit der Ausführung des Plans wurde ein guter Freund des Esa-Chefs betraut: Brigadegeneral Andreas Kondylis, vor kurzem nur zum Schein zurückgetretener Kommandant des 950 Mann starken offiziellen Griechen-Expeditionskorps auf Zypern ..."*

Von allen NATO-Staaten nahm nach dem Putsch auf Zypern nur die Türkei eine eindeutig ablehnende Haltung ein. Die türkische Bourgeoisie, die ohnehin mit den griechischen Faschisten im Streit um die Erdölvorkommen in der Ägeis liegt, wollte eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten Griechenlands natürlich nicht hinnehmen.

Die türkische Regierung konnte sich dabei auf das Zypern-Abkommen von 1960 berufen, in dem Großbritannien, Griechenland und die Türkei sich verpflichteten, für die „Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Sicherheit" Zyperns einzutreten. Das Abkommen sieht vor, daß gegebenenfalls jede der drei Garantiemächte a l l e i n vorgehen kann, wenn eine gemeinsame Aktion nicht zustande kommt.

Die anderen NATO-Staaten waren indessen bestrebt, die türkische Regierung von einer Intervention abzuhalten und zunächst einmal Zeit zu gewinnen, um das Putschistenregime auf Zypern zu konsolidieren und später zu einer „friedlichen Lösung" zu kommen, die auch den Interessen der türkischen Bourgeoisie Rechnung tragen würde.

So faßten die NATO-Staaten am 17. Juli – also zwei Tage nach dem Putsch, nachdem die Putschisten den Widerstand weitgehend unterdrückt hatten! – den Beschluß, die Athener Junta zur Abberufung der 650 griechischen Offiziere der „Nationalgarde" Zyperns aufzufordern: sie waren jedoch nicht bereit, auch nur scheinbar eine klare Verurteilung des Putsches und der griechischen Einmischung zu bekunden.

Letzten Endes wird wahrscheinlich zunächst j e d e mögliche Situation, die sich aus der jetzigen Konfrontation ergeben könnte, die Lage der griechischen und türkischen Bevölkerung von Zypern verschlechtern und die Position der NATO, speziell des US-Imperialismus, auf Zypern und im östlichen Mittelmeer stärken. Das würde, wie die bürgerliche Presse offen schreibt, auch die Ausgangslage der NATO-Imperialisten bei einem möglichen Kampf um Jugoslawien verbessern, der nach den Hoffnungen der Imperialisten ausbrechen könnte, wenn Tito stirbt.

Dieser Entwicklung ist zweifellos nicht durch das von den Revisionisten gern beschworene „günstige internationale Kräfteverhältnis" Einhalt zu gebieten, sondern nur durch die Entwicklung des revolutionären Kampfes der europäischen Völker. ●


Nikos Sampson




Makarios vor der UNO

Zypern: Unversenkbarer Flugzeugträger für die NATO

Italien

Linker Zusammenschluß

In Italien wird es eine neue Organisation unter dem Namen **„Proletarische Einheit für den Kommunismus"** geben. Nach zahlreichen vorbereitenden Einzelkongressen und Diskussionen werden sich die Organisationen ‚manifesto' und PDUP zusammenschließen. Ein entsprechender Beschluß wurde auf einer nationalen Konferenz von ‚manifesto' gefaßt, die zwischen dem 12. und 15. Juli in Rom stattfand; die PDUP wird diesen Schritt auf einer nationalen Konferenz besiegeln, die am 19. Juli beginnt.

Beide Organisationen sind im italienischen Parlament nicht vertreten, sind aber aus Abspaltungen von proletarischen Parteien hervorgegangen. ‚Manifesto' entstand 1969 als Abspaltung von der PCI. Seine Führer Luigi Pintor, Rossana Rossanda und Aldo Natoli hatten bis dahin dem ZK der PCI angehört. ‚Manifesto' übernahm bei der Abspaltung auch einige Paralmentssitze. Zu den Wahlen 1972 kandidierte ‚manifesto' (es hatte zuvor lebhafte und konträre Diskussionen innerhalb der Organisation darüber gegeben), schnitt aber nur mit 0,7 % enttäuschend schlecht ab und verlor so die Parlamentssitze.

Die PDUP ist ein Überbleibsel der ehemaligen PSIUP (Sozialistische Partei der proletarischen Einheit), die sich vor vielen Jahren von der Sozialistischen Partei abspaltete. Die PSIUP hatte nach den Parlamentswahlen 1968 noch 23 Sitze (4,5 %), verlor sie aber 1972 vollständig (1,9 %). Das beschleunigte noch den Prozeß der Auflösung der PSIUP, wobei die meisten Mitglieder in die PCI eintraten. Eine linke Minderheit gründete die PDUP.

Auf dem Kongreß von ‚manifesto' waren u.a. folgende Organisationen mit Vertretern anwesend: Lotta Continua, Avanguardia Operaia, FGCI (Jugenorganisation der PCI), ACLI (Linkskatholiken), PSI (Sozialistische Partei – sie gehört zur Regierungskoalition!), die Jugendorganisationen der PSI und PRI (Republikaner) sowie Vertreter der Gewerkschaften. Dieses Spektum verdeutlicht gegenüber den Zuständen in der BRD die vergleichsweise „offene" und „liberale" Atmosphäre im politischen Raum Italiens, wo die Bourgeoisie mit „Abgrenzungsbeschlüssen" (wie SPD und DKP), institutionalisierten Berufsverboten oder ‚Extremisten-Beschlüssen' in den Gewerkschaften bös auflaufen würden, wenn sie es versuchen wollte.

Ferner war auf dem Kongreß von ‚manifesto' eine große Revue ausländischer Vertreter anwesend: aus Chile MIR, MAPU und Sozialistische Partei (!), aus Frankreich die PSU und die Front communiste revolutionaire (hervorgegangen aus der verbotenen trotzkistischen Ligue communiste,) PLO aus Palästina, die eritreische Befreiungsfront (Äthiopien); aus der BRD das SB (‚Sozialistisches Büro'). Die Präsenz der letzteren Gruppierung gibt wahrscheinlich am treuesten die politische Linie des italienischen Zusammenschlusses wieder. ●

"Wir wollen einen Generalstreik..."

Aus zahlreichen italienischen Betrieben kommen Resolutionen, in denen die Durchführung eines Generalstreiks verlangt wird.

Als beispielhaft geben wir hier ein Telegramm der OMT (‚Mechanische Werkstätten von Trient') an die Gewerkschaftsführung wieder (Text nach „Lotta Continua" vom 11. Juli):

„Fabrik-Rat und Betriebsversammlung der Officine Meccaniche Trentine teilen mit, daß den Räubern keinerlei Waffenstillstand zugestanden werden darf. Wir wollen nicht länger warten. Wir wollen einen nationalen Generalstreik, solange bis die volksfeindlichen Maßnahmen der Rumor-Regierung annulliert sind. Lohn, politische Preise (Höchstpreise für Waren des proletarischen Konsums – Anm.AK) *und Arbeitsplätze sind unsere Ziele. Wer nicht fähig ist, die ungeheure Kraft und Einheit der Klassenbewegung zu führen, muß abtreten."*

Forts. ITALIEN

den Kampfwillen der Arbeiterklasse gegen die Maßnahmen der Rumor-Regierung aus, sondern ist die Reaktion auf die Politik der Gewerkschaftszentralen. Gerade die kämpferischten und bewußtesten Teile der Arbeiterklasse fühlen sich von den Gewerkschaftszentralen an der Nase herumgeführt. Sie wissen, daß diese regionalen Streiks nur dazu dienen sollten, wirkungsvolle Aktionen und Kämpfe gegen die Rumor-Regierung zu vermeiden. Die Arbeiter-Avantgarden verstehen, daß s o, wie es die Gewerkschaftszentralen wollen, die Ausplünderungs-Maßnahmen bestimmt nicht zu Fall gebracht werden können. Die Gewerkschaftszentralen haben im übrigen den Streiks überhaupt kein klares und konkretes Ziel gesetzt. Sie haben nicht die Forderung nach der t o t a l e n Rücknahme des 'decretone' erhoben, aber sie hüten sich andererseits auch zu sagen, welche Teile des 'decretone' konkret sie ablehnen, und über welche sie vielleicht 'mit sich reden lassen' würden. Die Gewerkschaftszentralen protestieren vielmehr in allgemeiner Form gegen die Maßnahmen, lassen aber zugleich ihre ebenso allgemeine Bereitschaft erkennen, 'Kompromisse' mit der Regierung zu schließen.

Die Mobilisierungs-Schwächen der letzten Streiks drücken allerdings kaum n u r eine bewußte kämpferische Ablehnung der Politik der Gewerkschaftszentralen mit Blick auf die Perspektive selbständiger Kämpfe aus, sondern enthalten offenbar auch – diese Seite wird vor allem von 'manifesto' betont, fehlt aber auch bei 'Lotta continua' nicht völlig – ein Element der Resignation und der der Suche nach i n d i v i d u e l l e n „Lösungen" (z.B. durch forciertes Überstunden-Schieben, Doppelschichten), das eine Gefahr darstellt.

Unzufriedenheit mit der Politik der Gewerkschaftszentralen und vor allem immer wieder die Forderung nach dem Generalstreik wurde auf zahlreichen Streik- und Betriebsversammlungen laut. Auf den Großkundgebungen an den Tagen der regionalen Streiks war es verschiedentlich den Gewerkschafts-Rednern kaum möglich, sich gegen Pfeifkonzerte, Zwischenrufe und Sprechchöre durchzusetzen. So ging es Scheda, Sekretär der CGIL, in Turin; so Carniti, Sekretär der CISL in Mailand; so Macario, ebenfalls Sekretär der CISL, in Bergamo; so Vanni, Generalsekretär der UIL, in Rom.

Was die Gewerkschaftsführer vor allem zu hören kriegten, war: „parole, parole" (Worte, Phrasen), „fatti, fatti" (Taten), „basta parole!" (genug geredet) und vor allem der Ruf nach dem Generalstreik. Hierbei wurde nicht nur die Forderung nach einem sozusagen symbolischen Generalstreik von einigen Stunden erhoben, sondern verschiedentlich auch ein Streik „bis die Regierung in die Knie geht" gefordert.

In Neapel drängten Arbeiter aufs Rednerpult und sorgten dafür, daß anstelle der Gewerkschaftsführer einer der ihren, ein Kollege von Alfa-Sud, sagen konnte, was sie fühlen und was sie wollen. Einem Gewerkschaftsführer, der leichtsinnig den Kollegen vom Mikrophon schubsen wollte, rutschte die Brille von der Nase.

Außer zahlreichen Resolutionen auf betrieblicher Ebene verstärkten sich auch in den Gewerkschaftsführungen die Stimmen für einen Generalstreik. Die Gewerkschaften der Metaller, Chemiearbeiter und Bauarbeiter (aller drei Gewerkschaftszentralen) beschlossen am 11. Juli, sich für einen Generalstreik einzusetzen. Im übrigen waren die Gewerkschaftskader noch uneinig. Offenbar war aber in den Reihen der CGIL die Forderung nach dem Generalstreik am stärksten.

Zum Treffen der Gewerkschaftszentralen CGIL-CISL-UIL über weitere Schritte, das am 16. Juli begann, kam die CGIL mit dem Vorschlag eines Generalstreiks, wobei sie ihre Bereitschaft einräumte, „andere Kampfformen" zu diskutieren.

Vereinbart wurde schließlich ein nationaler „Kampftag" am 24. Juli. An diesem Tag sollen allgemeine Arbeitsniederlegungen (voraussichtlich vierstündig), Betriebsversammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen u. a. stattfinden.

S o wird das ‚decretone', der Angriff der Bourgeoisie auf die Lebenslage der Werktätigen aber sicher nicht zu Fall zu bringen sein, und die Gewerkschaftszentralen wollen dies ja auch gar nicht, sondern verlangen nur (nicht einmal genau definierte) „modifiche", kleinere Veränderungen, der Raub-Maßnahmen. Von der Kampfkraft der italienischen Werktätigen und besonders von der Mobilisierungsfähigkeit der revolutionären Linken wird es abhängen, ob dies gelingt, ober ob die Bourgeoisie nach den Sommerferien, auf die sie jetzt große Hoffnungen setzt, noch einen „heißen Herbst" erleben wird. ●

Genosse Marini zu zwölf Jahren Haft verurteilt

Der italienische Anarchist Giovanni Marini wurde am 11. Juli zu 12. Jahren Haft verurteilt.

Über den Prozeß gegen Genossen Marini berichteten wir in ARBEITERKAMPF 42.


Marini während der Verlesung des Urteils

Marini wird beschuldigt, im Juli 1972 in Salerno einen Faschisten durch Messerstiche getötet zu haben. Tatsächlich war Marini, zusammen mit zwei anderen Genossen, von mehreren Faschisten überfallen worden, wobei es auch zu einer Messerstecherei kam. Genosse Marini hat aber bestritten, daß er dem Faschisten die tödliche Verletzung (Stich zwischen die Rippen) beibrachte; er hat weiterhin bestritten, daß es sich bei dem Messer, das von der Polizei als Tatwaffe präsentiert wurde, um s e i n Messer handelt – Marini hatte ein Messer mit zweischneidiger Klinge, die ‚Tatwaffe' jedoch (und so entspricht es auch der tödlichen Verletzung) hat nur eine einschneidige Klinge.

Der Chef der neofaschistischen Partei MSI, Almirante (Mörder italienischer Partisanen im antifaschistischen Krieg!) erklärte zu dem Urteil gegen Genossen Marini zynisch: „Ich wünsche mir, daß dies das erste Urteil der Serie ist."

Es ist tatsächlich zu befürchten, daß der Staatsapparat in diese Richtung gehen wird. Der Staat, der nichts gegen die faschistischen Schläger und Bombenleger unternimmt und ertappte Faschisten wieder laufen läßt, (vgl. AK 45) bestraft Genossen dafür, daß sie sich nicht widerstandslos von den Faschisten zusammenschlagen und abstechen lassen.

In Mailand führten nach Bekanntwerden des Urteils 5000 Menschen eine Protestdemonstration durch. ●

Berichtigung

In ARBEITERKAMPF 46, S. 21, findet sich ein Zitat von Luigi Longo auf dem XII. Parteitag der PCI (Spalte ganz links, unter der Zwischenüberschrift ‚Ein ganz besonderer Staat'. In dieses Zitat hat sich ein schwerer sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Richtig muß es dort heißen: „Diese unsere Republik ist keine bürgerlich-demokratische Republik vom **traditionellen** Typ, **sondern ist von neuem Typ ...** "

Auf derselben Seite ist ein weiterer Fehler zu finden. In der Übersetzung des ‚Decreto del Santo Uffizio' (Kasten) ist ein Absatz falsch plaziert worden. Der fettgedruckte erste Absatz gehört in Wirklichkeit an die vorletzte Stelle (vgl. nebenstehenden italienischen Text). ●

Eine Schlange bleibt immer eine Schlange, auch wenn sie ihre Haut wechselt

Bemerkungen zur „Regierungskrise" in Portugal und zum weißen Terror in den Kolonien

Knapp drei Monate nach dem Putsch wurde am 18. Juli die zweite provisorische Regierung in Portugal gebildet, nachdem etwa eine Woche zuvor der Ministerpräsident da Palma Carlos und mehrere Minister nach einigem Spektakel zurückgetreten waren.

Der vorgebliche Grund für den Rücktritt waren „Kompetenzstreitigkeiten": der Ministerpräsident wollte mehr Entscheidungsfreiheit und sich nicht von Spinola und besonders von den anderen Regierungsmitgliedern – insbesondere von den „Linken" um Soares und Cunhal – in alle Entscheidungen reinreden lassen. Außerdem soll es zu Differenzen zwischen den Junta-Generälen und der Zivilregierung in der Frage der Verstaatlichung der Bank von Portugal gekommen sein (die Junta war dagegen); zudem soll Spinola von dem führenden Gremium der „Bewegung der Streitkräfte" (diese war die Trägerin des Putsches vom 25. April) in verschiedenen Fragen „schroff zurückgewiesen" worden sein, z.B. bei seiner Forderung, jederzeit den Ausnahmezustand verhängen zu können, wenn die „innere Ordnung" gefährdet sei.

Die westdeutsche bürgerliche Presse hat nun in der letzten Zeit um jeden Preis den Eindruck erwecken wollen, als bedeute die sich bereits abzeichnende Zusammensetzung der neuen Regierung mit einer Reihe Militärs der „Bewegung" und die Ernennung von Oberst Vasco Goncalves (Leiter des politischen Koordinierungsausschusses der „Bewegung") zum Ministerpräsidenten einen erheblichen Ruck nach links. Der faschistische Altmeister Spinola hatte sich nämlich offenbar nicht in allen seinen personellen Vorstellungen gegenüber dem politischen Ausschuß der Offiziersbewegung durchsetzen können.

Doch vieles spricht dafür, daß es sich bei der sog. „Regierungskrise" um ein abgekartetes Manöver zwischen Spinola, dem ehemaligen Ministerpräsidenten und der Offiziersbewegung handelt, durch das aus bestimmten politischen Überlegungen heraus jetzt sieben zivile Minister durch Militärs ersetzt worden sind. Es wird in der bürgerlichen Presse zwar immer darauf verwiesen, daß diese Militärs allesamt Offiziere der „Bewegung" sind und schon aus diesem Grund „links" seien, doch sämtliche Fakten sprechen eine andere Sprache.

- Die innenpolitisch zentralen Posten des Arbeitsministers (vormals von einem „K"P-Mitglied besetzt), des Informationsministers (vormals der Sozialist Raul Rego) und das Amt des Innenministers werden jetzt von Militärs eingenommen.
- Trotz des angeblichen Widerstandes der „Bewegung" ist ein „Einsatzstab für innere Unruhen" gebildet worden („Copcon"), der eindeutigen Bürgerkriegscharakter hat. De Carvalho, einer der „führenden Köpfe des Putsches", wurde mit der Leitung dieses gegen Streiks und Demonstrationen gerichteten Sonderstabes betraut.
- Spinola verkündete bei der Bekanntgabe des neuen Kabinetts eine „neue Phase" in der portugiesischen Politik: *„Disziplin im bürgerlichen und sozialen Bereich"*. Die großbürgerliche Zeitung „Frankfurter Allgemeine" schreibt in aller „Offenheit": *„Die allzu zahlreichen Straßendemonstrationen sollen jetzt drastisch eingeschränkt, Fabrikbesetzungen und wilde Streiks verhindert werden. In der Nachrichtengebung manchmal recht leichtfertig (!) gewordene portugiesische Zeitungen dürften zur Genauigkeit (!) und zum Verantwortungsbewußtsein (!) angehalten werden"*. („FAZ", 19.7.74) (Vergl. Artikel „Neues faschistisches Pressegesetz in Portugal in dieser Ausgabe)

Angesichts dieser geplanten Marschrichtung in der portugiesischen Innenpolitik ist es nichts als Demagogie, von einem „Linksruck" zu sprechen, wie das die bürgerliche Presse getan hat. Es bezeichnet höchstens den Standort, von dem die Entwicklung in Portugal hierzulande gesehen wird, wo eine Hand breit neben den offenen Faschisten bereits „linke Positionen" gesehen werden. Nach der Devise: Auf einem dunklen Hintergrund leuchtet selbst das kleinste Licht.

Provokation und Terror in den Kolonien

In AK 46 berichteten wir ausführlich über die politische Situation in den Kolonien Guinea-Bissao, Angola und Mosambik. Nirgends werden die heuchlerischen Worte der portugiesischen „Friedensregierung" deutlicher entlarvt als gerade in den Kolonien.

In Guinea-Bissao, das bereits zu über dreiviertel befreit ist, und wo die Befreiungsbewegung PAIGC Ende '73 die Unabhängigkeit erklärte, scheint sich in nächster Zeit eine Lösung anzubahnen. Die militärische Situation ist hier für Portugal aussichtslos, zudem ist Guinea-Bissao für Portugal wirtschaftlich relativ weniger interessant. Die Frage der strategisch wichtigen Kapverdischen Inseln ist allerdings weiterhin ungelöst. Die PAIGC

➡



FRELIMO-Kämpfer auf dem Vormarsch

Neues faschistisches Pressegesetz in Portugal

In einem Sonderdruck mit dem Titel „Erheben wir uns gegen die Anwendung des faschistischen Informationsgesetzes!" analysiert die portugiesische Zeitschrift „O Tempo e o Modo" (theoretisches Organ des MRPP) am 28. Juni das neue Pressegesetz der Militärjunta.

Mit dem Staatsstreich vom 25. April hatte sich die dominierende Gruppe der portugiesischen Bourgeoisie, die mit dem Finanzkapital verbundene Großbourgeoisie, mit Teilen des Kleinbürgertums – vor allem den Revisionisten – zusammengetan, um die Völker in den Kolonien hinters Licht zu führen und eine neokolonialistische „Lösung" der kolonialen Frage durchzudrücken und um den Kampf des portugiesischen Volkes aufzuhalten oder in – der Bourgeoisie genehme – Bahnen zu lenken. Die wachsende Kraft der Volksbewegung, die sich besonders in den zahlreichen noch spontanen Streikbewegungen äußert, und die Fortsetzung der Befreiungskämpfe in den Kolonien zwangen die herrschende Klasse jedoch bald, ihre demokratische Maske fallen zu lassen und erneut repressive Methoden anzuwenden.

Presse, Rundfunk und Fernsehen, schreiben die portugiesischen Genossen, *„stellen für die Bourgeoisie nach dem 25. April einen Sektor von grundlegender Bedeutung dar, da es von ihrer festen Kontrolle über die Nachrichtenorgane abhängt, ob sie breite Schichten des Volkes täuschen kann oder nicht."* Schon bald nach dem Staatsstreich hatten die Drucker, Setzer und Journalisten mehrerer Zeitungen den Kampf gegen Hungerlöhne und faschistische Methoden in den Betrieben und teilweise gegen die ideologische Kontrolle der Bourgeoisie über die Nachrichtenorgane aufgenommen, dem sich zahlreiche Kollegen in Rundfunk und Fernsehen anschlossen.

Die Antwort der Bourgeoisie ließ nicht lange auf sich warten: ein Rundfunkredakteur, der über die Kämpfe bei der Tageszeitung „O Século" informiert, wurde entlassen; ein Rundfunkteam wurde daran gehindert, über die Demonstration der revolutionären Linken für die Freilassung des cubanischen Hauptmanns Peralta zu berichten; der Herausgeber der Zeitschrift „Luta Popular" (MRPP), José Saldanha Sanches, wurde verhaftet, angeblich weil die Zeitschrift Soldaten zur massenhaften Desertation in Waffen aufgefordert hatte. Einen vorläufigen Höhepunkt in dieser Entwicklung bildete das neue Informationsgesetz, das nach der Analyse von „O Tempo e o Modo" drei Zielen dient:

1. Es soll den Kampf des portugiesischen Volkes gegen den Kolonialismus und den Kolonialkrieg unterdrücken. *„Die bürgerliche Koalition an der Macht"*, schreibt „O Tempo e o Modo", *„will die Macht des Staates stärken und weiß, daß die Hauptfrage dabei die nach der Kontrolle über das Heer ist. Sie will sich weiterhin des Heeres und anderer militarisierter Einheiten als Instrumente der Repression gegen die Völker in den Kolonien und das Volk von Portugal bedienen."* Daher werden „ideologische Aggressionen" gegen das Programm der Bewegung der Streitkräfte, Aufforderung zum militärischen Ungehorsam und nicht vom Generalstab genehmigte Berichte über militärische Operationen verboten, damit nicht die neokolonialistischen Absichten der herrschenden Klasse vor aller Augen enthüllt werden.
2. Das Gesetz soll den Kampf des portugiesischen Volkes um Brot unterdrücken. Indem *„Aufforderungen zu Streiks, Arbeitsniederlegungen und von der geltenden Gesetzgebung nicht genehmigte Demonstrationen"* verboten werden, soll verhindert werden, daß die kapitalistische Ausbeutung enthüllt und die grundlegende Notwendigkeit des Streiks als Kampfmittel herausgestellt wird. Die portugiesischen Genossen schreiben: *„Im Grunde will es (das Informationsgesetz) den Gewerkschaften die Arbeit erleichtern, die von den Revisionisten der P„C"P kontrolliert werden, welche als Zwangsjacke der Arbeiterklasse und des arbeitenden Volkes schlechthin agieren werden, indem sie seine Kämpfe innerhalb des für die Bourgeoisie tragbaren Rahmens halten (oder zu halten versuchen)..."*
3. Das Informationsgesetz soll den Kampf des portugiesischen Volkes gegen den Imperialismus unterdrücken. Indem die *„Verunglimpfung des Präsidenten der Republik, ausländischer Staatsoberhäupter und in Portugal akkreditierter Diplomaten"* verboten wird, soll die Enthüllung der Abhängigkeit von der NATO, die zahlreiche Stützpunkte auf portugiesischem Territotium besitzt, und des Verkaufs des Landes an den Imperialismus verhindert werden.

Damit zielt das neue Informationsgesetz auf die Unterdrückung aller freien Presseorgane ab, die bei Verstößen gegen das Gesetz mit Geldstrafen bis zu 500.000 Escudos (etwa 50.000 DM) und Publikationsverbot bis zu sechzig Tagen rechnen müssen. Ebenso gefährlich aber kann sich die beabsichtigte „innere Zensur" in den Presseorganen auswirken, die Journalisten zum freiwilligen Verzicht auf die Veröffentlichung wichtiger Nachrichten bewegt. Hier hat die Bourgeoisie wichtige Voraussetzungen geschaffen für den heftigen ideologischen Kampf, der bald entbrennen wird, indem sie gerade auch die bürgerliche Presse unter Androhung starker Repressalien daran hindert, solche Nachrichten zu verbreiten, die das Bewußtsein breiter Schichten des Volkes von der eigenen Situation fördern könnten. Um diese „innere Zensur" wirksam werden zu lassen, bedarf es der Androhung von Repressalien und der exemplarischen Demonstration der Bereitschaft, sie anzuwenden; so ist es sicher auch kein Zufall, daß ausgerechnet die respektierlichen bürgerlichen Tageszeitungen „A República" und „A Capital" mit Geldstrafen belegt wurden, weil sie über eine Demonstration gegen die Verhaftung zweier Soldaten berichtet hatten, die ihre Teilnahme an einem vorgesehenen militärischen Einsatz gegen den Poststreik verweigert hatten.

„Die faschistische Repression, auf die die Junta und die Provisorische Regierung im Falle des Pressegesetzes zurückgreifen", schreibt „O Tempo e o Modo", *„ist ein Zeichen ihrer Schwäche und Verzweiflung angesichts der ungestümen Volkskämpfe und der zunehmenden Unfähigkeit des Revisionismus, sie zurückzuhalten. Wenn alle Demokraten und Antifaschisten sich erheben, um seine Anwendung zu verhindern, so werden sie eine unüberwindliche Schranke errichten, die seine Anwendung verhindern wird."* Dabei gilt es jedoch zu bedenken, daß die Mehrzahl der Kämpfe, die die portugiesische Arbeiterklasse seit dem 25. April ausgetragen hat, spontan war und rein ökonomischen Forderungen galt; nur in einzelnen Branchen (Druckereien und grafisches Gewerbe, chemische und pharmazeutische Industrie) wurden schon vernehmlich politische Forderungen erhoben. Eine breite Massenbasis für den Kampf gegen das Informationsgesetz scheint somit zumindest in der Arbeiterklasse gegenwärtig nicht gegeben zu sein. – So gesehen (und das ist zweifellos die richtige, weil allseitige Sicht der Dinge) ist die Durchsetzung des faschistischen Informationsgesetzes und seine zweimalige exemplarische und erfolgreiche Anwendung auch und in erster Linie ein Zeichen der Stärke des reaktionären Spinola-Regimes. ●

Spanien/Portugal-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Forts. PORTUGAL

ist in dieser Frage zu keinem Verzicht auf die volle Unabhängigkeit auch der Inseln bereit.

Umso massiver führen die portugiesischen Kolonialtruppen im Verein mit dem faschistisch und rassistisch verhetzten weißen Siedlermob den Kampf gegen die Befreiungsbewegungen und die schwarze Bevölkerung in Angola und Mosambik. (Es soll hier nicht von der offenbar verbreiteten Ablehnung des Krieges durch portugiesische Kolonialsoldaten, sondern von den Absichten und Befehlen der portugiesischen Regierung die Rede sein, die ja erst in Ansätzen aktiv boykottiert werden)

Mosambik:

25.6.: Portugiesische Soldaten erschießen fünf afrikanische Arbeiter und verletzen viele andere, weil diese sich auf dem Heimweg aus südafrikanischen Bergwerken nach Mosambik angeblich weigerten, eine Gepäckkontrolle über sich ergehen zu lassen.

26.6.: Faschistische Bombenleger wollen den Führer der „Demokraten von Mosambik", Pereira Leite, durch eine Handgranate umbringen. Die Granate löste sich jedoch kurz vor der Explosion aus der Halterung unter dem Pkw von Leite, so daß dieser dem Anschlag entgeht. Liberale Journalisten werden nachts überfallen, verschiedene Redaktionen wie Politiker erhalten täglich anonyme Drohungen. Kurz darauf macht eine faschistische Terrororganisation („Bewaffnete Bewegung zur Verteidigung von Mosambik") einen Feuerüberfall auf die Universität von Lourenco Marques. Aus schnell vorbeifahrenden Wagen wurde in die Mensa geschossen und eine Frelimo-Fahne sowie Wandplakate der Frelimo zerfetzt. Dieser Terror der weißen Faschisten gegen weiße Liberale und Demokraten soll die Opposition in den „eigenen" Reihen mundtot machen, einschüchtern und exemplarisch „bestrafen": die eben genannte faschistische Terrororganisation erklärte in einem Flugblatt nach der Beschießung der Mensa, daß sie *„alle Linken richten und exekutieren will, die Verrat am Volk (!!) von Mosambik begehen"*. („Süddt. Ztg.", 27. 6. 74)

Viele Spitzenleute des DGS (faschistische Geheimpolizei), die vor wenigen Wochen in einer großangelegten „Aktion Zebra" verhaftet worden waren, wurden wieder freigelassen – wegen „mangelnder Beweise". Sie stecken mit Sicherheit hinter den genannten Terroraktionen.

27.6.: Die Johannesburger Zeitung „Sunday Times" berichtet über bisher geheimgehaltene Truppenverstärkungen der Portugiesen. 30 Kampfflugzeuge wurden im Hafen von Mosambik ausgeladen, 20 Piloten und Wartungspersonal trafen ein. Kommandotruppen (Spezial-Killertruppen) und andere Verstärkungen für die portugiesische Armee wurden eingeflogen.

4.7.: Portugiesische Polizei schießt in eine Demonstration mehrerer tausend Afrikaner in Lourenco Marques. Dies war eine Demonstration von Arbeitslosen, die nichts weiter forderten als die Möglichkeit zu arbeiten.

16.7.: Der einflußreiche mosambikanische Bankier Jorge Jardim (der offenbar eine Unabhängigkeit Mosambiks nach rhodesischem Vorbild anstrebt) stellte eine 1.000-Mann-Truppe auf, die auf die Garnisonsstadt Vila Pery marschiert. Vila Pery (an der Grenze zu Rhodesien) liegt unter massivem Beschuß der Frelimo-Einheiten.

Diese Details haben wir aus der westdeutschen Presse zusammengestellt, die an ausführlicher Berichterstattung ohnehin kein Interesse hat. Zudem herrscht über den Portugiesischen Kolonien faktisch Nachrichtensperre.

Diese faschistischen Attentate und militärischen Ausschreitungen weißer Siedler sind auch als Reaktion auf die Erfolge der Befreiungsorganisation Frelimo zu sehen. Die Frelimo hat in den letzten Wochen ihre Positionen weiter verbessern können. Durch ständige Sprengungen der Eisenbahnverbindungen nach Rhodesien ist der Warenverkehr weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Frelimo konnte ihre Positionen in Nord- und Zentral-Mosambik festigen und ist auf ihrem „Marsch nach Süden" bereits in Inhaminga (180 km nördlich der wichtigen Hafenstadt Beira) angelangt. Die Reaktionäre Mosambiks wehren sich zwar mit wachsendem Terror gegen das Vordringen der Befreiungsbewegung – sie haben jedoch langfristig keine Chance gegen einen Kampf, den das ganze Volk unterstützt. Die Niederlage der größten Militärmacht der Welt, der USA, in Vietnam hat den unbesiegbaren Charakter des Volkskrieges deutlich gemacht!

Angola:

Die spärlichen Informationen, die die bürgerliche Presse über die Situation in Angola herausbringt, zeugen von offenbar noch wilderen Attacken der weißen Siedler gegen die afrikanische Bevölkerung. Mitte Juli brachten Weiße sieben Menschen um, mindestens drei davon sollen Afrikaner gewesen sein. Die näheren Umstände sind uns leider nicht bekannt. (Angeblich hat die Ermordung eines weißen Taxifahrers – eine Provokation? – die militanten weißen Faschisten auf den Plan gerufen.) Daraufhin wurde (offenbar von der Befreiungsbewegung MPLA) zu einem Generalstreik aufgerufen. Gegen eine Demonstration von 20.000 Afrikanern, die den Ermordeten das letzte Geleit geben wollten, (und die die Hymne der MPLA sangen) stellte sich ein riesiges Aufgebot portugiesischer Truppen. Bei dieser Konfrontation wurden nach Polizeiangaben zwölf Menschen getötet. Die Zahl der Toten soll sich nach Aussagen des Armeekomandos von Angola inzwischen (19.7.) auf 41 erhöht haben.

Staatspräsident Spinola kündigte heuchlerisch eine „Untersuchung der Rassenunruhen" in Luanda (Hauptstadt Angolas) an. Der ehemalige Guinea-Bissao-Oberbefehlshaber spielt sich zum „Richter zwischen den Fronten" auf.

Aber: „Das afrikanische Volk weiß sehr wohl, daß die Schlange, auch wenn sie ihre Haut wechselt, immer eine Schlange bleibt" (Amilcar Cabral – von den Imperialisten ermordeter Führer der Befreiungsbewegung von Guinea-Bissao). ●

Spanien/Portugal-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Reisebericht aus Portugal

Die Überraschung beginnt, sobald man die Grenze hinter sich hat: Schon im ersten portugiesischen Dorf stehen an den Mauern antifaschistische und revolutionäre Parolen. Wir stellen später fest, daß diese Mauerpropaganda im ganzen Land zu finden ist.

Es handelt sich meistens um Parolen der revolutionären Organisation MRPP. Sie lauten *„Nieder mit dem Faschismus"*, *„Es lebe der antifaschistische Kampf des Volkes"*, *„Schluß mit dem Kolonialkrieg"* und ähnlich. Es handelt sich fast immer um Parolen, die vor dem Putsch gemalt worden sind, denn seit dem Putsch, seit es legale Mittel der Agitation und Propaganda gibt, wird kaum noch gemalt. Man findet auch die Streikforderungen der Arbeiterkomitees auf die Fabrikmauern gemalt:

„Mindestlohn von 6.000 Escudos" (600 DM), *„40-Stunden-Woche"*, *„4 Wochen Urlaub mit 100 % Urlaubsgeld"*, *„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit"*, *„Abschaffung der Überstunden"*, *„Abschaffung der Akkordarbeit"*.

Dazu *„Entlassung der faschistischen Elemente aus der Betriebsleitung"* (es folgen Namen) und *„Wiedereinstellung der Kollegen, die beim letzten Streik* (vor dem Putsch) *entlassen wurden"*.

Man findet auch die Parole *„Ein einiges Volk wird niemals besiegt werden"*, die die Junta beim Putsch ausgegeben hat. Sie wurde kurz nach dem Putsch eine zeitlang massiv propagiert.

Heute spricht in der Bevölkerung kaum noch jemand von dieser Parole. Zu deutlich ist in den Streiks der Landarbeiter, der Fischer und der Industriearbeiter geworden, daß nicht „ein einiges Volk" im Sinne der Junta die Garantie für Demokratie und Verbesserung des Lebensniveaus ist, sondern daß man dafür kämpfen muß.

Nur eine Partei gibt es noch, die immer noch diesen Ladenhüter der Klassenversöhnungsideologie propagiert: die revisionistische PCP mit ihrem „Minister ohne Geschäftsbereich" Cunhal an der Spitze.

In Lissabon gehen wir zuerst zur Hauptpost. Vor dem Gebäude steht eine Traube von Menschen, heftige Diskussionen zwischen Postlern und anderen Menschen. Vor den Eingängen Streikposten mit roten Armbinden. Wir lesen die Flugblätter, die überall angeklebt sind. Darin wird der Bevölkerung erklärt, warum der Streik notwendig ist und an ihre Solidarität appelliert. Außerdem wird darauf verwiesen, daß die Postler auch dafür streiken, den Postdienst zu verbessern. Ansonsten sind die Forderungen der Postler dieselben wie die der Industriearbeiter. Der Streik wird geschlossen durchgeführt. Streikbrecher gibt es nicht.

Nach einigen Tagen ist der Streik vorläufig beendet. Die provisorische Regierung hat gleichzeitig die Forderungen zu etwa 50 % erfüllt und mit dem Einsatz von Militär gedroht, wenn der Streik nicht unverzüglich beendet wird. Das Streikkomitee erklärt, der Streik werde unterbrochen, um sich auf die neue Situation einzustellen, aber nicht abgebrochen. Man dürfe sich jetzt, wo man mehr erreicht habe, als der Masse der Arbeiter zugestanden worden sei, nicht isolieren.

In westdeutschen Zeitungen lesen wir erstaunt, der Streik sei abgebrochen worden, weil die Bevölkerung keinerlei Verständnis für die Forderungen der Postler gehabt habe. In portugiesischen Zeitungen findet man natürlich nichts dergleichen, die Lüge wäre zu offensichtlich.

Bei einer Fahrt nach Barreiro, einem Industrievorort, der Lissabon gegenüberliegt, finden wir an einem Postamt einen Zettel angeklebt, auf dem steht: *„Sofortiger Abbruch des Streiks! Nehmt die Verhandlungen wieder auf!"* Er hat auch eine Unterschrift: Kommunistische Partei Portugals. Wir sprechen später mit Genossen von MRPP darüber, die uns erzählen, daß man solche Zettel an den größeren Postämtern nicht finden kann, weil die Revisionisten, die sie kleben wollten, von den aufgebrachten Postlern verprügelt wurden.

In einer Kneipe treffen wir Genossen von MRPP, die ihre Zeitung „Luta Popular" verkaufen. Ein Genosse bleibt bei uns, um mit uns zu diskutieren. Wir erfahren, daß er zur Zeit seinen dreijährigen Wehrdienst ableistet. Weil er Abitur hat, wurde er sofort Offizier. Zur MRPP kam er in der Armee, wo er in der RPAC mitarbeitet. RPAC ist die Abkürzung von *„Widerstandsbewegung des Volkes gegen den Kolonialismus"*, eine demokratische Organisation, die seit vier Jahren von MRPP in der Armee aufgebaut wird. Heute kann die RPAC sogar Versammlungen in den Kasernen durchsetzen. Wie das möglich ist, schildert uns der Genosse: *„Wir haben gerade gestern eine Versammlung in meiner Kaserne durchgeführt, die das Ziel hatte, den Widerstand gegen die weitere Verlegung von Truppen nach Afrika zu organisieren.*

Als die Versammlung beginnen sollte, erschienen zwei höhere Offiziere, die als Faschisten bekannt sind. Sie dachten, wir würden es in ihrer Anwesenheit nicht wagen, die Versammlung durchzuführen. Als wir trotzdem anfingen, verlangten sie, daß diese „illegale" Versammlung abgebrochen wird, andernfalls würden alle Anwesenden zu Gefängnis verurteilt. Als auch das nichts half, notierten sie sich die Namen. Dann gingen sie und die Versammlung verlief ohne weitere Störung.

Am nächsten Morgen wurden alle Teilnehmer der Versammlung von der Militärpolizei verhaftet und ins Militärgefängnis gebracht. Die Nachricht davon verbreitete sich schnell in der Kaserne und sämtliche Soldaten und viele Offiziere stellten jeglichen Dienst ein. Ein Sprecher wurde zum Kommandanten geschickt und teilte ihm mit, der Dienst werde erst wieder aufgenommen, wenn alle Verhafteten wieder frei seien.

Nach wenigen Stunden hatten wir gesiegt."

Wir fragten ihn, wieso es dann möglich sei, daß Junta und Regierung Militär gegen streikende Arbeiter einsetzen. Er bestritt diese Möglichkeit entschieden. Es habe auch noch keinen solchen Fall gegeben.

Es sei lediglich zweimal, beim Hafenarbeiter- und beim Poststreik damit gedroht worden, Soldaten als Streikbrecher einzusetzen, das sei jedoch auf starken Widerstand in der Armee gestoßen. Natürlich gebe es „zuverlässige" Eliteeinheiten, die seien jedoch weitgehend in den Kolonien eingesetzt, da auch dort Befehlsverweigerungen immer mehr um sich griffen. In Mozambique z. B. weigere sich eine ganze Garnison seit Monaten, sich an Kampfhandlungen gegen die Frelimo zu beteiligen.

Wir erfahren später, daß zwei Offiziere in Lissabon verhaftet wurden, weil sie in ihrer Kaserne Agitation gegen Streikbrechereinsätze durch das Militär gemacht haben. Gegen die Verhaftung fand eine Demonstration statt. Zwei bürgerliche Zeitungen, die über diese Demonstration berichteten, erhielten deswegen nach dem neuen Zensurgesetz Geldstrafen.

Als wir in Lissabon waren, war das neue Zensurgesetz noch nicht in Kraft. Wir konnten feststellen, daß es zumindest zu diesem Zeitpunkt in Portugal die freieste Presse Westeuropas gab.

Es wurde ausführlich über jeden Streik, jede Demonstration, jede Versammlung berichtet, ohne Hetze und Demagogie. Eine Ausnahme machte lediglich die revisionistische „Avante", in der die „PCP" nicht nur regelmäßig Kübel von Dreck über die „Maoisten" ausgießt, sondern auch in zunehmendem Maße die kämpfenden Arbeiter beschimpft.

Es gibt keine einzige Zeitung, die offen faschistisch auftritt. Ansonsten gibt es bei den Tageszeitungen das gesamte Spektrum vom erwähnten revisionistischen „Avante" bis zum konservativen „O Capital". Alle Zeitungen weisen eine Informationsbreite auf, wie wir sie von westdeutschen Zeitungen nicht kennen.

Wir hatten noch nie vorher gesehen, daß so viele Menschen – wenn auch vorerst wesentlich die Kreise der kleinbürgerlichen Großstadtbevölkerung, wie Intellektuelle, Beamte, Studenten etc. – so interessiert die Zeitung lesen und diskutieren. Wenn nachmittags die Abendzeitungen erscheinen, stürzen sich die Menschen auf die Zeitungsverkäufer. Die Menschen sind nach all diesen Jahren des Faschismus und der Meinungs- und Nachrichtenunterdrückung ausgehungert nach Information.

In Teilen der Arbeiterklasse und vor allem bei der Landbevölkerung dagegen spielen diese Tageszeitungen nur eine geringe Rolle. Einmal dürfte die Analphabetenziffer mindestens bei 35 % liegen, und zum anderen können viele Proletarier und die armen Bauern, deren Löhne unter dem Existenzminimum liegen, die 2.50 Escudos (25 Pf.) täglich, die die Zeitung kostet, nicht aufbringen. Denn nach wie vor sind sogar in Industriebetrieben auf dem Land die Löhne unter 2000 Esc. (200 DM) eher die Regel, als die Ausnahme.

Hier liegt auch der Grund, warum gegen die Pressezensur gegenwärtig sicherlich keine Massenbewegung innerhalb der Arbeiterklasse zu entwickeln ist. Einstweilen sind es erst die qualifiziertesten Arbeiter, die Druckarbeiter und die Chemiearbeiter, die auch bereits die längste Streikerfahrung haben, die beginnen, Angriffe auf die Pressefreiheit als Angriffe auf die Arbeiterklasse zu verstehen.

Es gibt eine Reihe von Zeitungen linker Organisationen, die über den Zeitungshandel vertrieben werden. Dabei handelt es sich meistens um monatlich oder 14-tägig erscheinende Zeitungen trotzkistischer Gruppen oder der drei ML-„Parteien". Wir konnten jedoch nie Genossen dieser Organisationen treffen.

Die Genossen von MRPP verkaufen ihre 100 000 Exemplare von „Luta Popular" ausschließlich selbst. Einmal, um den Preis so niedrig wie möglich zu halten (1 Esc.), hauptsächlich aber, um die politische Arbeit mit der Zeitung breit entfalten zu können. Von Angriffen der Faschisten auf ihre Zeitungsverkäufer berichteten sie uns nichts, da die Faschistenorganisationen gegenwärtig das Tageslicht scheuen und es eine faschistische Massenbewegung heute nicht gibt. Wohl aber kommt es häufiger vor, daß Revisionisten mit Knüppeln über die Genossen herfallen und ihnen die Zeitungen wegnehmen.

Ein solcher Überfall ereignete sich gerade in Barreiro, wo empörte Arbeiter die Genossen schützten.

Die Beispiele für die Stärke der demokratischen, antifaschistischen Bewegung, die heute in Portugal im ganzen Volk ständig an Breite gewinnt, ließen sich noch lange fortsetzen. Es ist eine Bewegung, die nicht nur in den Zentren stark ist, sondern sich auf das ganze Land erstreckt, an den Universitäten, wie in den Betrieben, in der Armee wie unter den Kleinbauern und Landarbeitern.

Dennoch ist es eine spontane Bewegung. Sie ist nicht in der Lage, das kapitalistische System zu stürzen, und es muß sich erst noch zeigen, ob sie die demokratischen Errungenschaften wirklich verteidigen kann.

Es ist auch eine entscheidende Frage, ob es den fortschrittlichen Kräften weiterhin gelingt, so wirkungsvoll, wie es gegenwärtig den Anschein hat, den Einfluß reformistischer und revisionistischer Ideen auf die Arbeiterklasse und das Landproletariat zu verhindern.

Gegenwärtig kann man feststellen, daß die Kämpfe zwar mit großer Intensität geführt werden, aber sie sind voneinander isoliert.

Es gibt keine kommunistische Partei, die die Kämpfe anleiten und den ausgebeuteten und unterdrückten Massen den Weg zum Sozialismus zeigen könnte.

Auch die Genossen von MRPP sind sich darüber im klaren. Obwohl diese Organisation von allen Organisationen der Linken (die PCP eingeschlossen) sicherlich die einzige ist, die jahrelang konsequent den Kampf gegen Faschismus und Kolonialismus geführt hat und führt, obwohl sie über unschätzbare Erfahrungen im Klassenkampf verfügt, und obwohl sie eine Zeitung hat, die massenhaft im Volk verbreitet ist, hält sie sich selbst noch nicht für diese Partei.

MRPP heißt *„Bewegung für den Wiederaufbau der Partei des Proletariats"*, und wenn auch diese Genossen schon sehr tief in den Kämpfen des Proletariats stehen, sind sie doch der Ansicht, daß sie die Aufgaben der Kommunistischen Partei noch nicht leisten können. ●

2 Genossen aus Hamburg-Harburg

AUSDRUCK DER BESCHLEUNIGTEN FASCHISIERUNG

Klarsfeld-Prozeß

„Wegen Nötigung und schwerer Körperverletzung" wurde die Antifaschistin Beate Klarsfeld am 9. Juli vom Kölner Landgericht zu zwei Monaten Haft, ohne ‚Bewährung', verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate verlangt.

Das „Verbrechen" von Frau Klarsfeld: sie hatte durch verschiedene spektakuläre Aktionen darauf hinzuweisen versucht, daß in der BRD zahlreiche faschistische Massenmörder ungestraft und frei herumlaufen. Bekannt geworden war vor allem ein symbolischer Entführungsversuch an dem Faschisten Kurt Lischka im März 1971.

Lischka war Gestapo-Chef im besetzten Paris. In dieser Funktion ist er, außer zahlreichen Verbrechen am französischen Volk, auch für die Verschleppung von mehr als 100 000 Juden in Todeslager verantwortlich.

Zu Lischkas krimineller „Karriere" gehört außerdem eine Tätigkeit (1939) als Gestapo-Chef in Köln und dann als Vorgänger Eichmanns im sogenannten „Judenreferat des Reichssicherungshauptamts" – eine Planungs-Zentrale des Massenmords.

Wie im Prozeß gegen Beate Klarsfeld unter anderem zur Sprache kam, hat sich Lischka besonders eifrig für die Massendeportationen jüdischer Franzosen eingesetzt und sich über die *„völlig unverständliche pro-jüdische Haltung"* der italienischen Faschisten (in der von ihnen besetzten kleinen Zone Südfrankreichs) beschwert.

Bereits 1950 wurde Lischka in Frankreich zu lebenslänglicher Haft verurteilt – das mindeste, was er für seine Verbrechen verdient hat. In der BRD aber erfreut er sich ungeschoren seiner Freiheit.

Ein Abkommen zwischen der BRD und Frankreich von 1971 könnte eine Aburteilung Lischkas in der BRD ermöglichen – wovon man sich angesichts der herrschenden profaschistischen Praxis westdeutscher Gerichte allerdings auch kaum viel versprechen darf. Jedenfalls blieb diese Frage bisher sowieso nur theoretisch, weil der Vertrag von 1971 bis heute noch nicht vom Bundestag ratifiziert ist, also immer noch nicht in Kraft getreten ist.

Im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, in dem die Ratifizierung des Vertrages seit drei Jahren erfolgreich blockiert wird, ist ausgerechnet der FDP-Abgeordnete Achenbach, selbst alter Faschist, „Berichterstatter". Und dieses Schwein erklärte frech: *„Solange ich da bin, wird die Konvention nicht gebilligt", „Einmal muß Schluß sein", „Wir fordern eine Generalamnestie* (für faschistische Massenmörder – Anm. AK) *Jawohl, aus humanitären (!) und christlichen Gründen!"* („Frankfurter Rundschau", 11.7.74)

Achenbach war 1940-43 Leiter der sogenannten „Politischen Abteilung" der deutschen Botschaft im besetzten Paris, also wohl ein guter Bekannter Lischkas und Mitarbeiter der Gestapo. Achenbach ist außerdem nach dem Krieg als Verteidiger in Prozessen gegen faschistische Verbrecher aufgetreten. So für den der Beihilfe zum Mord in über 360 000 Fällen angeklagten Horst Wagner (vgl. Meldung an anderer Stelle dieses AK).

Das alles ist natürlich kein bloßer „Fall Achenbach", zu dem ihn jetzt mehr oder weniger wohlmeinende Liberale (Jungdemokraten u.a.) verharmlosen möchten. sondern kennzeichnet diesen Staat, wo solche faschistischen Komplizenschaften möglich sind.

Der „Klarsfeld-Prozeß" zeigt darüber hinaus noch etwas: mit welcher Leichtigkeit sich nämlich die deutsche Bourgeoisie im arroganten Hochgefühl ihrer wiedergewonnenen Stärke heute über die „internationale Meinung" hinwegsetzt. Man bedenke nur, daß sich das israelische Parlament mit einer Resolution einstimmig für Frau Klarsfeld einsetzte, daß auch der französische Staatspräsident Giscard d' Estaing in diesem Sinn eingriff. Solche Interventionen hätten in früheren Jahren die deutsche Bourgeoisie mit Sicherheit in ihrer Haltung beeinflußt. Heute aber wird die Faschisierung der BRD bewußt und provozierend zur Schau gestellt. So wurde denn nur zynisch erklärt, die westdeutsche Justiz sei schließlich „unabhängig".

Die „Frankfurter Allgemeine" bezeichnete die Stellungnahme Giscard d' Estaing's schon ganz im Herrenmenschen-Ton als *„Seltsame Intervention"... „Man sähe den französischen Präsidenten, der bei uns hohes Ansehen und viel Sympathie genießt, lieber nicht in diesen Kriminalfall (!!) intervenieren."* („FAZ", 2.7.74)

Die „FAZ" leistete sich darüber hinaus einen waschecht faschistischen Beitrag, in dem Frau Klarsfeld als Geisteskranke beschimpft wurde. Sie sei *„nur eine zu krankhaften Erscheinungsformen des politischen Aktionismus neigende Berufsdemonstrantin"*. Irgendetwas würde Beate Klarsfeld *„nachgerade krankhaft* (!) *dazu zwingen, wie ein alttestamentarischer Racheengel* (!!!) *allüberall NS-Verbrecher aufzuspüren, um Tribunale veranstalten zu können." „Lischka scheint ihr ‚kleiner Eichmann' geworden zu sein, ein Syndrom* (!), *von dem sie sich seit Jahren nicht mehr befreien kann"* (Lothar Bewerunge in der „FAZ" vom 26.6.74).

Die Bestrafung faschistischer Krimineller wird hier nachgerade als eine Macke diffamiert, für die der Psychiater zuständig ist (das Gericht zog tatsächlich einen zu Rate, einen Professor Bresser). „Normal" im Sinn von „FAZ" und Co. ist dagegen offenbar **„Toleranz und Liberalität"** („FAZ" vom 26.6.74) gegenüber den faschistischen Massenmördern.

Während des Prozesses kam es zu einem Zwischenfall, der ebenfalls den härteren Kurs erkennen läßt; während der Faschist Lischka verhört wurde (als Zeuge der Anklage, versteht sich), begannen alte französische Widerstandskämpfer auf den Zuschauerbänken „Nazi-Mörder" zu rufen und sangen die französische Nationalhymne. Justizbeamte gingen daraufhin brutal gegen die alten Antifaschisten vor und schlugen mehrere von ihnen zu Boden. Auch Jean-Pierre Bloch, Präsident der ‚Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus' wurde geschlagen, was etwa den „Kölner Stadtanzeiger" vom 3.7.74 zu der zynischen Umschreibung veranlaßte, Bloch sei *„mit körperlicher Gewalt zur Ruhe ermahnt worden"*.

An einem der nächsten Tage wurde von Justizbeamten erneut auf antifaschistische Zeugen der Verteidigung eingeschlagen, als diese das Gericht in KZ-Kleidung betreten wollten. Das Gericht nahm dies zum Anlaß, um die ‚Öffentlichkeit' vom Prozeß auszuschließen, einschließlich der vertretenen Journalisten.



Solidaritätsbekundungen für Beate Klarsfeld auf dem Weg zum Gericht

Auch dies beleuchtet noch einmal, wie wenig trotz der internationalen Beachtung, die dieser Prozeß fand, auf die Wahrung äußerer „demokratischer" Formen gelegt wurde.

Als Kommunisten schließen wir uns sicher nicht der liberalen Klage an, daß dieser Prozeß „dem deutschen Ansehen international geschadet" habe und was dergleichen Schmerzen mehr sind. Wir sagen im Gegenteil, daß es ausgezeichnet ist, wenn diesem „deutschen Ansehen", der Lüge vom „gewandelten Deutschland", gründlich geschadet wird, und wenn möglichst vielen Demokraten auch im Ausland klar gemacht wird, wohin der deutsche Imperialismus wieder einmal die Dinge zu treiben versucht.

Es bleibt aber festzuhalten, daß in der kaltschnäuzigen und arroganten Ignorierung dieser ‚internationalen Meinung' durch die westdeutsche Bourgeoisie das beschleunigte Tempo der Faschisierung zum Ausdruck kommt, die auch nach außen zunehmend frecher und anmaßender auftritt. ●

Wieder barbarische Strafen gegen "RAF"-Genossen

Ein Westberliner Gericht hat im Juni ein weiteres Urteil gegen Genossen der sogenannten „RAF" („Baader-Meinhof-Gruppe") verhängt.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Urteile:

- ▷ **13 Jahre gegen Ingrid Schubert (unter Einbeziehung einer früheren Strafe von sechs Jahren)**
- ▷ **12 Jahre gegen Monika Berberich**
- ▷ **10 Jahre gegen Brigitte Asdonk**
- ▷ **10 Jahre gegen Eric Grusdat**
- ▷ **9 Jahre gegen Hans-Jürgen Bäcker**
- ▷ **7 Jahre gegen Irene Goergens (unter Einbeziehung einer früheren Strafe von vier Jahren)**



Solidaritätsdemonstration in Frankfurt Ende 1973

Diese Urteile schließen sich an die bisher gegen „RAF"-Genossen verhängten an: 12 Jahre gegen Horst Mahler, 10 Jahre gegen Werner Hoppe und Heinrich Jansen . . . (eine ziemlich vollständige Übersicht über die
lich vollständige Übersicht über die
bisherigen Urteile findet sich in AK 40, S. 27).

Den jetzt verurteilten Genossen wurden vor allem drei Banküberfälle im September 1970 angelastet. Beweise für diese Behauptung hatte das Gericht in Wahrheit keine, sondern nur die Aussagen einer Figur wie Ruhland, kompromitierter „Kronzeuge" gegen fast alle „RAF"-Genossen, ein von der Polizei manipulierter notorischer Lügner.

Gegen die Genossinnen Asdonk und Berberich, die besonders schwere Urteile bekamen, mußte selbst das Gericht die Beteiligung an den Bankeinbrüchen als „unbewiesen" anerkennen. Hier half sich das Gericht mit einem Trick, der schon gegen Horst Mahler angewendet wurde: „Wir können zwar die Beteiligung nicht beweisen. Da aber die Angeklagten zu den aktiven Bandenmitgliedern zählen, waren sie sicher auch beim Banküberfall dabei . . ."

Sieht man von den ganz unbewiesenen Bankeinbrüchen ab, so bleibt als Kern der Anklage und der Urteile, daß es sich um Revolutionäre handelt, die man im Interesse des Kapitalismus mit aller Härte unterdrücken
mus mit aller Härte unterdrücken
muß: **„. . . die sechs Angeklagten hätten zu einer Bande gehört, deren Mitglieder sich als Revolutionäre betrachtet hätten. Sie hätten durch Gewaltaktionen die herrschende Gesellschaftsordnung erschüttern wollen . . ."** (Aus der Urteilsbegründung laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 29.6.74). ●

Zwangsgeld bis zu 300 Mark angedroht.

Leserbrief zum Artikel „Klassenjustiz gegen kommunistische Öffentlichkeitsarbeit" in AK 45

Zum Artikel „Klassenjustiz gegen kommunistische Öffentlichkeitsarbeit" in AK 45 will ich eine Ergänzung machen, was die Oldenburger Situation betrifft. Wir (die Oldenburger KB-Gruppe) hatten eine Veranstaltung am 1. Mai sowie weitere Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstration im Mai 74. Dafür hatten wir u.a. bei der Behörde beantragt, Plakatschilder im gesamten Stadtgebiet aufzustellen. Zuerst erhielten wir mündlich die Zusage, das ab 1. Mai – dem Beginn des niedersächsischen Wahlkampfs – durchführen zu können. Die Plakatwerbung stellte eine Verkehrsgefährdung wegen Sichtablenkung usw. dar und sei deshalb nach Straßenverkehrsordnung verboten. Nur bei den Wahlen gebe es aufgrund eines Runderlasses der Landesregierung eine Ausnahme. Dann darf der Verkehr also „gefährdet" werden! Und zudem gilt diese Ausnahme – wie es dann in der schriftlichen Mitteilung der Behörde in Bezug auf den Runderlaß hieß – nur für die „politischen Parteien"! Also nicht für den KB. Stattdessen wurde uns im Schreiben des Amtes empfohlen (als ob wir ein kapitalkräftiges Unternehmen wären!): *„Die Aufstellung der Stelltafeln ist nur den politischen Parteien vorbehalten. Sie müssen sich wegen der Werbung mit der Firma Schiffmann & Co. KG . . . in Verbindung setzen. Diese Firma führt vertraglich die kommunale Außenwerbung an Litfaßsäulen usw. durch."* Fürwahr, gleiches Recht für alle! Übrigens traf es den KBW genauso. Sollte man sich dieser „demokratischen Spielregel" unterwerfen? !

Mit Datum vom 31.5. erhielten wir dann folgendes Schreiben:

„Betr.: Unerlaubte Plakatwerbung.
Sehr geehrter Herr Piepgras!
Mit Schreiben vom 17. Mai 1974 wurde ihnen nicht gestattet, für ihre Kundgebung Plakatwerbung zu betreiben. Wie jetzt festzustellen ist, haben Sie in rücksichtsloser Weise Plakatwerbung betrieben und dabei auch öffentliche Einrichtungen nicht verschont. So wurden Telefonzellen, Fahrgastunterstände, Schaltkästen der EWE usw. mit Plakaten beklebt. Sie werden hiermit aufgefordert, die Plakate unverzüglich wieder zu entfernen. Als letzter Termin wird ihnen der 4. Juni 1974 aufgegeben. Gleichzeitig wird Ihnen hiermit für den Fall der unerlaubten Wiederholung ein Zwangsgeld bis zu 300,– DM angedroht." ●

DEMOKRATIE
A LA BOURGEOISIE !

Ein Oldenburger Genosse

Kriegsverbrecher in der BRD – ein ruhiger Job

Kriegsverbrecher, Judenmörder, leben ungestraft in der Bundesrepublik. Erst wurden ihre Prozesse z.T. über Jahrzehnte hin verschleppt, und heute bietet man uns die Kriegsverbrecher als ältere Herrschaften mit Zipperlein und Leberleiden an, denen man doch eine Gefängnisstrafe schon gar nicht zumuten darf.

Dieser Staat, der den millionenfachen Mord der Faschisten ungestraft läßt, verhängt gleichzeitig barbarische Gefängnisstrafen gegen Menschen, die sich mit der Waffe gegen die bestehende Ausbeuterordnung auflehnen. Das ist keinesfalls ein Widerspruch, sondern nur konsequent. Denn in der Verteidigung des Kapitalismus ist dieser Staat nichts anderes als die Fortsetzung des Faschismus mit „demokratischen" Mitteln.

1. „Fall Erren"

Gerhard Erren, heute 73, war während des Krieges Gebietskommissar in Slonim (Weißruthenien/Sowjetunion), 7000 jüdische Kinder, Frauen und Männer ließ er ermorden. Zur Ermordung von 8000 weiteren Juden leistete er „Beihilfe".

Seine Devise: *„Das Judentum in meinem Bereich wird bis auf die notwendigsten Facharbeiter ausgemerzt werden."*

All dies wurde vom Gericht anerkannt. Erren wurde am 24. Juni 74 zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Er konnte danach jedoch das Gericht als freier Mann verlassen, obwohl er nicht einmal offiziell für „haftunfähig" erklärt worden ist. Seine Freilassung erfolgte ohne eine noch so fadenscheinige „Begründung"!

Im selben Prozeß wurde der mitangeklagte frühere Gendarmerie-Hauptwachtmeister Lothar Schulz (66) wegen Beihilfe zur Ermordung von 15000 Juden mit dem grotesken Urteil von d r e i Jahren bedacht. Auch er konnte den Gerichtssaal auf freiem Fuß verlassen.

2. „Fall Wagner"

Horst Wagner (68), u.a. ehemaliger Legationsrat im Auswärtigen Amt, ist der Beihilfe zum Mord in 365.624 Fällen (die Exaktheit der Zahl mutet recht markaber an) angeklagt. Insbesondere ist er für die Deportation von einigen 100 000 ungarischen Juden in die Todeslager verantwortlich.

Wagner suchte nach der Niederlage des Faschismus zunächst das Weite, kehrte aber 1956 schon in die BRD zurück, nachdem offensichtlich war, wie gut es Verbrechern seiner Art hier geht. Erst 1968 (!) sollte ihm erstmals der Prozeß gemacht werden. Diesen Prozeß brachte sein Verteidiger listig zum Platzen, indem er die Verteidigung in letzter Minute niederlegte. Dieser Verteidiger war übrigens jener Achenbach, Bundestagsabgeordneter der FDP, der jetzt anläßlich des „Klarsfeld-Prozesses" öffentlich seine braune Visitenkarte abgab. (vgl. Bericht in diesem AK)

Im Sommer 1972, als der Prozeß nunmehr beginnen sollte, war Wagner „verhandlungsunfähig", wegen seines „Hüftleidens", das ihn mittlerweile ereilt hatte.

Dasselbe Leiden verhalf ihm auch jetzt, im Juli 74, zur dritten (und möglicherweise endgültigen) Verschiebung des Prozesses. *„Damit dürfte eines der großen noch ausstehenden Verfahren gegen NS-Schreibtischtäter kaum noch eine Chance haben, durchgeführt zu werden"* („Frankfurter Rundschau", 12.7.74).

3. „Fall Asbach"

Hans-Adolf Asbach (70) war während des Krieges Kreishauptmann im besetzten Polen. Als solcher war er mehrmals an Massentötungen polnischer Juden beteiligt. So wurden z.B. am 3. Oktober 1941 unter seiner Verantwortung im Kreis Bzezany etwa 500 Juden in einem Steinbruch erschossen.

Seine Verbrechen qualifizierten Asbach offenbar in der BRD für eine gehobene Karriere. Als Mitglied des rechtsradikalen BHE war Asbach 1950–57 Minister und stellvertretender Ministerpräsident in Schleswig-Holstein.

1961 (!) bereits kam aufgrund der Anzeige eines israelischen Staatsbürgers ein Verfahren gegen Asbach in Gang, das sich offenbar ruhig durch die Jahre schleppte. 1969 (!!) wurde mit einer „Voruntersuchung" begonnen, die sich wiederum dahinschleppte. Heute, im Juli 1974, ist das schleswig-holsteinische Justizministerium glücklich soweit, für Ende des Jahres den Abschluß der „Voruntersuchung" und die Entscheidung über einen Prozeß gegen Asbach anzukündigen. Falls es je soweit kommt, ist der Nazi-Verbrecher Asbach sicher wegen irgendeines Wehwechens „verhandlungs"- oder zumindest „haftunfähig".

Die Schonung der Nazi-Verbrecher durch die bürgerliche Justiz zeigt erneut, daß nur die Arbeiterklasse an der Macht mit diesem Gesindel gründlich aufräumen und eine Wiederholung solcher Verbrechen unmöglich machen kann. ●

Forts. Große Ambitionen des BRD-Imperialismus

Zunächst ergriff Italien Ende April Maßnahmen, um seine Einfuhr zu drosseln und damit sein Außenhandelsdefizit zu senken. Dies sollte durch die Einführung des sogenannten „deposito cauzionale vincolato" (Bardepot) geschehen: für eine große Zahl von Importprodukten (etwa 40% der italienischen Einfuhr) waren 50% des Warenwerts für sechs Monate unverzinst bei der Staatsbank zu hinterlegen. Dadurch wurden zum einen bestimmte Importwaren verteuert, damit also in ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem italienischen Markt gesenkt, wodurch der Import insgesamt gedrosselt werden sollte. Allerdings war die Waren-Verteuerung wohl der geringere der angestrebten Effekte, da sich aus dem „Bardepot" nur eine Warenverteuerung von rund vier Prozent ergab (das errechnet sich so: Kredit mit 16% Zinsen zur Abdeckung des Bardepots, berechnet aufs halbe Jahr 8%, berechnet auf 50% des Warenwerts 4%). Vor allem erlaubte die Einführung des „Bardepots" dem italienischen Finanzkapital eine s e l e k t i v e (ausgewählte) Senkung des Imports, indem von den Banken für bestimmte Importwaren Kredite (zur Abdeckung des Bardepots) gewährt wurden, für andere aber nicht. Insgesamt gingen die italienischen Einfuhren so innerhalb eines Monats um rund 25% zurück, wovon die BRD – mit rund 20,8% des italienischen Imports größter Handelspartner Italiens – besonders stark getroffen wurde(Etwa 8,8% der deutschen Ausfuhr gehen nach Italien).

Die westdeutsche Bourgeoisie malte das Bild einer „zerfallenden EG", eines „erbitterten Handelskrieges". Apel, damals Staatssekretär, jetzt Finanzminister, erklärte: *„Das ist sehr viel dramatischer und gefährlicher als das, was wir bisher erlebt haben."*

Die Unkenrufe verstärkten sich, als die dänische Regierung Anfang Mai zur Senkung des dänischen Imports zahlreiche Waren durch enorme Steuererhöhungen verteuerte. Diese Maßnahme rief damals breite politische Streiks und Massendemonstrationen der dänischen Werktätigen hervor (vgl. AK 44, S. 26). BRD-Wirtschaftsminister Friderichs erklärte, die Maßnahmen der dänischen Regierung seien *„ein weiterer Schlag gegen Europa"*, (laut „FAZ" vom 10.5.74).

Befürchtungen wurden geäußert, daß vor allem der größte Handelspartner der BRD, Frankreich (das rund 13% der gesamten Ausfuhr der BRD abnimmt), dem Beispiel Italiens und Dänemarks folgen könnte; daß auch Großbritannien (mit 4,6% der westdeutschen Ausfuhr allerdings nur an siebenter Stelle der „Kunden" des deutschen Imperialismus) diesen Weg gehen könnten; daß im Zuge einer Kettenreaktion schließlich auch die USA zu „protektionistischen" Maßnahmen veranlaßt werden könnten. Diese Perspektive mußte gerade dem extrem exportabhängigen BRD-Imperialismus ein leichtes Gruseln verursachen.

Schließlich wurde die Suppe aber längst nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht schien. Die „Europäische Kommission" der EG erklärte noch Anfang Mai ausdrücklich, die dänischen Maßnahmen verstießen keineswegs gegen die Grundlagen der EG, sondern entsprächen im Gegenteil genau den Vorstellungen der EG über die „Sanierung" der nationalen Wirtschaften. Auch die italienische „Bardepot"-Regelung wurde nunmehr als Übergangslösung gebilligt; am 4. Juni wurde dann im Rahmen der EG eine Regelung zur Ablösung der italienischen „Bardepot"-Pflicht durch gemeinsame Maßnahmen mit ähnlicher Wirkung getroffen.

Trotz ihres demagogischen Geschreis über den Untergang der EG usw. sind sich die BRD-Imperialisten offenbar darüber im Klaren, daß sie einige Einschränkungen ihrer Exporte nach Italien, Frankreich u.a. hinnehmen müssen, zumal diese genau auf der Linie der von Schmidt empfohlenen „Gesundschrumpfungspolitik" („Gürtel enger schnallen") für diese Länder liegen. So ging es z.B. auch bei den Gesprächen Schmidt-Giscard d'Estaing im Juni und Juli nur darum, wie man die „u n v e r m e i d l i c h e n" französischen Import-Reduzierungen „möglichst gering" halten könnte.

Was die italienischen „Bardepot"-Maßnahmen vom April angeht, so war es offenbar dem BRD-Imperialismus kaum um den Rückgang seines Exports zu tun (was wohl auch hier im Interesse der „Stabilisierung" als „unvermeidlich" angesehen wurde), sondern darum, daß Italiens Bourgeoisie dieses Ziel durch „e i g e n m ä c h t i g e" Maßnahmen erreichen wollte. Der BRD-Imperialismus verlangt zumindest „gemeinsame" Beschlüsse im Rahmen der EG, und noch lieber sieht er wahrscheinlich zweiseitige Abmachungen jeweils mit den einzelnen Ländern (so vor allem mit Frankreich), in denen er seine Interessen am besten durchsetzen kann.

Am unausgewogensten ist der Handel zwischen der BRD und Frankreich. Der westdeutsche Export überstieg im ersten Vierteljahr 1974 den Import aus Frankreich um 2,1 Mrd. Mark. Italiens Defizit im Handel mit der BRD im selben Zeitraum beträgt 1,5 Mrd. Mark; Großbritanniens 1,1 Mrd. Mark; und Dänemark wies ein Minus von 0,6 Mrd. Mark auf – der BRD-Export nach Dänemark ist mehr als doppelt so hoch wie der Import!

Es ist eindeutig, daß der BRD-Export hiermit an natürliche Grenzen stößt, zumal wenn die Handelspartner in tiefen Zahlungsschwierigkeiten stecken wie vor allem – aber nicht allein – Italien. Die Aufmerksamkeit des BRD-Imperialismus gilt deshalb dem Versuch, die „unvermeidlichen" Exportrückgänge so gering wie möglich zu halten, ein offenes Ausbrechen der Widersprüche („Handelskrieg") zu vermeiden und gegenüber den imperialistischen Konkurrenten vor allem politische „Gegenleistungen" herauszuschlagen.

In jedem Fall muß der BRD-Imperialismus damit rechnen, daß sein Export in einige seiner wichtigsten „Partnerländer" zumindest vorübergehend zurückgehen wird. Der Ausweg wird im Kampf um neue Märkte („Osthandel", arabischer Raum, Iran u.a.) und in einer Forcierung des Kapitalexports gesehen.

BRD-Imperialismus will den Arbeitern der EG „den Gürtel enger schnallen"

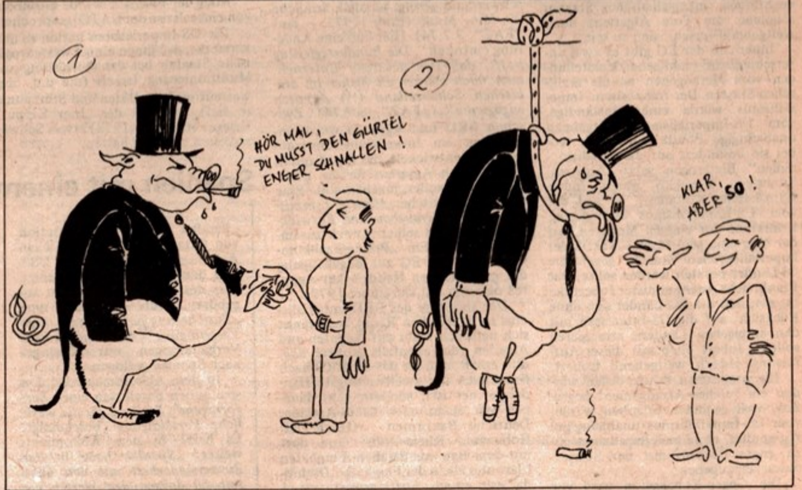
In der bürgerlichen Presse der BRD ist mit dreister Beharrlichkeit zu lesen, daß die englischen Arbeiter ihr Land „kaputtstreiken", daß die italienischen und französischen Arbeiter „über ihre Verhältnisse leben". Mit Schnacks wie **„Frankreich will den Gürtel enger schnallen"** („FAZ", 4.6.74) und **„Die Italiener müssen den Gürtel enger schnallen"** („FAZ", 8.7.74) soll verdeckt werden, w e r da w e m „den Gürtel enger schnallen will" – daß nämlich die Bourgeoisie ihre Krise auf Kosten der Arbeiterklasse zu lösen hofft, und daß die Arbeiter dies weder akzeptieren „müssen" noch erst recht „wollen", sondern einen Kampf gegen diese Maßnahmen führen.

Die unverschämten Maßhalte-Appelle der deutschen Bourgeoisie an die Völker anderer Länder sind leider mehr als bloße Worte. Sie finden ihre materielle Basis in der überragenden ökonomischen Stellung des BRD-Imperialismus innerhalb der EG.

Die „Sparpläne" in Italien und Frankreich tragen eindeutig das Kennzeichen der engsten Einflußnahme des BRD- und US-Imperialismus.

In Italien will die Rumor-Regierung durch umfangreiche „Sparmaßnahmen" mindestens 3.000 Mrd. Lire (etwa zwölf Mrd. Mark) aus den italienischen Werktätigen herauspressen. Das soll erreicht werden durch Steuererhöhungen, Erhöhungen der Preise für Strom und Gas, Verteuerung der öffentlichen Verkehrsmittel, Erhöhung des Benzinpreises, der Kfz-Gebühren, der Rundfunk- und Fernsehgebühren, Preissteigerungen bei der Post, Erhöhung der Krankenversicherungs-Beiträge u.a.

In Frankreich hatte Giscard d' Estaing v o r den Wahlen grandiose Versprechungen gemacht, deren Einlösung rund 20 Mrd. Franc (etwa zehn Mrd. Mark) kosten würde. Kaum gewählt präsentierte Giscard stattdessen umfassende Einsparungen im Wert von mindestens 30 Mrd. Franc (rund 15 Mrd. Mark). Die Steuern sollen drastisch erhöht werden, die öffentlichen Ausgaben sollen gekürzt werden, Benzin u.ä. sollen offenbar rationiert werden, wie in Italien soll eine „Politik des knappen Geldes" (Kreditverteuerungen durch hohe Zinsen) getrieben werden.



Während die italienische Bourgeoisie sich offen um Milliarden-Kredite des BRD- und US-Kapitals bemüht, erklärte Giscard d'Estaing: *„Frankreich braucht zur Überwindung der Krise keine Hilfe von außen."*

Dahinter steckt wohl, daß der BRD-Imperialismus zur Zeit gar nicht geneigt ist, der französischen und italienischen Konkurrenz durch Milliarden-Kredite auf die Beine zu helfen, sondern sie voll durch die „Pferdekur" rigoroser „Sparmaßnahmen" zwingen will.

Schmidt soll schon vor mehreren Monaten erklärt haben: *„In diesen bankrotten Verein* (die EG – Anm. AK) *investiere ich* (!) *keinen Pfennig mehr"* (laut „Spiegel" 20/74). In dieselbe Richtung geht Schmidts Äußerung im Interview mit dem „Stern"(12.6.74): *„Schon als Finanzminister ... habe ich verlangt, nicht mit leichter Hand zusätzliche Kredite zu geben. Wir sind seit Jahr und Tag eine Gesellschaft, die mehr produziert, als sie verbraucht. Es gibt andere Staaten, die seit Jahren mehr verbrauchen als sie selbst produzieren. Es kann auf die Dauer nicht der Sinn sein, daß wir Deutschen dafür arbeiten, daß andere mehr verbrauchen, als sie selbst erarbeiten ... Wir müssen deshalb mit Krediten äußerst zurückhaltend sein..."*

Im übrigen schreckt wahrscheinlich die französische Bourgeoisie, die selbst nach der Hegemonie in der EG und im Mittelmeer-Raum strebt, vor den politischen Konsequenzen einer stärkeren Verschuldung gegenüber der BRD zurück.

BRD-Imperialismus steckt seine Ziele ab

Gerade w e i l der deutsche Imperialismus sich zur Zeit äußerst knauserig bei der Vergabe von Krediten zeigt, verdient die Vergabe größerer Kredite in den letzten Monaten besondere Aufmerksamkeit.

Ein klarer Schwerpunkt ist die Mittelmeer-Politik – zum einen der arabische Raum (Ägypten und Algerien), zum anderen Jugoslawien. Beim Besuch Tito's in der BRD Anfang Juli wurde eine Abmachung besiegelt, wonach Jugoslawien von 1974 bis 1977 von der BRD 700 Mio DM als Kredit erhalten soll. Davon sind 350 Mio ‚projektgebunden' (für die weitere Elektrifizierung Jugoslawiens), der Rest ist für Warenlieferungen bestimmt. Zusammen mit einem schon 1973 vereinbarten Kredit von 300 Mio DM kommt man immerhin auf eine runde Milliarde. Die Laufzeit des Kredits ist 30 Jahre, die Verzinsung 2 % jährlich.

Die Kreditvergabe an Jugoslawien wurde als eine Art von ‚Wiedergutmachungs'-Geschenk dargestellt und von der CDU/CSU entsprechend in demagogischer Weise angegriffen.

Tatsächlich stehen dahinter natürlich handfeste ökonomische und politische Interessen.

Zunächst einmal ist Jugoslawien heute schon in erster Linie auf den kapitalistischen Weltmarkt orientiert: 60 % seines Außenhandels wickelt es mit den kapitalistischen Industrieländern ab, und nur 28 % mit den Ländern des RGW (Sowjetunion usw.). Die BRD ist der wichtigste Handelspartner Jugoslawiens.

Immerhin liegt Jugoslawien an 14. Stelle der westdeutschen Ausfuhrländer – und eine Gegenüberstellung zeigt die bemerkenswerte Tatsache, daß der BRD-Export nach Jugoslawiens fast ebenso groß ist wie der in die Sowjetunion! (901 Mio DM in die SU, 876 Mio DM nach Jugoslawien im ersten Vierteljahr 1974).

Der Kapitalexport nach Jugoslawien, das immerhin als sozialistisches Land gelten will, ist naturgemäß noch schwierig – aber immerhin günstiger als in andere „sozialistische" Länder. Es gab bis Anfang Juni (laut„FR" vom 1.6.74) zwischen Firmen der BRD und Jugoslawien 146 Kooperationsverträge (eine verschleiertere Form des Kapitalexports) und 21 „Gemeinschaftsunternehmen". Dabei sind kapitalistischen Firmen an Betrieben in Jugoslawien mit 49% beteiligt (die anderen 51% hält der jugoslawische Staat) und dürfen etwa 40% des in Jugoslawien gemachten Gewinns in die BRD transferieren. In dieser Weise unterhält z.B. VW ein Montage-Werk in Jugoslawien und Hoechst einen Chemie-Betrieb. Die revisionistische Bürokratie ist sehr daran interessiert, weiteres Kapital nach Jugoslawien zu ziehen und die Zusammenarbeit mit kapitalistischen Unternehmen auszubauen. Tito betonte das auch bei seinem Besuch in der BRD.

Jugoslawien ist neben den wirtschaftlichen Aspekten ein strategisch wichtiger Bereich für die Mittelmeer-Politik und für den Kampf zwischen NATO und Warschauer Pakt, speziell USA und Sowjetunion, um Einflußgebiete.

Beide Seiten rechnen sich aus, nach dem Tode Titos, unter Ausnutzung der nationalen Widersprüche zwischen den Völkern Jugoslawiens, die bestehende Situation zu verändern. Während die Sowjetrevisionisten Jugoslawien stärker in RGW und Warschauer Pakt hineinziehen wollen, wollen die Imperialisten der USA (und in ihrem Windschatten u.a. der BRD und Italiens) Jugoslawien stärker ins kapitalistische Lager ziehen. Eine militärische Auseinandersetzung scheint dabei nicht ausgeschlossen: vor allem die italienische Bourgeoisie schürt heute schon, unter dem Vorwand absurder Gebietsforderungen an Jugoslawien, Unruhe an der Grenze und läßt Militär-Manöver durchführen, deren Ziel offensichtlich Jugoslawien ist.

In der BRD dürfte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" nicht nur für sich selbst sprechen, wenn dort gefordert wird: *„Die Sicherheit des westlichen Europa hängt zu einem Teil daran, daß das Land zwischen Donau und Adria nicht zum Moskauer Imperium gehört . . . Jugoslawiens Unabhängikeit muß vom Westen gestützt werden, solange Jugoslawien unabhängig sein will . . ."* („FAZ", 22.6.74). Die Berufung auf das was „Jugoslawien will", muß man angesichts des imperialistischen Vorgehens gegen Chile, Griechenland, Zypern u.a. als zynische Umschreibung von eigenen Interventionsabsichten der Imperialisten verstehen, die sich noch nie um den Unabhängigkeitswillen der Völker gekümmert haben.

Ein weiterer Punkt von Interesse ert haben.

Ein weiterer Punkt von Interesse für die Mittelmeerpolitik des BRD-Imperialismus ist der arabische Raum. Hier finden die Imperialisten vor allem in Ägypten wieder günstige Bedingungen, nachdem es der ägyptischen Bourgeoisie gelungen scheint,

➡

Eppler – ein Rücktritt mit „Signalwirkung"

Der Minister für ‚wirtschaftliche Zusammenarbeit', Eppler, trat Anfang Juli von seinem Posten zurück.

Unmittelbarer Anlaß waren drastische Abstriche an den Ausgaben für „Entwicklungshilfe". Eppler sollte für 1975 rund 280 Mio. Mark weniger erhalten als ursprünglich zugesagt, und bis 1978 insgesamt zwei Milliarden weniger als zugesagt. Kanzler Schmidt sagte zu dem Rücktritt Epplers noch zynisch, die BRD-„Entwicklungshilfe" werde für die Regierung trotzdem ihren „besonderen Rang" (!!) behalten.

Tatsächlich aber ist der BRD-Imperialismus in Punkto „Entwicklungshilfe" schon seit vielen Jahren, wie selbst die reatkionäre „Frankfurter Allgemeine" zugeben muß, ins *„Zwielicht großer Versprechen und kleiner Leistungen"* geraten („FAZ", 24.6.74).

Wenn sich bei den Imperialisten allgemein eine starke Abneigung gegen die „Entwicklungshilfe" (sofern nicht profitabel) breit macht, so nimmt der BRD-Imperialismus bei dieser Entwicklung eindeutig die ‚Spitzenstellung' ein.

1962 lag der Anteil der westdeutschen „Entwicklungshilfe" immerhin noch bei 0,45 % des Bruttosozialprodukts. 1969 versprach Brandt eine Steigerung auf 0,7 % – damals war der Anteil schon auf 0,38 % gesunken. 1973, vier Jahre nach Brandts großartigem Versprechen, war der Anteil dann glücklich auf 0,32 % gesunken – womit die SPD auch nach außen hin demonstrierte, wie sie ihre Versprechen ‚einzuhalten' pflegt.

Im September 1973 erklärte dann Helmut Schmidt auf der Weltwährungstagung in Nairobi: *„Meine Regierung will ihre offizielle Entwicklungshilfe bis 1978 verdoppeln (!). Sie will ihre offizielle Entwicklungshilfe auf 0,41 % des Bruttosozialprodukts steigern."* („FAZ", 24.6.74) – Im Juli 1974 dagegen erklärte Schmidt jetzt, das sei damals nur eine *„Zielerklärung"* gewesen, *„die unter einer veränderten Situation korrigierbar sei."* („FR", 6.7.74)

Zwischendurch hatte der Ministerrat der EG, mit Zustimmung der Bundesregierung, am 30. April 74 beschlossen, *„sobald wie möglich (? !) das Ziel von 0,7 % des Bruttosozialproduktes an öffentlicher Hilfe zu erreichen."* Auch in die NATO-Deklaration von Ottawa (Juni 74) wurde, in allgemeiner Form, die Zusicherung aufgenommen: *„In der Welt als ganzes erkennt jeder verbündete Staat die Pflicht an, den Entwicklungsländern zu helfen ..."*

Worte sind sicher das Billigste, was die Imperialisten, und vor allem der BRD-Imperialismus, reichlich zu vergeben haben.

Der Angriff auf die „Entwicklungshilfe" steht im Zeichen der von der Schmidt-Regierung verkündeten „Konzentration". Es soll zum einen w e n i g e r als bisher ausgegeben werden, dieses aber zum anderen politisch g e z i e l t e r und „konzentrierter" als bisher, wie etwa an der „Konzentration" größerer Kredite auf Länder des Mittelmeerraumes deutlich wird. Zugleich hat die Schmidt-Regierung die „neue Ostpolitik" deutlich abgebremst und angekündigt, daß größere Kredite für die Sowjetunion zur Zeit „nicht drin" seien. Lohnender scheinen offenbar Investitionen an den ‚Nahtstellen' der Einflußzonen, z. B. in Jugoslawien oder auch in Rumänien, das einen ‚unabhängigen' Kurs innerhalb des RGW verfolgt.

Die Kürzung und ‚Konzentration' der „Entwicklungshilfe" wurde im Übrigen schon seit Jahren durch eine schweinische Hetze in der bürgerlichen Massenpresse vorbereitet u. ä., wo die die „Entwicklungshilfe" als eine Art Geschenk hingestellt wurde, das die „fleißigen Deutschen" den „faulen Negern etc." machen würden, und wofür sich diese dann goldene Betten kaufen oder Atombomben bauen (Indien).

Forts. Große Ambitionen des BRD-Imperialismus

einen Frieden mit Israel zu erreichen, der den Suez-Kanal freigibt, und eine Annäherung an den US-Imperialismus – bei gleichzeitiger Entfernung vom Sowjetrevisionismus – durchzusetzen. Ägypten wird so zu einem günstigen Platz für Kapitalanlagen. Geplant sind u.a. große Projekte wie Räumung und Ausbau der Kanalzone und Bau eines Kraftwerks in der Kattara-Senke, mit geschätzten Baukosten von etwa 3 Mrd. Mark.

Weniger gut sind die Chancen für den Kapitalexport offenbar in Algerien, das vom BRD-Imperialismus ebenfalls „angepeilt" wird. Zwar ist Algerien kein „sozialistisches" Land, wie in der bürgerlichen Presse stupid behauptet wurde, aber für Direktinvestitionen imperialistischer Staaten scheinen die Tore Algeriens noch weitgehend verschlossen zu sein.

Innerhalb der EG gibt es zwei unterschiedliche taktische Vorstellungen vom Herangehen an die arabischen Staaten. Der französische Imperialismus würde eine selbständige, vom US-Imperialismus weitgehend unabhängige Politik vorziehen, wobei sie besonders auf die „traditionellen" Bindungen setzt (Algerien, Tunesien, Marokko waren früher französische Kolonien). – Auf der vom US-Imperialismus arrangierten Konferenz vor einigen Monaten, auf der über eine gemeinsame Taktik der imperialistischen Staaten gegen die Öl-Länder beraten werden sollte, trat Frankreichs Außenminister Jobert dafür ein, daß die EG-Länder sich ohne Rücksicht auf die US-Interessen mit den arabischen Ländern arrangieren sollten. Jobert blieb mit dieser Auffassung jedoch weitgehend isoliert.

Die arabischen Bourgeoisien würden ein solches Arrangement begrüßen, weil es ihnen erlauben würde, vom US-Imperialismus unabhängiger zu werden, ohne andererseits ein allzu enges Bündnis mit der Sowjetunion einzugehen.

Die Gegen-Konzeption wird vor allem vom BRD-Imperialismus vertreten. Er scheut den offenen Konflikt mit dem US-Imperialismus, zumindest beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis. Er paßt sich stattdessen weitgehend den Interessen des US-Imperialismus an und möchte in dessen Windschatten, statt in Frontstellung zu ihm, die Länder der „Dritten Welt" ausplündern.

Ex-Kanzler Brandt besuchte mit diesem Auftrag im April dieses Jahres Ägypten und Algerien. Vorausgeeilt war ihm „Didi" Rollmann von der Hamburger CDU, der im März zehn Tage lang in Ägypten war. Rollmann meinte danach, *„die Blicke seiner Partei seien in der Vergangenheit vielleicht zu ausschließlich auf Israel fixiert gewesen. Der Westen könne es sich nicht leisten, die Araber und die gesamte arabische Welt zu ignorieren"* („Hamburger Abendblatt", 29.3.74). Als dann Brandt kam, brauchte er eigentlich nur noch in dieselbe Kerbe zu hauen: es dürfe kein *„feindseliges Gegeneinander"* von Arabern und Europäern geben, die BRD sei *„als Mitglied der EG deutlicher* (?) *als zuvor* (?) *zum Nachbarn* (!) *der Mittelmeerstaaten geworden"* (Von der Etsch bis an den Belt ...?), die EG müßte sich stärker *„bei der Suche nach einer Lösung des Nahost-Konflikts engagieren"*; Brandt deutete auch an, *„daß eine Friedensregelung auch von den europäischen Staaten garantiert werden könnte ."* („Hamburger Abendblatt", 20.4.74).

Das ganze geht unter der Parole einer sogenannten „ausgewogenen Nahostpolitik" vor sich – also nicht mehr nur Orientierung an Israel, sondern auch Wahrnehmung von Interessen in den arabischen Ländern. Was die bürgerliche Politik als „Ausgewogenheit" bezeichnet, ist allerdings nur Doppelzüngigkeit. Dies wurde z.B. während der „Öl-Krise" vor einigen Monaten deutlich, als die BRD-Regierung in der EG einem Beschluß zustimmte, der Israel zur Durchführung der UN-Resolution (Rückzug aus den besetzten Gebieten) aufforderte, und gleich danach den Wahl-Zionisten Kühn, Ministerpräsident von Nordrheinwestfalen, nach Israel schickte, damit er dort genau das Gegenteil erklärte.

Der BRD-Imperialismus meint offenbar, sich eine so unverschämte und verlogene Haltung gegenüber den arabischen Bourgeoisien erlauben zu können, weil er schließlich über das „dicke Geld" verfügt, das jene als Kredite und Investitionen ins Land ziehen wollen. Diese Spekulation ist wahrscheinlich vorerst, solange die arabischen Völker nicht ein deutliches Wort mitsprechen, durchaus zutreffend.

Der mit dem Brandt-Besuch eingeschlagene Weg wurde fortgesetzt mit Besuchen von algerischen und ägyptischen (mit Außenminister Fahmi) Delegationen in Bonn Ende Mai bzw. Anfang Juli.

Ägypten wird nunmehr von 1974-1976 einen Kredit von 500 Mio. Mark erhalten und rückt damit an zweite Stelle (hinter Indien) unter den Empfängern westdeutscher „Entwicklungshilfe". *„In Bonn schließt man nicht aus, daß Ägypten künftig zu einem der Schwerpunkte deutscher Entwicklungspolitik wird."* („FAZ", 3.7.74).

Das, wie die großbürgerlich-vornehme „FAZ" ganz richtig schreibt (im Gegensatz z. B. zur „Bild", wo die Massen chauvinistisch gegen die „Entwicklungshilfe" aufgehetzt werden sollen), *„nicht aus Gutmütigkeit"*, sondern *„weil sich die Zusammenarbeit mit den Ägyptern für die Bundesregierung wieder lohnt"*, denn *„Ägypten ist heute wieder das einflußreichste arabische Land"* („FAZ", 5.7.74).

Die westdeutschen Direktinvestitionen in Ägypten sind bisher verschwindend gering, nämlich ärmliche 20 Mio. Mark (Ende 1973 – laut "FAZ", 3.7.74). Hier soll eine Änderung eintreten: *„Die Bundesregierung hofft, daß sich deutsche Unternehmen noch stärker als bisher im arabischen Schlüsselland* (!!) *Ägypten engagieren"* („FAZ", 3.7.74). Zwischen BRD und Ägypten wurde inzwischen ein Investitions-Schutzabkommen entwickelt, das den Kapitalexport nach Ägypten für das BRD-Kapital reizvoller machen soll. Eine deutsch-ägyptische *„Ministerkommission für Wiederaufbau und Entwicklung"* soll zum selben Zweck zusammenarbeiten. Ein „Präferenzabkommen" mit der EG zur Begünstigung des gegenseitigen Handels hat Ägypten ohnehin seit Dezember 1972.

Das Interesse des BRD-Imperialismus im arabischen Raum beschränkt sich natürlich nicht auf Ägypten und Algerien (das ebenfalls größere Kredite erhält, und für das die BRD nach Frankreich der zweitwichtigste Handelspartner ist), sondern geht daneben vor allem nach Saudi-Arabien. Deutsche Baufirmen (Hoch-Tief, Holzmann, Rhein-Ruhr) sind dort mit dem Bau von Straßen, Flughäfen (darunter allein der Flughafen Dschidda mit einem Auftragswert von 1 Mrd. Mark), Be- und Entwässerungssystemen, Kanalisationen u.a. befaßt – Aufträge im Wert von vielen Hundert Mio. Mark.

Große Bedeutung wird der Plan gewinnen, in Saudi-Arabien Stahlwerke zu bauen, die dort – unter Einsatz von Erdgas – erheblich günstiger produzieren können als z.B. in der BRD. Um das geplante Stahlwerk von Dharan rangeln vorerst US-amerikanische, westdeutsche (Thyssen) und japanische Interessen.

Als Nachbar des arabischen Raums ist noch der Iran zu erwähnen, der in den letzten Wochen mit aufsehenerregenden Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse in Szene war. *„Schah kauft Krupp"* hieß es da („Bild", 18. Juli), um in der bewährten Manier chauvinistische Emotionen hochzukochen. Tatsächlich hat die iranische Regierung bekanntgegeben, daß sie sich mit rund einem Viertel bei Krupp beteiligen wird. In Wahrheit handelt es sich dabei aber nur um einen besonders spektakulären Teil des Vorspiels zu einem riesigen Kapitalexport des BRD-Imperialismus in den Iran: *„Zwischen Persien und der Bundesrepublik bahnt sich eine riesige Industrie-Allianz an. Fast alles, was unter deutschen Konzernen Rang und Namen hat, will sich im Iran engagieren."* („Spiegel", 6/74)

Schon vor einigen Wochen erregte die iranische Regierung einiges Aufsehen, als der Schah Ende Juni eine runde Milliarde Dollar (etwa 2,5 Mrd. Mark) bei der „Bank von Frankreich" deponierte, zunächst einen Betrag von 300 Mio. Dollar in diesem Jahr und den Rest über zwei oder drei Jahre verteilt. Der schwer belasteten französischen Zahlungsbilanz wurde dadurch etwas Luft verschafft. Das iranische „Depot" gilt als eine Art Vorschuß aufs künftige Engagement des französischen Kapitals im Iran.

Der Iran scheint ein Anlageland für Kapitalinvestitionen von größter Bedeutung zu werden. Eine große Kapitalisten-Delegation aus der BRD besuchte vor einigen Monaten den Iran, um die Entwicklung abzustekken. Die Rede ist von *„einer der größten Raffinerien der Welt"* (unter Beteiligung von Thyssen), *„über 20 industrielle Großanlagen"*, Anlagen zur Meerwasserentsalzung (Krupp), Fabriken aller Art, Stahlwerke (Korf, Klöckner), Schaltgeräte-Bau (AEG, Siemens), eine Chemische Fabrik für 350 Mio. Mark (Bayer). Dem Kapital scheinen goldene Ufer zu winken. Einer der größten Brocken ist ein Dreiecksabkommen zwischen BRD-Sowjetunion und Iran über die Lieferung von 10 Mrd. Kubikmetern Erdgas (der Iran liefert in die südliche Sowjetunion, und die SU liefert ihrerseits sowjetisches Gas in die BRD – so werden Transportkosten gespart).

Mehr als bloß profitabel aber ist das Rüstungsgeschäft mit dem Iran. *„Zwischen Bonn und Teheran bahnt sich das größte Rüstungsgeschäft der deutschen Nachkriegsgeschichte an"* („Spiegel", 7/74). Die iranische Regierung ist am westdeutschen Leopard-Panzer und an westdeutschen U-Booten interessiert. BRD-Konzerne werden im Iran Rüstungsfabriken für Panzermotoren, Panzerketten und Panzergeschütze bauen.

Der Iran soll „in kurzer Zeit" zur stärksten Militärmacht des Nahen und Mittleren Ostens aufgerüstet werden, nach einigen Berechnungen gar *„zur zweitgrößten Militärmacht des nicht-kommunistischen Blocks"* („FAZ", 18.6.74). Der Iran wird damit im Nahen Osten weitgehend die Rolle übernehmen, die in den letzten Jahrzehnten der zionistische Staat hatte, und zu deren Aufrechterhaltung Israel heute nicht mehr in der Lage ist.

NATO-Konferenz von Ottawa ein ‚neuer Anfang'?

Noch im Frühjahr wurde allgemein von einer ‚Krise der NATO' gesprochen.

Die US-Imperialisten hatten es übel vermerkt, daß ihnen einige westeuropäische Staaten bei der Aufrüstung und Munitionierung Israels (die u.a. über westeuropäische Häfen und Stützpunkte lief) während des ‚Jom Kippur'-Krieges (Oktober 1973) etwas Schwierigkeiten gemacht hatten.

Daß es zu dieser Auseinandersetzung überhaupt kommen konnte, kennzeichnet die in den letzten Jahrzehnten entstandene Situation, wo die US-Imperialisten die Souveränität ihrer „Partner" ohne weiteres ignorieren konnten. Heute, unter einem etwas gewandelten Kräfteverhältnis, müssen diese Formen der „Partnerschaft" zwangsläufig zum Gegenstand von Auseinandersetzungen werden.

Die US-Regierung ging soweit, den Abzug ihrer Truppen (etwa 300 000 Mann) aus Westeuropa „anzudrohen", falls die EG-Länder „Extra-Touren" machen würden. *„Zu einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten die Sicherheit Europas garantieren, können wir von unseren europäischen Alliierten und Freunden zumindest erwarten, daß sie uns konsultieren und nicht aktiv auf politischer und wirtschaftlicher Ebene gegen uns arbeiten"* (Nixon).

Ex-Außenminister Scheel beeilte sich daraufhin mit der diensteifrigen Versicherung *„Die Europäer suchen keine Konfrontation, die Bundesrepublik am allerwenigsten"* (Zitate nach ‚Spiegel', 13/74).

Letzteres dürfte zutreffen, aber über den ersten Punkt dürfte die französische Bourgeoisie immer noch etwas anders denken.

Zusätzlich zu diesen Reibereien, vor allem zwischen USA und Frankreich, (das seit 1966 der militärischen Integration nicht mehr angehört) machte sich auch in anderen NATO-Ländern eine gewisse „NATO-Müdigkeit" bemerkbar. In Holland, Frankreich und Großbritannien wurden Kürzungen der Rüstungsausgaben beschlossen, in Dänemark und Belgien deuteten sich ähnliche Schritte an. In Holland forderte die PRR (Linkskatholiken), die der Regierungskoalition angehört (7Abgeordnete im Parlament, 2 Minister in der Regierung), den Austritt Hollands aus der NATO und die Auflösung der US-Stützpunkte. Wenn davon z. Zt. auch keine Rede sein kann, so riefen doch auch die Kürzungspläne der niederländischen Regierung an der Rüstung scharfe Kritik der Regierungen der USA und der BRD hervor: Holland will seine Streitkräfte um ein Fünftel verkleinern, die Dienstzeit von 16 auf 12 Monate verkürzen. Zwischen 1974 und 1978 sollen die Rüstungsausgaben insgesamt nur um 5 % steigen, also nicht viel mehr als 1 % jährlich im Durchschnitt.

In diesen Plänen, die einer Tendenz in anderen NATO-Ländern entsprechen, kommt eine Reaktion auf die wirtschaftliche Krisenentwicklung zum Ausdruck. Der niederländischen Bourgeoisie z.B. muß es völlig irrational erscheinen, weiterhin kostspielige Flugabwehr-Raketen-Einheiten in der BRD zu unterhalten, statt die entsprechenden Ausgaben in die ökonomische Expansion fließen zu lassen.

Erst recht gilt das für Staaten, deren Zahlungsbilanz – anders als die niederländische – krass negativ ist. Außer dem US-Imperialismus ist es heute nur noch der BRD-Imperialismus (der es sich freilich leisten kann!), der die europäischen NATO-„Partner" verzweifelt auffordert, *„ihre konventionellen Streitkräfte zu stärken"* (Leber).

Im Juni begann eine Serie von Konferenzen der NATO, um die Widersprüche zwischen den „Partnern" so weit wie möglich zu lösen und die NATO wiederzubeleben.

Vorher fuhr BRD-Rüstungsminister Leber, Ex-Gewerkschaftsführer ohne Maske, noch rasch vom 27. - 29. Mai nach Kanada (wo er Ausbildungsstätten der Bundeswehr in Augenschein nehmen konnte!), und anschließend (30./31. Mai) nach Washington zu Gesprächen mit seinem ‚Kollegen' Schlesinger, wobei man erwartungsgemäß zu dem laut verkündeten Schluß kam, daß *„zwischen Bonn und Washington keinerlei bilaterale Probleme"* bestünden.

Die weiteren Sitzungen liefen in folgender Reihenfolge ab:

- 11. Juni: ‚Verteidigungs'minister der ‚Nuklearen Planungsgruppe' der NATO
- 13. Juni: ‚Verteidigungs'minister der ‚Eurogruppe'
- 14. Juni: ‚Verteidigungs'minister und Generalstabschefs des ‚Defense Committee' (DPC)
- 18. Juni: Beginn der NATO-Außenministerkonferenz in Ottawa (Kanada)
- 26. Juni: „feierliche" Unterzeichnung einer in Ottawa festgelegten ‚Deklaration' in Brüssel, in Anwesenheit von Nixon.

(Die ‚Euro-Gruppe' ist ein Gremium der europäischen NATO-Länder – ohne Frankreich – zur *„Standardisierung des militärischen Gerätes"* und zur *„Koordinierung der Rüstungsindustrien zum Zwecke einer gemeinsamen Entwicklung und Produktion"*; das DPC entspricht der ‚Euro-Gruppe', unter Einschluß der Amerikaner).

Über die ‚Deklaration von Ottawa' war die Bourgeoisie des Lobes voll. Die FAZ etwa sprach von einem *„diplomatischen Meisterwerk"*; *„Seit der Deklation von Ottawa hat für die NATO eine neue Zukunft begonnen."* (Adalbert Weinstein in der „FAZ" vom 12. 6.74). –

Diese Behauptung war kaum originell gegenüber dem Spruch Nixons, daß die „Deklaration" eine *„Basis für ein neues Vierteljahrhundert der Zusammenarbeit"* sein würde.

Die „Deklaration" enthält außer der „Bekräftigung" der alten Phrasen über die Notwendigkeit der NATO als „unerläßliche Grundlage für ihre Sicherheit" usw. auch einige Neuigkeiten – wenn auch in sehr allgemeiner, unverbindlicher Form –, die der Tatsache Rechnung tragen sollen, „daß sich die ihre gemeinsame Verteidigung berührenden Umstände in den letzten zehn Jahren tiefgreifend verändert haben."

So wird in der ‚Deklaration' anerkannt, daß Großbritannien und Frankreich als Nuklear-Mächte *„in der Lage sind, eine eigene Abschreckungsrolle zu übernehmen, die zur Stärkung der gesamten Abschreckungskraft des Bündnisses beiträgt."* Auch die Rolle der ‚europäischen Einheit' wird gewürdigt.

Es heißt dann, daß zwischen Europa und USA die *„Aufrechterhaltung enger Konsultation, Zusammenarbeit und gegenseitigen Vertrauens erforderlich"* sei, daß *„Freundschaft, Gleichheit und Solidarität"* herrschen sollten sowie *„harmonische Beziehungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet"*; daß die NATO-Staaten *„fest entschlossen"* seien, *„einander stets umfassend zu unterrichten und die Gepflogenheit freimütiger und rechtzeitiger Konsultationen mit allen geeigneten Mitteln"* zu entwickeln. *„Sie werden insbesondere darauf hinarbeiten, Konfliktquellen zwischen ihrer Wirtschaftspolitik (!) zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit untereinander zu fördern."*

Es ist wahrscheinlich erstmalig, daß die Wirtschaftspolitik in so eindeutiger Weise in ein zentrales Dokument der militärischen Integration der Imperialisten einging.

Vor allem Helmut Schmidt hielt in Brüssel eine schwungvolle Rede über die Notwendigkeit einer *„energischen Stabilitätspolitik"*, *„.... entsprechende Bemühungen müßten alle Regierungen bei sich zu Hause beginnen"* und müßten bereit sein, *„auch kühne (!?) Maßnahmen gegen die Inflation und die Rezession zu ergreifen"*. Nixon konnte nur noch hinzufügen, er könne *„dem deutschen Bundeskanzler nicht genug recht geben"*, die imperialistischen Staaten dürften nicht *„nach außen als Konkurrenten auftreten"*, man dürfe *„ungewöhnliche Mittel (? !), nötigenfalls auch Opfer, nicht scheuen"* usw.

Neben der Wirtschaftspolitik spielte vor allem die Frage der sogenannten „Konsultationen" auf den NATO-Konferenzen eine große Rolle. Dieser Punkt lag besonders den US-Imperialisten sehr am Herzen. Es wird zwar so getan, als handle es sich um eine Abmachung auf Gegenseitigkeit (und Kissinger setzte im Juli wieder demonstrativ das Karussel seiner Rundreisen, diesmal durch Westeuropa, in Bewegung, um unbedingt den Eindruck zu erwecken, als wollte die US-Regierung ihre europäischen „Partner" über den Stand der sowjetisch-amerikanischen „Abrüstungsverhandlungen" informieren und konsultieren etc.). – Tatsächlich handelt es sich natürlich in erster Linie darum, daß die US-Imperialisten „Alleingänge" ihrer „Partner" unterbinden wollen. Die französischen Vertreter setzten deshalb den Passagen über die ‚Konsultationen' Widerstand entgegen. Sie waren auch gleich mit der ‚Interpretation' zur Hand, daß die neue NATO-Deklaration kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag, sondern nur eben eine ‚Deklaration' – also ganz unverbindlich – sei.

Die NATO-‚Deklaration' von Ottawa ist ein im Grunde grotesker Versuch, die zwischenimperialistischen Widersprüche zu verkleistern und mit schönen Worten eine angebliche „Harmonie" in den Beziehungen herbeizureden, die es auf Grund der objektiven Verschärfung der Widersprüche langfristig gar nicht geben kann. Die ‚Deklaration' widerspiegelt mit ihren ängstlichen Beschwörungen von „Harmonie", „Freundschaft", „Solidarität" etc. blah blah gerade die tatsächliche Zerissenheit und Widerspruchsentwicklung im imperialistischen Lager.

Spanien mit einem Bein in der NATO

„Parallel zur NATO-Deklaration von Ottawa" wurde im Juli ein Abkommen zwischen den USA und dem faschistischen Spanien (das der NATO bisher nicht angehört) geschlossen, das eine *„Zusicherung für die gegenseitige Verteidigung"* enthält. Zu den Verhandlungen war Kissinger nach Spanien geflogen.

In dem Abkommen wird den spanischen Faschisten eine *„hervorragende Stellung für die westliche Verteidigung"* bescheinigt. Es heißt in dem Abkommen weiter, *„Spanien habe in der Zusammenarbeit mit den USA seit 20 Jahren den Westen gestärkt"* und damit geholfen, *„die Werte und Ideale zu bewahren, auf denen die Würde und die Freiheit* (!!!) *des Menschen beruhen."* (zitiert nach „Süddeutsche Zeitung" vom 10.7.74).

Diese Ungeheuerlichkeit muß als eindeutige Parteinahme und Unterstützung für den spanischen Faschismus verstanden werden – in einer Situation, die durch die Ereignisse in Portugal und eine wachsende innere Opposition gekennzeichnet ist.

Als ‚Gegenleistung' wurde das Abkommen über die US-Stützpunkte in Spanien (Luftstützpunkte Madrid, Saragossa und Morón; Kriegshafen Rota am Atlantik) verlängert.

BRD-Imperialismus pokert hoch – auf Kosten der Arbeiterklasse

„Das Ziel war hoch gesteckt, der Weg dorthin kam teuer, die Ausgaben waren umsonst" – mit diesen Worten schreibt der „Spiegel" (5/74) über das „ehrgeizige Vorhaben" des BRD-Imperialismus, einen ‚europäischen Währungsblock' als „Vorstufe für die politische Union Europas" zu schaffen, der nach Ausgaben in Milliardenhöhe (auf Kosten der westdeutschen Werktätigen) schließlich am Ausscheren Frankreichs scheiterte.

Die obigen Worte können aber als Motto über die gesamte Entwicklung des deutschen Imperialismus gelten, der schon zweimal sich ‚hohe Ziele' steckte (den ‚Platz an der Sonne', den ‚Lebensraum im Osten' usw.), das deutsche Proletariat dafür einen hohen Preis zahlen ließ und schließlich scheiterte.

Heute unternimmt der BRD-Imperialismus zum dritten Mal den Versuch, eine internationale Großmachts- und womöglich Vormachtsstellung in der Welt zu erringen. Zu diesem Zweck verschärft der Imperialismus die Ausbeutung, spart an den ‚unproduktiven Kosten' (für Schulwesen, Gesundheitspolitik, sozialen Wohnungsbau u.a.m.), und bereitet sich zugleich auf die militärische Niederschlagung kommender Klassenkämpfe der Werktätigen gegen diese Politik vor.

Auch in den anderen imperialistischen Staaten entwickelt sich der Imperialismus gesetzmäßig in diese Richtung, als Ergebnis der verschärften inneren und äußeren (Konkurrenzkampf) Widersprüche.

In England, Dänemark, Italien vor allem hat es gegen diese Politik der Bourgeoisie in den letzten Monaten breite Kämpfe gegeben. Auch diese Kämpfe leiden aber vorerst noch sowohl an der nationalen Zersplitterung und Isoliertheit, wie auch an dem Fehlen revolutionärer Führungen, die die werktätigen Massen zum Kampf gegen das gesamte System des Imperialismus führen könnten.

So bleiben die Arbeiter- und Volkskämpfe auf Abwehrversuche gegen die ‚ärgsten Auswüchse' des Imperialismus beschränkt und können letzten Endes so nicht einmal diese verhindern.

Die Entwicklung, die möglichst rasche Entwicklung von revolutionären Führungen in den Massenkämpfen und die Vereinheitlichung der Klassenkämpfe der Proletarier aller Länder wird so zu einer wirklichen Existenzfrage des Proletariats. ●

Argentinien
Peronismus ohne Peron

Am 1. Juli starb Juan Peron, Präsident Argentiniens. Als am folgenden Tag der Sarg mit der Leiche Perons in den Kongreßpalast überführt wurde, strömten Hunderttausende ins Zentrum von Buenos Aires; sie warteten zum Teil zwei Tage und Nächte in langen Schlangen vor dem Kongreßpalast, um einen Blick auf den toten Peron werfen zu können. In ganz Argentinien wurde eine Arbeitsruhe ausgerufen; in den Elendsvierteln und auf dem Lande richteten Menschen kleine Altäre mit dem Foto Perons her.

Dieser Kult um den toten Peron wird aus durchsichtigen politischen Gründen von Kirche und Staat unterstützt und gefördert. Uberall werden Totenmessen gelesen, und die Regierung plant die Einbalsamierung der Leiche.

Peron war Anfang '73 nach Argentinien gerufen worden, um – auf Grund des Vertrauens, daß die Massen noch aus seiner ersten Regierungszeit in ihn hatten – die sich ständig verschärfenden Klassenwidersprüche zu glätten, um die stärker werdenden linken Kräfte in und außerhalb der peronistischen Bewegung zu integrieren.

Perons dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist – wie Peron selber propagierte – der „nationale Wiederaufbau Argentiniens" durch die „Aussöhnung und nationale Einheit" aller politischen und wirtschaftlichen Kräfte, das heißt also nichts anderes als die Stabilisierung des Kapitalismus auf dem Rücken der Arbeiterklasse, wobei die spezielle „peronistische Ideologie" aus Versatzstücken des herkömmlichen Faschismus und des gewöhnlichen Sozialdemokratismus zusammengezimmert ist.

Peron war der Mann, der dem argentinischen Volk nicht nur diese Politik verkaufen, sondern der auch aktiv dafür mobilisieren sollte. Alle auch nur zaghaften Kritiker an Perons Politik wurden als dem argentinischen Volk fremde Kräfte (!) hingestellt, die den „nationalen Wiederaufbau" stören wollten. Peron rief „jeden einzelnen Argentinier" auf, gegen diese Kräfte zu kämpfen. Mit Auftritten auf Massenversammlungen, mit scheinbaren Rücktrittsdrohungen nutzte Peron das Vertrauen der Volksmassen in seine Person aus, um sie zu einer allgemeinen Bestätigung seiner Politik zu mobilisieren und dabei von den wirklichen Widersprüchen abzulenken. Diese Methode der sozialen Demagogie wurde, als Ergebnis der Verschärfung der Widersprüche, immer mehr mit offenem, brutalem Terror verbunden.

Gegen die kommunistischen revolutionären und fortschrittlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der peronistischen Bewegung wurde ein immer schärferer Kampf geführt: In Cordoba wurde zum Beispiel eine linksperonistische Provinz-Regierung abgesetzt, weil sie einen spontanen Streik der Arbeiter unterstützt hatte; die Reihen der peronistischen Organisationen wurden radikal von fortschrittlichen Kräfte „gesäubert" (häufig durch Ermordung der politischen Gegner!), revolutionäre Gruppen wurden verboten.

Das Ergebnis dieser Entwicklung war, daß große Teile der Arbeiterklasse die Arbeiterfeindlichkeit einzelner Maßnahmen der Regierung Perons durchschauten und dagegen kämpften. Z. B. fanden gegen den Sozialplan (ein Stillhalteabkommen zwischen Gewerkschaftsführungen und Kapitalisten) zahlreiche spontane Streiks statt. Der Kampf gegen einzelne Maßnahmen der Regierung führte jedoch auf der Massenebene noch nicht zu einer umfassenderen Einsicht in den Charakter des Peronismus insgesamt. Das zeigt sich nicht zuletzt in den Reaktionen auf Perons Tod.

Unter diesen Voraussetzungen ist das weitere Vorgehen der argentinischen Bourgeoisie abzusehen. Die Stärkung des nationalen Kapitals auf Kosten der Bevölkerung und die Verschleierung dieser Politik durch ungeheure soziale Demagogie lassen sich ohne die Integrationsfigur Peron zunächst sicher schwerer durchsetzen. Man wird versuchen, einen ungeheuren Mythos um Peron aufzubauen und die Notwendigkeit der „nationalen Einheit" – gerade jetzt nach dem Tod des „großen Führers" – beschwören.

Das heißt, es wird eine weitere Verschärfung des Rechtskurses eingeleitet. Auf der einen Seite militärisch – Militär und Polizei wurden bereits in Alarmbereitschaft versetzt, um möglicherweise zunehmende Kämpfe der Arbeiterklasse von vornherein niederzuschlagen. Zugleich wird die Bourgeoisie versuchen, die faschistische Mobilisierung von Teilen des Volkes voranzutreiben.

Die Frage ist, inwieweit kommunistische und demokratische Kräfte diesem Kurs entgegentreten können. Entscheidend wird dabei auch das Verhalten der linksperonistischen Organisationen und Gruppen sein. Durchschauen sie die bürgerliche Natur des Peronismus und treten sie dagegen auf, sind sie zur Zusammenarbeit mit linken nichtperonistischen Gruppen bereit? Oder ist ihre Bindung an den Peronismus so stark, daß sie einen argentinischen „Nationalsozialismus" unterstützen würden? Bei den Montoneros z.B. – einer politisch-militärischen Jugendorganisation der peronistischen Bewegung – erscheint noch beides möglich. Die Montoneros kämpfen einerseits gegen den Sozialpakt, gegen die Gewerkschaftsführung und treten für bewaffnete Volksmilizen ein. Auf der anderen Seite haben sie immer darauf bestanden, daß sie trotz Meinungsverschiedenheiten mit Peron Peronisten sind. Sie haben den „volkstümlichen, revolutionären Nationalismus des peronistischen Volkes" (!) auf ihre Fahnen geschrieben (Prensa Latina, 10.6.74) – ein Ansatz, der auch für eine faschistische Ideologie und Politik genutzt werden kann.

Für den Fall, daß die peronistische Ideologie nicht mehr unter den Massen verfängt und die fortschrittlichen Kräfte gemeinsam den Kampf aufnehmen, besteht die Gefahr eines Putsches und einer faschistischen Diktatur wie in Chile, Brasilien und anderen Ländern Lateinamerikas. Die USA und ihre Anhänger in Lateinamerika – die allesamt faschistischen Nachbarländer Argentiniens (Brasilien, Chile, Uruguay, Bolivien, Paraguay) – würden einen „Unruheherd" Argentinien zu liquidieren versuchen. ●

Pierburg — Neuß
Lügen haben kurze Beine



August 1973: Die Arbeiterinnen von Pierburg erkämpfen in einem mehrtägigen Streik zahlreiche Verbesserungen. Heute sollen die Belegschaftsvertreter im Betriebsrat für den Erfolg kämpferischer Solidarität bestraft werden.

Schon in früheren Ausgaben des AK (Nr. 43, 44 und 46) mußten wir uns mit den Versuchen der Pierburg-Kapitalisten (Autogerätefirma in Neuß) beschäftigen, die Belegschaftsvertreter im Betriebsrat wegen ‚Störung des Betriebsfriedens' aus der Fabrik zu drängen.

Die Kollegen Kelidis, Braeg, Leipziger und Jimenez sollen nach Aussage eines ehemaligen BR-Kollegen im Sommer des letzten Jahres die spontanen Streiks mitorganisiert – und damit gegen die ‚Friedenspflicht' des Betriebsverfassungsgesetzes verstoßen haben.

Einziger Beleg für diesen Kündigungsgrund war bisher die schriftlich zu Protokoll gegebene Aussage des griechischen Betriebsrats Satolias, der unter mysteriösen Umständen von der Pierburg-Geschäftsleitung im März dieses Jahres gefeuert – und schließlich mit einer ungewöhnlich hohen „Abfindungssumme" (25.000 DM) in seine Heimat entlassen wurde.

Vorm Neußer Arbeitsgericht fand die Auseinandersetzung ihre Fortsetzung. Die Anwälte der Kapitalisten mußten ohne ihren „Kronzeugen" auftreten – und sahen sich in der Verlegenheit, für die am 8. April 1974 ausgesprochenen fristlosen Kündigungen gegen die vier Betriebsräte neues Beweismaterial und neue Zeugen heranzuschaffen.

Zur ersten Verhandlungsrunde vorm Arbeitsgericht am 23. April, brachten die Pierburg-Anwälte zwei Beschäftigte der Firma Rokal in Nettetal mit. „*Sie sollten bezeugen, daß Leipziger und Braeg auch bei Rokal zum Streik aufgerufen hätten. Doch sie konnten nur bestätigen, daß beide in Nettetal waren, den um ihre Arbeitsplätze bangenden Rokal-Kollegen die Solidarität der Pierburg-Belegschaft anzutragen.*" („Metall", 11/74)

Von Streik war nie die Rede. Damit fiel selbst diese völlig abwegige „Beweis"-Führung zur Kündigung der Pierburg (!)-Kollegen in sich zusammen.

Was die Kapitalistenvertreter schließlich in der zweiten Verhandlung, am 18. Mai, vorm Arbeitsgericht zum Besten gaben, war noch einen Tick verrückter: So sollten Solidaritätstelegramme, Briefe und Spenden, die von Gewerkschaftern, Studenten usw. an die streikenden Pierburg-Kollegen geschickt worden waren, die Verantwortung der Betriebsräte für die spontanen Aktionen der Belegschaft „beweisen" – Grund: sie hätten die Solidaritätsadressen angenommen und weitergeleitet.

Dieses lächerliche „Argument" bedarf keines Kommentars!

„*Auch der Aufmarsch der Lohnbuchhaltung, von deren Aussagen sich die Firmenbosse offensichtlich einiges erhofften, erwies sich als Bumerang. Deren Vorwurf: Betriebsrat Peter Leipziger soll gesagt haben:: „Jetzt ist die Schonzeit für das Lohnbüro vorbei. Es braucht nur ein Wort von mir, und tausend Leute stehen auf dem Hof.*" („Metall", 11/74)

Die Kapitalisten-Vertreter wollten vor Gericht glauben machen, daß das ein Aufruf zum „wilden Streik" sei. Der Betriebsrat indes hat nichts anderes getan, als auf die katastrophalen Zustände im Lohnbüro bei Pierburg hinzuweisen.

Leipziger erläuterte vor Gericht: „*Immer wieder gab es in der Lohnabrechnung – vor allem bei den ausländischen Kollegen – Unregelmäßigkeiten. Ein paar Kollegen beschwerten sich – die meisten konnten sich aber noch nicht einmdl beschweren, weil sie das komplizierte Abrechnungssystem nicht durchschauten.*" (lt. „Metall", 11/74)

„Kompromiß" a la Pierburg?

Die dritte Verhandlung vorm Düsseldorfer Arbeitsgericht wird am 7. August stattfinden. Die Kapitalisten werden sich dazu etwas neues einfallen lassen müssen, weil alle bisher aufgebotenen „Zeugen der Anklage" die Gekündigten eher e n t – als belastet haben.

Pierburg hat mittlerweile einen „Einigungsvorschlag" unterbreitet, der an Dummdreistigkeit wohl kaum zu überbieten ist: Die vier Betriebsräte treten von ihrem Amt zurück und die Unternehmensleitung verspricht dafür, sie weiterhin zu beschäftigen. So hätten sie's gern!

Die vier Kollegen haben diesen Vorschlag natürlich zurückgewiesen – und sie wissen sich in dieser Frage einig mit der großen Mehrheit der Belegschaft bei Pierburg: Alle vier wurden erst vor wenigen Wochen (am 2. Mai 1974) in den neuen Betriebsrat gewählt! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Bestellt!

Anzahl

○ **20 / 21** Zum 1. Mai 1973
Die chinesische Kulturrevolution
62 Seiten DM 2,–

○ **22** Schädliche Illusionen über den Kampf der arabischen Völker
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikommunistische Broschüre
37 Seiten DM 2,50

○ **23** Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD"
Selbstkritik Marke KBW
Propaganda der Faschisten
Arbeitsordnung Blohm & Voss
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
49 Seiten DM 2,50

Bücher und Broschüren

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
120 Seiten Großformat DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten Großformat DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten Buchformat DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen!**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten Buchformat DM 6,–

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikel unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten Buchformat DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten Buchformat DM 6,50

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten Buchformat DM 6,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

○ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften.
100 Seiten Buchformat DM 3,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD.
100 Seiten Buchformat DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des kommunistischen Bundes

○ für 6 Ausgaben		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

○ für 6 Ausgaben		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

○ für 6 Ausgaben	DM 8,–

____

Anschrift: ______________________

____

____

(Datum) (Unterschrift)

○ **Verlags-Katalog** kostenlos
In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Nazi-Folterer in Chile

Das chilenische Militärregime hat für seine Mord- und Terrorherrschaft nicht nur Hilfskräfte des nordamerikanischen Geheimdienstes CIA und der brasilianischen Polizei eingesetzt, sondern in seinem Dienst stehen auch deutsche Mord- und Folterexperten.



Ein erschossener Allende-Anhänger wird aus einer Baugrube gezogen

- Walter Julius Rauff, während der Nazi-Diktatur einer der engsten Mitarbeiter von Adolf Eichmann, in dieser Funktion wesentlich an der Einrichtung von Gaskammern beteiligt und einer der Hauptverantwortlichen der Massenmorde im Nazi-Konzentrationslager von Minsk (Sowjetunion), ist heute in Chile einer der Folterchefs der politischen Polizei DINA (Direccion de Intelligencia Nacional), („Frankfurter Rundschau", 29.6.74)
- Christian Ackerknecht, Enkel eines deutschen Einwanderers aus Württemberg, ist Militärbefehlshaber der Bergbauprovinz O'Higgins (wo die Kupfermine El Teniente liegt), Standortkommandant von Rancagua und Kommandeur des Gebirgsinfantrie-Regiments „Lantaro". Vor vier Jahren absolvierte Ackerknecht noch einen Kursus an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese und bei der 14. Panzerbrigarde in Koblenz („Stern", 13/74).

Das sind nur zwei bekanntgewordene Beispiele. Deutsche Faschisten und deutsche Imperialisten haben den Militärputsch in Chile mit initiiert, haben mit davon profitiert und stehen heute mit in den ersten Reihen der Mord- und Terrorbanden. Gerade in den deutschen „Kolonien" hat der chilenische Faschismus viele treue Vasallen gefunden: und das ist insofern auch nicht verwunderlich, da es sich bei diesen „deutschstämmigen Chilenen" zu einem großen Teil um finanzträchtige Großgrundbesitzer handelt, die seit dem Ende des letzten Jahrhunderts davon leben, daß sie dem chilenischen Volk die Ernährungsquellen geraubt haben. Der „alte deutsche Siedlergeist" ist dort nach wie vor erhalten, ergänzt heute durch den Einfluß auch des westdeutschen Finanzkapitals in Chile. Und auch das chilenische Militär selbst ist heute nach wie vor mit dem „Geist der alten deutschen Wehrmacht" (so der Faschist Ackerknecht) durchzogen: bereits 1896 übernahm eine preußische Militärmission unter dem General Emil Körner die Ausbildung des chilenischen Offizierskorps.

Erinnern wir uns auch noch einmal an den Brief der westdeutschen Hoechst-Niederlassung in Chile an die Konzernleitung in Frankfurt, woraus erkennbar wurde, daß der westdeutsche Imperialismus nicht „nur" vom chilenischen Militärputsch profitiert, sondern offenbar neben dem US-Kapital auch direkt an dessen Vorbereitung beteiligt gewesen ist:

„Der so lange erwartete (!) Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden . . . Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde . . . Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein . . ."

(Dieser Brief ist ausführlicher zitiert in unserer Broschüre: CHILE – vom „friedlichen Übergang" zur faschistischen Militärdiktatur.)

Die Mitwirkung deutscher Faschisten und deutscher Imperialisten beim Massenmord am chilenischen Volk muß es der westdeutschen Arbeiterklasse zur noch größeren Pflicht machen, den antifaschistischen Widerstand solidarisch und tatkräftig zu unterstützen. Was Clara Zetkin 1923 inbezug auf den internationalen Kampf gegen den italienischen Faschismus sagte, gilt daher heute ebenso inbezug auf Chile und andere faschistisch regierte Länder:

„Wenn es unsere Pflicht ist, international an die Überwindung des Faschismus in Italien unsere ganze Kraft zu setzen, so dürfen wir dabei nicht vergessen, daß die erfolgreichste Überwindung des Faschismus im Auslande zur Voraussetzung hat, daß wir auch den sich organisierenden Faschismus in unserem eigenen Lande mit aller Macht bekämpfen und gründlich besiegen."

KB/Gruppe Frankfurt ■

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:
Sympatisanten Gruppe Bremen
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Der Kampf der Völker Indochinas geht weiter

Seit Jahrzehnten kämpfen die Völker Vietnams, Kambodschas und Laos gegen den US-Imperialismus für ihre Unabhängigkeit. Die US-Regierung hat weder vor einem systematischen Völkermord zurückgeschreckt noch davor, die Infrastruktur dieser Länder auf Jahre durch Chemikalien, Entlaubungsmittel etc. zu vernichten.

Trotz der riesigen Kriegsmaschinerie und des technologischen Aufwandes ist es dem US-Imperialismus jedoch nicht gelungen, die Völker Indochinas zu unterwerfen, im Gegenteil – die Volksbefreiungskräfte haben bedeutende Siege errungen.

Pnom Penh stellten sich hinterher sogar noch den Fotografen, damit alle Welt sehen kann, wie vielen gefangenen Gegnern sie die Köpfe abgeschnitten haben. Und trotzalledem führt das Volk Kambodschas den Kampf weiter.

Pnom Penh stellten sich hinterher sogar noch den Fotografen, damit alle Welt sehen kann, wie vielen gefangenen Gegnern sie die Köpfe abgeschnitten haben. Und trotzalledem führt das Volk Kambodschas den Kampf weiter.

Die US-Regierung mußte für Vietnam bereits im Januar 1973 durch die Unterzeichnung des Pariser Friedensabkommens öffentlich für alle Völker ihre Niederlage eingestehen, für Kambodscha am 15. August 73 und für Laos zehn Tage später. Dennoch – dies war kein endgültiger Sieg für die Völker Indochinas – der Kampf mußte weitergehen.

Nur offiziell haben die US-Imperialisten ihre Truppen abgezogen. Die Wirklichkeit ist, daß sie ihre militärischen Schwerpunkte verlagert und eine andere Taktik eingeschlagen haben.

- die Kommandozentrale wurde von Saigon nach Bangkok (Thailand) verlegt;
- die US-Soldaten sind jetzt in Guam, Thailand und im Golf von Tonking stationiert;
- in Japan und auf den Philippinen existieren starke Militärbasen, von denen jederzeit erneut Einsätze gegen Indochina geflogen werden könnten;
- Saigoner Marionetten der US-Imperialisten werden vollgestopft mit Kriegsmaterial und amerikanischen „Beratern", sie werden unterstützt mit hohen Wirtschafts- und Finanzabkommen (hieran beteiligen sich auch die westeuropäischen Imperialisten).

Man sieht: Die Abkommen haben für die US-Regierung kaum mehr Wert als ein paar Blätter leeres Papier. Entscheidend für einen endgültigen Sieg der Völker kann nur ihre eigene Kampfkraft und die internationale Solidarität sein.

Vietnam – Verteidigung der befreiten Gebiete

In Saigon versucht US-Lakai Thieu, von den Volkskräften befreite Gebiete zurückzuerobern und die Bevölkerung in dem ihm noch verbliebenen Einflußgebiet mit faschistischen Methoden zu unterdrücken.

Dagegen kämpft das vietnamesische Volk und die Volksbefreiungsarmee, unter Berufung auf das Pariser Friedensabkommen, das ausdrücklich jede militärische Aktivität verbietet, das Recht auf Selbstbestimmung des Volkes von Südvietnam garantiert und die Durchführung freier und demokratischer Wahlen festlegt.

Ein Interesse, dieses Abkommen zu brechen, hat eindeutig nur die US-Regierung und ihr Statthalter Thieu. Wie der Teufel das Weihwasser, so fürchtet die Thieu-Clique die Entscheidung des Volkes und damit die politische Konfrontation mit der FNL. Deshalb gibt es für Thieu und den US-Imperialismus nur eine Lösung, den Versuch, die andere Seite militärisch zu vernichten. Seit das Friedensabkommen besteht, wird es von den Thieu-Söldnern und den US-„Beratern" gebrochen: sie morden, fliegen Angriffe gegen befreite Gebiete, kerkern weiterhin politische Gefangene ein, halten KZ's aufrecht, verhindern die Arbeit des „Rates für nationale Versöhnung und Eintracht" (der laut Abkommen die demokratischen Wahlen durchführen und überwachen soll), „notfalls" werden unbequeme Vertreter der sog. dritten Kraft (die bürgerlich-demokratische Opposition gegen Thieu; im Pariser Abkommen neben der FNL und Thieu als dritter Träger einer Friedenslösung festgelegt) liquidiert. (Vergl. dazu in AK 40 den Bericht über das Weißbuch der DRV, das über die Verletzungen des Pariser Abkommens durch Thieu und die US-Regierung berichtet).

Für die Volksbefreiungskräfte Südvietnams und die DRV (Nordvietnam) muß deshalb die Verteidigung des Landes weiter die Hauptaufgabe bleiben. Die Wirtschaft des Landes ist vorrangig darauf ausgerichtet, Soldaten mit Waffen und Nahrungsmitteln versorgen zu können; die Industrie bleibt dezentral – d.h. die in allen Regionen aufgebeuteten meist unterirdischen Betriebe, die gewährleisten, daß auch bei Bombardierungen die

(Vergl. dazu in AK 40 den Bericht über das Weißbuch der DRV, das über die Verletzungen des Pariser Abkommens durch Thieu und die US-Regierung berichtet).

Für die Volksbefreiungskräfte Südvietnams und die DRV (Nordvietnam) muß deshalb die Verteidigung des Landes weiter die Hauptaufgabe bleiben. Die Wirtschaft des Landes ist vorrangig darauf ausgerichtet, Soldaten mit Waffen und Nahrungsmitteln versorgen zu können; die Industrie bleibt dezentral – d.h. die in allen Regionen aufgebeuteten meist unterirdischen Betriebe, die gewährleisten, daß auch bei Bombardierungen die

Produktion weitergeht, bleiben erhalten; die Wiederherstellung von Straßen und Brücken als Versorgungswege ist vorrangig.

Zum anderen ist der Aufbau eines öffentlichen Gesundheits- und Erziehungswesens in den Befreiten Gebieten von großer Bedeutung. Diese Fortschritte, dazu die breite Veröffentlichung des Pariser Abkommens in den noch von der Saigoner Verwaltung besetzten Gebieten und das Aufzeigen der Verbrechen Thieus, lassen die Söldnertruppen bröckeln und ziehen immer mehr Menschen auf die Seite der Befreiungsbewegung.

Kambodscha – Volkskräfte auf dem Vormarsch

In Kambodscha versucht die Lon Nol-Qlique in Phnom Penh verzweifelt, die US- und andere imperialistische Interessen zu vertreten. Über 9/10 des Landes wird von der Nationalen Einheitsfront beherrscht; die Söldnertruppen Lon Nols sind schwer angeschlagen und von Korruption zersetzt – so verschieben die Befehlshaber lieber die Sold-Gelder auf eigene Bankkontos in die Schweiz, anstatt die Soldaten auszuzahlen. Die Rekrutierung neuer „Kämpfer" wird mit über regelrechten Menschenjagden auf Kinder und Greise betrieben, die als Kanonenfutter direkt an die Front geschickt werden.

Immer größere Teile der Bevölkerung versuchen, in die befreiten Gebiete zu fliehen, um dort die Befreiungsbewegung zu unterstützen, oder sie bekämpfen in der Hauptstadt die Polizeitruppen Lon Nols. So mußte die Lon Nol-Clique trotz der enormen amerikanischen Unterstützung immer weiter zurückweichen und ihr wackliger Einfluß erstreckt sich nur noch auf wenige größere Städte. Gleichzeitig mit der militärischen Offensive treibt die Nationale Einheitsfront (Funk) auch die politische und diplomatische Offensive voran, um die internationale Öffentlichkeit immer wieder auf die Lage in Kambodscha aufmerksam zu machen, und mit dieser Unterstützung dem US-Imperialismus den Weg zu einer neuen Intervention und neuen Massakern an der Bevölkerung zu verlegen, und schließlich die Befreiung des gesamten Landes mit möglichst geringen Opfern für die Bevölkerung zu erreichen.

Laos: Koalitionsregierung gebildet

In Laos begannen etwa paralell zu den Vietnam-Verhandlungen ebenfalls Friedensverhandlungen zwischen den Volksbefreiungskräften und dem Regime in Vientiane.

Am 21. Februar 1973 kam ein Waffenstillstand zustande. Im August 1973 unternahmen die Kräfte der äußersten Reaktion, unterstützt und dirigiert vor allem von der thailändischen Regierung und vom CIA, einen Putschversuch, um die Entwicklung zurückzudrehen. Das mißlang.

Am 5. April 1974 kamein Abkommen über die Bildung einer paritätisch besetzten Koalition in Vientiane zustande. In Vientiane und Luang Prabang (den größten Städten des bisher noch von der reaktionären Vientiane-Regierung kontrollierten Gebietes) wurden Soldaten der Volkskräfte stationiert. Die ausländischen Truppen und Militärs (vor allem die 17.000 thailändischen Söldner) mussten Laos verlassen.

Dieses Abkommen ist das Ergebnis der Tatsachen, daß es in den Schlachten und Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre den Volksstreitkräften gelang, etwa 80 % des Territoriums von Laos, mit etwa 50% der Landesbevölkerung, zu befreien.

Allerdings ist nicht zu vergessen, daß es schon 1957 und 1962 Versuche zu Koalitionsregierungen gab, die beidemal scheiterten, und daß auch diesmal der Kampf in der einen oder anderen Form noch weitergehen wird. Richtig ist aber auch, daß die Volkskräfte die Bildung der Koalitionsregierung nicht mit einer Entwaffnung und einer Preisgabe der Befreiten Gebiete bezahlt haben, sondern im Gegenteil heute auch in den bisherigen Hauptstädten der reaktionären Vientiane-Regierung militärisch präsent sind. Das revolutionäre Volk von Laos hält also weiterhin die Waffen in der Hand, um die Einhaltung der Abkommen zu kontrollieren. ●

Anzeige
ca. 250 Seiten, Preis 6,00 DM
"DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN!"
Nachdruck von Texten zu den politischen Problemen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse.
Zum einen enthält der Band besonders wichtige Schriften von Marx, Engels und Lenin zur Frage des bewaffneten
mehr verfügbar waren. So die Aufsätze von Alexander Schönau: „Der Februaraufstand des Österreichischen Proletariats" und von Bela Kun: „Einige wichtige taktische Fragen des Österreichischen Aufstandes". Beide Aufsätze stammen
eingehend mit den Problemen des bewaffneten Kampfes befassen, wenn die Klassenkämpfe den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung gesetzt haben werden.
Bisher jedoch ist die Auseinanderset-

Hausbesitzer terrorisiert ausländische Mieter

Vor ungefähr einem Monat drehte der Hausbesitzer Hechler im Haus Rotlindstraße 4 seinen in Mietstreik befindlichen Mietern das Wasser ab. Die Bewohner, alles ausländische Kollegen waren gezwungen, das Wasser mit Eimern von Nachbarn zu holen. Die herbeigeholte Polizei informierte das Amt für Wohnungswesen, das den Wasseranschluß wieder herstellen ließ.

Einen Tag später erschien ein Stoßtrupp des Hausbesitzers, der erneut die Wasserleitung zerstörte. Den Mietern gelang es jedoch, diese notdürftig zu reparieren, sodaß jetzt das Wasser spärlich läuft.

Dieser Willkürakt Hechlers reiht sich ein in ständige Terrormaßnahmen dieses Hausbesitzers gegenüber seinen Mietern, wie er sie nach eigenen Worten „nach uralter deutscher Methode" praktiziert. So unternimmt er mit einer Truppe von 15 mit Karabinern bewaffneten Jugoslawen abendliche ‚Razzien' in seinen Häusern. Er läßt Türen aufbrechen, Möbel ausräumen und bedroht die Bewohner. Daß Hechler für seine Aktionen gut gerüstet ist, wurde nach einer Polizeidurchsuchung klar. Es wurden bei ihm u.a. drei Karabiner, ein Gewehr und ein Elektroschock-Gummiknüppel gefunden. Dieses Waffenarsenal versucht der faschistische Hausbesitzer als Liebhabersammlung zu verharmlosen: *„Das waren ja alte Waffen, die hatte ich als Sammlung gesammelt."* („FR", Ostern 74).

Die „Begründung", die Hechler für seine Terrorakte anführt, bestehen aus rassistischem und antikommunistischem Sud. Nach seiner Ansicht leben

Faschist Hechler, Hausbesitzer und Bauunternehmer: SPD-Stadtbürokratie, Justiz und Polizei decken seinen rassistischen Terror gegen ausländische Arbeiterfamilien.

die ausländischen Mieter „wie die Zigeuner", handeln mit Rauschgift, drohen mit Waffen und tragen Tausende von Mark in den Taschen herum. Der verwahrloste Zustand des Hauses ist nach des Hausbesitzers Behauptung ebenfalls allein Schuld der Bewohner und nicht etwa Folge von Überbelegung und Armut. So fordert denn Hechler auch nach altem Nazi-Vorbild, die ausländischen Arbeiter und Familien in Lagern zu internieren: *„Und diese Leute müßte man in einer Wohnbaracke oder sonst was unterbringen, wo sie unter Aufsicht stehen."*

Die Proteste der Bewohner haben dazu geführt, daß Hechler seine Häuser verkaufen will – hat er als Schankwirt und Baufirmainhaber doch auch so sein „Auskommen". Zu diesem Zweck will er die Mieter auf die Straße setzen, denn: *„Ich kann doch die nicht einfach totschießen."* („FR", Ostern 74).

Bezeichnend ist das Verhältnis des CDU-Mitglieds Hechler zum Staatsapparat, oder vielmehr des Staatsapparats zu Hechler: Obwohl Ämter und Gerichte seit 1971 Hechler und seine Methoden kennen, schleppen sich die Verfahren hin, und erst seit Anfang des Jahres soll Anklage erhoben worden sein. Die Erklärung des Leiters der Amtsanwaltschaft Frankfurt, Werner Koch, entlarvt den Klassencharakter der Justiz: *„Es gibt da bei vielen Richtern soziologische Barrieren."* („FR", Ostern 74) – wenn sie über Leute aus dem gehobenen Mittelstand urteilen sollen. Die Folge verschleppter Verfahren sei, so Koch, daß *„besonders bei Ausländern Zeugen verschwinden oder unter Druck gesetzt werden."* *„Auch dränge es Richter, ihre Urteile beschwerdesicher zu machen, so daß sie den Angeklagten gegenüber in hohem Maß zugeständnisfreudig sind."* („FR", Ostern 74).

Jedoch auch ergangene Urteile haben bei solchen Angeklagten wie Hechler erst einmal gar keine Folgen. Obwohl er schon 1972 (!) wegen Mietwucher zu Geldbußen und Mietrückzahlungen von insgesamt mehr als DM 100.000,– verurteilt wurde, hat er bis heute keinen Pfennig bezahlt. Es ist nicht bekannt, daß die Gerichte irgendwelche Schritte zur Durchsetzung ihrer Urteile gegen diesen Hausbesitzer und Kapitalisten unternommen hätten. Es gibt einen weiteren Hinweis dafür, daß Justiz und Ämter diese Mißstände und den Terror Hechlers offensichtlich decken wollen:

„Denn ich bin ja von höheren Leuten vernommen worden. Vom Leiter des Gewerbeamtes, von Stellen des Polizeipräsidiums, also von höchster Stelle. Und ... die sind zu dem Schluß gekommen, daß der Hechler nur ein politisches Opfer ist, das man ausnehmen will" – so der Faschist Hechler zur „Frankfurter Rundschau".

Die SPD-Stadtverordnetenfraktion, die über den „Exzeß des Hausbesitzers Hechler" empört ist, hat einen heißen Tip anzubieten, wie sich von Spekulanten bedrohte Mieter wehren können: Sie sollen sich vertrauensvoll an das Amt für Wohnungswesen oder an die Polizei wenden. (Ergebnis: siehe oben!). Fraktionsvorsitzender Michel warnt gleichzeitig vor Mietstreiks als angeblich untauglichem Mittel. Das ist wahrhaft konsequente sozialdemokratische Schaumschlägerei. ●

Branchenzelle Metall des KB/Gruppe Frankfurt

Von Hechlers Terror-Stoßtrupp zerstörte Wasserleitung in einem von Ausländern bewohnten Haus.

Polizei-Überfall in Loxsted

Am 4. Juli überfielen vier Kriminalbeamte sowie ein halbes Dutzend mit Maschinenpistolen bewaffnete „Schutz"-Polizisten das Haus der Familie Scheele in Loxstedt (Landkreis Wesermünde, nahe Bremerhaven). Zur Zeit des Überfalls befand sich Frau Scheele mit ihren sechs Monate und zweieinhalb Jahre alten Kindern allein im Haus. Bei Annäherung des Polizeiwagens verließ sie das Haus, um nachzusehen, was los sei. Die Bullen befahlen ihr, sofort stehen zu bleiben, und an ihr vorbei stürmten die „Zivilen" ins Haus, um es zu durchsuchen. Erst auf wiederholtes Fragen teilten die Polizisten Frau Scheele den Grund für den Überfall mit. Für Frau Scheele war die Polizeiaktion ein derartiger Schock, daß sie noch am gleichen Abend einen Arzt aufsuchen mußte und noch am nächsten Tag „völlig durcheinander" war – so Herr Scheele.

Was war der Anlaß zu diesem *„Blitzeinsatz von Wesermünder und Cuxhavener Polizeibeamten"*, wie die „NZ" am 6.7. schrieb? Am Mittwoch hatte ein Mr. X (den Namen will Kriminaloberkommissar Jürgen Voss aus Cuxhaven nicht nennen) der Polizei gemeldet, er habe im Wagen von Herrn Scheele „auf der Fahrt (!) in Richtung Bremerhaven" „zweifelsfrei" (!) Fritz Teufel (von der Polizei verfolgter anarchistischer Genosse) erkannt. Als einziges Erkennungsmerkmal diente offenbar ein Bart (!), den der Betreffende getragen hat. Diese Meldung „einer zuverlässigen Quelle" (so Voss) gammelte dann bis zum Donnerstag morgen auf Voss' Schreibtisch herum, den dann – offensichtlich in aller Gemütsruhe (der Überfall erfolgte um 10.15 Uhr) – den Einsatz plante und koordinierte. Als Aufklärungsergebnis konnten die „mutigen" Polizisten ihrem Vorgesetzten dann melden, daß die Scheeles einen dänischen Musiker zu Gast hatten, der bereits am Mittwoch wieder abgereist war. Trotzdem ist dem Kriminaloberkommissar Voss *„die ganze Sache weiter verdächtig. ‚Die Geschichte (!) mit dem Dänen müssen wir natürlich nachprüfen'."* („NZ". 6.7.) Die Überprüfung soll durch eine übergeordnete Stelle erfolgen, die Voss auch nicht verraten will.

In Loxstedt mußte die Familie Scheele als Objekt einer Polizei-Übung herhalten, bei der die Bullen die „Eroberung" und Durchsuchung eines Hauses probten. Die Geheimniskrämerei, der berüchtigte Mr. X, der während der Fahrt im Wagen eines anderen „zweifelsfrei" jemanden identifiziert sowie auch der zeitliche Abstand zwischen Eingang der Meldung und Ausführung des Einsatzes (fast 20 Std.), sprechen dafür, daß man hier einen billigen Vorwand zu einer wohl längst fälligen Polizei-Übung gefunden hatte.

Dieser Polizei-Überfall ist einzureihen in andere, z.T. noch wesentlich brutalere Einsätze vor allem des bereits berühmt-berüchtigten MEK. Zweck der „Übung" in Loxstedt war offenbar, auch die „normalen" Polizisten im ländlichen Gebiet hierauf einzuüben.

Herr Scheele will gegen die Polizeiaktion gerichtlich vorgehen, indem er auf Schadenersatz und Schmerzensgeld sowie Amtsmißbrauch klagt. Es bleibt abzuwarten, was dabei herauskommt, vor allem da bekanntlich eine Krähe (bürgerliche Justiz) der anderen (Polizei) kein Auge aushackt. ●

Zwei Genossen aus dem Landkreis Wesermünde

Bei der Beerdigung eines erschlagenen Arbeiters:



Brutaler Polizeiterror gegen Trauerzug

Wie in AK 46 berichtet, starb am 18. Juni in der Essener Universitätsklinik der 45-jährige Arbeiter Günther Routhier, Sympathisant der „KPD/ML", an den Folgen von Verletzungen, die er am 5. Juni während eines Polizei-Einsatzes erlitten hatte, als er an einem Arbeitsgerichtsprozeß als Zuschauer teilnahm.

Am 24. Juni wurde Genosse Routhier in Duisburg beerdigt. Einige Tausend Mitglieder und Sympathisanten der „KPD/ML" und „KPD" aus allen Teilen der Bundesrepublik waren gekommen, um ihm die letzte Ehre zu erweisen.

Selbst in Chile hatte die faschistische Junta es nicht gewagt, die Trauerkundgebung für den Dichter Pablo Neruda zu stören. In Duisburg aber verbot die Polizei den Trauerzug und ging brutal gegen diesen vor. Zahlreiche Genossen wurden zusammengeschlagen, mindestens 96 (nach Angaben der „Bild" vom 26.6.) verhaftet. Schon auf der Autobahn waren von der Polizei am Vormittag Busse der „KPD/ML" aus verschiedenen Städten gestoppt und „durchsucht", Fahnen und Propagandamaterial „beschlagnahmt" worden.

Eine Veranstaltung, die die „KPD/ML" am Abend in der Mercator-Halle durchführen wollte, wurde ebenfalls verboten, und die Halle wurde von einem großen Polizeiaufgebot abgesperrt.

In der bürgerlichen Presse wurden die Vorgänge auf den Kopf gestellt. So war in der „Bild" vom 26.6. als Überschrift zu lesen **„Die Kommunisten kamen mit Knüppeln, Rohren und Messern"** und *„Mit Schutzhelm und Schildern mußten sich die Polizisten vor den Kommunisten in Duisburg schützen"*. Von *„300 Latten und Besenstielen"*, die *„sichergestellt"* wurden, ist da die Rede (es geht dabei um Fahnenstangen), und offenbar als Gipfel „kommunistischer Heimtücke": *„Die Kommunisten hatten sich auf den Straßenkampf (!) speziell dadurch vorbereitet, daß sie einen Sanitätswagen hatten."*

Hier wiederholt sich das Zusammenspiel zwischen Polizei und bürgerlicher Presse, wie es auch in Hamburg bei der Ermordung des türkischen Arbeiters Neset Danis im Mai (vgl. AK 45) deutlich wurde: Es wird gelogen, vertuscht, verdreht und gehetzt.

Wie die „KPD/ML" berichtet, wurden außerdem nach dem Tod des Genossen Routhier in Augsburg, Selb (bei Nürnberg), München und Essen Flugblätter der „KPD/ML" und Exemplare ihrer Zeitung „Roter Morgen" von der Polizei „beschlagnahmt".

In diesen Vorgängen zeigt sich erneut die gegenwärtige Tendenz der Bourgeoisie und ihres Staates, erkämpfte politische Rechte wie Demonstrationsrecht und Pressefreiheit auszuhöhlen, indem diese Rechte willkürlich gewährt oder entzogen werden. So sollen selbstverständliche demokratische Rechte zunächst zu willkürlichen „Gefälligkeiten" des Staates gemacht und schließlich ganz aufgehoben werden. ●

Frankfurt:

Uni-Verwaltung will Büchertische in der Mensa verbieten

Die Frankfurter Universitätsverwaltung will die Büchertische in der Mensa verbieten. Der Geschäftsführer des Studentenwerks, Kath, hat dazu wechselweise die lächerlichen Begründungen abgegeben:

- Studenten hätten sich wegen Behinderung und Raumnot beschwert;
- die Büchertische seien feuerpolizeilich nicht zulässig (nachdem dies offenbar 5 Jahre lang, so lange gibt es die Büchertische dort, „nicht aufgefallen" ist!).

Es ist klar, daß es hier um etwas anderes geht: Die Büchertische werden von linken Gruppen und Buchläden gemacht, und dort können die Studenten anders als in den „normalen" Buchgeschäften sozialistische Zeitungen und Literatur kaufen. Das drohende Büchertisch-Verbot ist nach der Praktizierung eines generellen Demonstrationsverbots und nach der Aberkennung des politischen Mandats für den linken AStA (siehe zu beidem den letzten AK) ein weiterer Schritt auf dem Weg der Illegalisierung der linken Organisationen.

In München und Erlangen wurden bereits Büchertische gewaltsam geräumt; in Marburg hat der Universitätspräsident Zingl ebenfalls versucht, die Büchertische zu verbieten; und auch in der Frankfurter Uniklinik wurde bereits ein Vorstoß unternommen, den Verkauf kommunistischer Zeitungen zu verbieten.

Die Organisationen und Buchläden in Frankfurt, die diese Büchertische machen, wollen gemeinsam diskutieren, wie der Kampf gegen dies drohende Verbot nach Ende der Semesterferien im Oktober organisiert werden muß. ●

KB/Gruppe Frankfurt

Jetzt helfen nur noch Prügel!

Am Samstag, den 1. Juni fand in Lüdenscheid eine faschistische Demonstration statt. Aufgerufen dazu hatten am selben Vormittag die „Jungen Nationaldemokraten", Jugendorganisation der NPD, deren Anhänger aus den umliegenden Orten (Wuppertal, Köln, Iserlohn) herangeschleppt wurden.

Begründung ihres Auftretens war die ihrer Ansicht nach *„inflationsfördernde Politik der Gewerkschaften."*

Daß sie um 14.00 Uhr eine Demonstration planten, wurde erst zwei Stunden vorher bekannt. Sofort bildete sich eine spontane Aktionseinheit gegen die faschistische Provokation zwischen einigen SDAJlern, Mitgliedern des Dachverbandes der Jugendzentren im Kreis Lüdenscheid, einigen Gewerkschaftern und Genossen der Kommunistischen Gruppe Lüdenscheid.

Es wurden Flugblätter und improvisierte Plakate hergestellt, die zu einer Gegendemonstration aufriefen.

einer Gegendemonstration aufriefen.

Interessant an dieser Aktionseinheit war das Verhalten des anderen Teils der SDAJ, der den Kampf mehr oder weniger offen sabotierte. Diese Mitglieder weigerten sich, ihr Auto zur Verfügung zu stellen, um rote Fahnen von einem etwas weiter entfernten Ort zu holen. Sie müßten zu einer „Fete" in Recklinghausen und seien sowieso schon zu spät.

Wir bekamen wegen der kurzen Zeitspanne nur noch etwa 30 Kollegen und Genossen zusammen.

Die Anzahl des faschistischen Mobs betrug ca. 80–120 Personen.

Die Bullen hatten 25 Mann dabei. Auf der Demonstration kam es zu folgendem Zwischenfall. Ein Genosse mit einem Megaphon wurde in den Block der Faschisten gerissen und man versuchte, ihn zu verprügeln. Das Megaphon wurde ihm geklaut. Der Genosse wurde durch die Bullen verhaftet. Mit ihm zwei weitere Genossen, die ihn herausholen bzw. das Megaphon retten wollten. Den dreien wurde später beim Verhör durch die politische Polizei eröffnet, daß sie organisiert in eine „genehmigte friedliche Demonstration" eingedrungen seien und Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet hätten. Die faschistische Demonstration endete mit einer Kundgebung, wo sie dann noch mit Pfiffen und Eiern bedacht wurde.

Danach führten sie noch ein Pfingsttreffen auf dem Grundstück eines NPD-Ratsherrn durch und gedachten durch eine Kranzniederlegung, die hermetisch von der Polizei abgeriegelt wurde, irgendeinem ihrer „Volksgenossen".

Die erreichte spontane Aktionseinheit wollen wir weiter fortführen, denn nur die Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen kann die Faschisten zum Teufel jagen.

Zur Zeit machen wir Informationsstände, wo wir zur Solidarität mit den angeklagten Genossen aufrufen. ●

Genosse aus Lüdenscheid

Hamburg:

„Verfassungsschutz" wollte Spitzel anwerben

Am 15. Mai wurde ein Student des Fachbereichs Sozialpädagogik (FHS) von einem Spitzel-Werber des „Verfassungsschutzes" (VS) angesprochen. Das ist der zweite bekanntgewordene derartige Fall allein in diesem Fachbereich.

Der Spitzel-Werber trat als biederer Sozialdemokrat auf, der auch mit manchem unzufrieden sei usw. Mit dieser Masche sollen offenbar politisch unsichere Menschen für die „Zusammenarbeit" mit dem VS gewonnen werden. Im Hintergrund wird mit dem Druck gearbeitet, daß der VS irgendwelche „Informationen" über den Betreffenden vorliegen hat, sich über dessen Tätigkeit (z.B. beruflich) informiert zeigt usw. Mit am Anfang recht bequemen und nicht allzu schmutzigen Aufgaben (z.B. systematisches Sammeln von Flugblättern für den VS) soll das „Opfer" tiefer in die Netze des VS gezogen werden.

Hier einige Auszüge aus dem FSR-Info des „Fachbereichs Sozialpädagogik" vom 4.6.74, in dem der angesprochene Student, der das Spiel zunächst zum Schein mitmachte, über das Vorgehen des Spitzel-Werbers berichtet: *„C. erklärte mir, warum es für den Verfassungsschutz so wichtig sei, gerade über unseren Bereich Informationen zu bekommen und zwar, weil wir es später mit einem Teil der Bevölkerung zu tun hätten, der für die Propaganda der Kommunisten besonders empfänglich sei. Das gelte auch für den Erziehungssektor. Aber nicht nur dieser Teil der Bevölkerung, sondern eben auch die Studenten seien anfällig für diese Ideologien . . .*

Meine Aufgaben: Der Verfassungsschutz suche ständig ‚geheime Mitarbeiter', die, versehen mit Code und Decknamen, finanziell tatkräftig – selbstverständlich ohne Lohnsteuerkarte (je nach Wert der Information und der Arbeit, die man damit verbunden wäre), so bei 400,– DM unterstützt würden. (Und später noch einmal: Der Betrag könne sich auch verdoppeln, je nach dem Wert der Informationen, die man liefere.)

Ich sollte nun dem Verfassungsschutz Namen von politisch aktiven Studenten nennen. Außerdem, wie das Kräfteverhältnis dort sei: Wie ist es mit dem MSB, der KPD/ML, den Roten Garden, der KPD, der SSG und dem SHB . . .

Ferner müßte ich alle Flugblätter sammeln. Ich entgegnete, daß mir als Außenstehendem . . . auch nur Dinge zugänglich seien, an die er genauso gut herankäme. Man müsse doch wohl dann in eine der Organisationen (die er den „Neuen Linken" zurechnet) eintreten. Wir waren uns einig, daß das sehr vernünftig sei und waren uns auch darüber im Klaren, daß ich dann zum Beispiel Flugblätter verteilen müsse. Auch Veranstaltungen seien für den Verfassungsschutz wichtig. Ich brauchte natürlich nicht alles mitzustenographieren, es genüge, wenn ich ein Gedächtnisprotokoll machen würde. Ansonsten hätte man auch die technischen Mittel, um eine Versammlung mitzuschneiden. Sonst könnten wir uns auch jeweils im Anschluß an eine solche Versammlung treffen, oder er könne mir auch ein Tonband zur Verfügung stellen . . ."

Übrigens, der Spitzel-Werber stellte sich mit dem Namen Carsten vor und fuhr einen grünen Audi 80 mit Kennzeichen HH - RO - 153. ●

Nach einem Bericht des SSB an der FHS-Sozialpädagogik

Kiel

Kiel

Studenten demonstrieren gegen Abbau politischer Rechte

Wie in AK 46 (S.32) berichtet, sind für die Universitäten Schleswig-Holsteins sogenannte „Gebäude-Nutzungs-Richtlinien" erlassen worden.

- Es geht dabei darum, daß Flugblätter, Wandzeitungen usw., die in der Uni verteilt werden, einer Zensur durch die Uni-Leitung unterliegen sollen –
- Politische Veranstaltungen in der Uni „genehmigt" werden müssen, und diese „Genehmigung" nicht erteilt wird, **„wenn zu erwarten ist, daß Ziel, Inhalt oder Form der Veranstaltung im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen"** –
- Büchertische und Informationsstände in der Uni nur noch „zu Wohltätigkeitszwecken" gestattet, sonst aber generell verboten sind.

Dagegen fand am 27. Juni in Kiel auf Beschluß der Landes-Asten-Konferenz eine Demonstration von Studenten Schleswig-Holsteins statt. An der Demonstration beteiligten sich etwa 900 Studenten.

Die Demonstration, die maßgeblich vom Kieler AStA (in dem der KBW vor allem das Sagen hat) organisiert und politisch ausgerichtet wurde, hatte allerdings nur einen unbornierten Charakter. So wurde in den Parolen und auf den Transparenten keine Verbindung zum Abbau der demokratischen Rechte in den anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, zu den verschärften Angriffen vor allem auf die Arbeiterklasse, hergestellt. Zentrale Parole war demnach auch bloß: **„Für freie politische Betätigung an der Hochschule!"**

Hierbei handelt es sich nun nicht um einen Ausrutscher, sondern um ein **P r i n z i p** der KBW-Politik, nämlich die völlig idiotische Aufspaltung der Volkskämpfe. Auf den Aktionseinheits-Gesprächen hatten sich die KBW-Vertreter auch ausdrücklich u.a. gegen die Parole **„Für freie politische Betätigung in Betrieb und Hochschule"** ausgesprochen – mit der bemerkenswerten Begründung, daß manche Studenten das vielleicht noch nicht verstehen würden.

Übrigens gründet sich diese Politik wohl direkt auf eine „Theorie" von Schmierer (KBW-Führer) in KUK 2/74, wo er in seiner bekannten sophistischen Manier nunmehr „nachweist", daß es sich bei der Forderung nach freier politischer Betätigung im Betrieb gar nicht um eine „demokratische Forderung" (im Sinne des KBW), sondern „nur" um eine *„Forderung nach Arbeiterrechten"* handelt, die daher z.B. mit Forderungen der Studenten nicht *„in eins zu setzen"* (Lieblingsausdruck des KBW) sei; daß also die politischen Forderungen der Arbeiterklasse *„nichts unmittelbar mit dem Kampf der Studenten zu tun"* hätten. Getreu dieser Linie ist der KBW z.B. auch nicht bereit, den Kampf gegen die Berufsverbote gegen fortschrittliche Intellektuelle zu **v e r b i n d e n** mit einem Kampf gegen politische Entlassungen in den Betrieben, weil diese Dinge angeblich gar nichts miteinander zu tun hätten. –

Der KB hatte an die Kieler Studenten-Demonstration eine Solidaritätsadresse geschickt (abgedruckt in AK 46). Die Verlesung dieser Erklärung wurde uns aber nicht erlaubt, weil insgesamt „keine Beiträge anderer politischer Organisationen" (warum eigentlich nicht? !) vorgetragen werden sollten, sondern nur „Vertreter der Aktionseinheit" sprechen sollten.

Auch hier wieder „Trick 17" des KBW: andere politische Organisationen kommen nicht zu Wort, wohl aber der KBW – im Kostüm der „Aktionseinheit"!

Beiträge zur Sache wurden also nicht zugelassen. Als aber die Kundgebung beendet war, konnte man aus dem Lautsprecher eine Aufforderung zu einer Kundgebung gegen die Preiserhöhungen für Strom, Gas, Wasser und Fernheizung vernehmen; Veranstalter: natürlich der KBW. ●

KB/Gruppe Kiel und AK-Redaktion

CHILE – SOLIDARITÄT

Verschiedene westdeutsche Chile-Komitees verschickten Anfang Juli einen Aufruf zu einer nationalen Chile-Demonstration am 14. September in Frankfurt (vgl. den nebenstehenden Abdruck). Der KOMMUNISTISCHE BUND wandte sich daraufhin mit folgendem ‚Offenen Brief' an die westdeutsche Linke!

*Genossen,
in der letzten Woche wurde ein Aufruf zu einer Nationalen Chile-Demonstration am 14. September in Frankfurt verschickt, der von einer Reihe westdeutscher Chile-Komitees unterschrieben ist.*

Wir begrüßen grundsätzlich diese Initiative, zum Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile politische Aktionen zu organisieren. Wir halten aber die Vorgehensweise der Genossen für falsch und in der Konsequenz für spalterisch. Statt einen Aktionsvorschlag in der Linken zur Diskussion zu stellen, wird nach der Devise „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst" anscheinend versucht, den anderen Gruppen und Organisationen ein bestimmtes Vorgehen und eine bestimmte politische Linie aufzuzwingen. Wir lehnen solche Praktiken als schädlich für die Sache der Aktionseinheit ab.

Wir geben außerdem zu bedenken, daß nach aller Erfahrung eine zentrale Demonstration nicht das geeignetste Kampfmittel ist, um einen möglichst massenhaften und wirkungsvollen Protest zu organisieren. Wir schlagen Euch stattdessen vor, am Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile, also am 11. September, Demonstrationen in allen größeren Städten der Bundesrepublik auf möglichst breiter Basis zu organisieren. Wir erreichen dadurch zum einen eine wesentlich breitere Mobilisierung, gerade auch unter den nichtorganisierten Werktätigen. Wir erreichen dadurch zweitens eine wesentlich breitere politische Wirkung, wenn in möglichst vielen Städten der BRD demonstriert wird, statt nur e i n e r Demonstration in nur e i n e r Stadt.

Wir schlagen Euch vor, zu diesem Konzept Stellung zu nehmen und Eure eigenen Vorstellungen darzulegen, damit ein möglichst geschlossenes und breites Vorgehen diskutiert werden kann.

Wir möchten noch etwas zum politischen Inhalt des Aufrufs der Chile-Komitees sagen.

Ihr wißt, welche Rolle die chilenische Christdemokratie für die Vorbereitung des faschistischen Putsches gespielt hat und kennt die entsprechende Rolle der Christdemokratie in der BRD und Italien. In Italien hat die revisionistische „KP" versucht, die Demagogen der Christdemokratie in die Chile-Solidarität einzuschleusen. Die revolutionäre Linke hat diesen Versuch mit der u. E. völlig korrekten Parole beantwortet: „Uniti si, ma contro la DC" (einig ja, aber gegen die Christdemokratie!). –

Die Genossen der unterzeichnenden Chile-Komitees wenden sich aber sogar an „a l l e Parteien und politischen Organisationen" mit ihrem Aufruf. Das heißt doch, wenn man es ernst nimmt (und warum sollten wir die Genossen nicht ernst nehmen?): nicht nur an die CDU/CSU, sondern sogar an die NPD etc.

Wir sehen in der Formulierung „a l l e Parteien..." etc. keinen Flüchtigkeitsfehler, sondern den Ausdruck einer falschen Konzeption der Chile-Solidarität. Es entspricht u. E. gerade dieser Konzeption, daß im Aufruf darauf verzichtet wird, eine deutliche Beziehung zur innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik zu setzen (Abbau demokratischer Rechte, Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats usw.); daß kein Wort fällt über die grundsätzlich konterrevolutionäre Rolle des Imperialismus (und daher die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution, was doch eine zentrale Lehre der chilenischen Ereignisse ist!); daß darauf verzichtet wird, die Perspektive des Kampfes in Chile aufzuzeigen – nämlich nicht bloß „Nieder mit der Junta" (und was dann?), sondern Kampf für den Sozialismus.

Die Genossen haben auf klare Aussagen zu diesen Punkten offenbar deshalb verzichtet, um angepeilte Bundesgenossen nicht zu verschrecken, die ohnehin nicht zur Chile-Solidarität gehören. Wir halten das für ein falsches Verständnis von Aktionseinheit.

Wenn weiterhin im Aufruf erwähnt wird, wie Proletarier in anderen Ländern – nämlich auf der Grundlage von entwickelteren Klassenkämpfen als in der BRD! – ihre Solidarität mit Chile zum Ausdruck bringen, so ist das sicher nützlich. Für bedenklich halten wir aber den Aufruf an „die Gewerkschaftsmitglieder (der BRD) ... solche Aktionen zu diskutieren und ähnliche Maßnahmen zu ergreifen."

Da dies an der Klassenwirklichkeit und Kampfsituation in der BRD völlig vorbeigeht, bleibt es ein bloßer moralischer Appell, der natürlich ungehört verhallen wird.

Statt derartiger hilfloser Appelle ‚an die Massen' sollte u.E. die Aufgabe der Linken herausgestellt werden, durch systematische, geduldige Arbeit dazu beizutragen, auch in unserem Land die Grundlagen für einen massenhaften kämpferischen proletarischen Internationalismus zu schaffen.

Wir sind der Meinung, daß die hier angesprochenen politischen Mängel in einer gemeinsamen Aktion zum 11. September vermieden werden sollten, und daß es gerade darauf ankommen wird, diesen Kampftag nicht nur als Tag einer perspektivlosen ‚Solidarität mit Chile' zu „begehen", sondern die Solidarität zu verbinden mit der Propagierung der politischen Lehren der chilenischen Ereignisse für den Kampf des Proletariats um seine gesellschaftliche Befreiung. ●

*Mit solidarischen Grüßen
LG des Kommunistischen Bundes
Hamburg, 19.7.74*

AUFRUF
1 JAHR MILITÄRREGIERUNG IN CHILE

Am 11. September 1973 stürzte das chilenische Militär mit Hilfe des CIA in einem blutigen Putsch die Regierung der Unidad Popular. Während dieser Regierung hatte eine starke revolutionäre Entwicklung eingesetzt: Die Arbeiter besetzten die Fabriken. Sie organisierten die Produktion und die Verteilung der Waren selbst, indem sie begannen, sich ihre eigenen Machtorgane zu schaffen. Die armen Landarbeiter versuchten, das Land gemeinsam unter eigener Planung zu bebauen. Gegen diese Bewegung, die den Aufbau des Sozialismus vorantreiben wollte, richtete sich der Putsch der Junta.

Heute leben aufgrund der wirtschaftlichen Maßnahmen der Junta, wie Zurückgabe der besetzten Betriebe an die alten Besitzer, Preistreiberei und Lohnstop, die Arbeiter und Bauern unter dem Existenzminimum. Um diese äußerste Ausbeutung abzusichern, ist die Junta gezwungen, die Arbeiterklasse in völliger Rechtlosigkeit zu halten.

Mit grauenhaften Methoden werden Arbeiter, Bauern, Angestellte und Intellektuelle mit Hilfe amerikanischer und brasilianischer Experten sowie ehemaligen SS-Offizieren, eingekerkert, verfolgt, gefoltert und ermordet, wobei durch den Aufbau eines Repressionsapparates seit Anfang 74 die Unterdruckung gezielter verläuft.

Die von der Junta unterdrückten Massen sind jedoch nicht bereit, sich diesem politischen und sozialen Joch zu unterwerfen. Inzwischen sind in Chile im Untergrund Widerstandskomitees entstanden, die versuchen, den Widerstand zu organisieren. Vereinzelte Streiks und Flugblattaktionen, Boykottmaßnahmen in der Produktion oder die Zerstörung von militärischen Objekten sind die ersten Ansätze.

Die Militärdiktatur übt die Unterdrukkung in Chile aus, um die Bedingungen für Investitionen insbesondere des ausländischen Kapitals zu schaffen. Aus diesem Grund haben z.B. die Farbwerke Hoechst den Putsch des Militärs nachdrucklich begrüßt. Die BRD-Regierung hat schon während der Regierung der Unidad Popular die Interessen dieser deutschen Konzerne vertreten. Sie nimmt auch jetzt eine doppelzüngige Haltung ein, indem sie einerseits den Putsch gelegentlich „moralisch" verurteilt, andererseits ständig alles tut, um die Junta finanziell zu unterstützen. Der Sturz der Junta wird dadurch erleichtert, daß es gelingt, die Unterstützung durch die BRD-Regierung und des westdeutschen Kapitals abzublocken.

- Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!
- Keine Unterstutzung der Junta durch die Bundesregierung und das westdeutsche Kapital!
- Für die freie politische Betätigung der chilenischen Arbeiter und Bauern!
- Für die uneingeschränkte Aufnahme alle Fluchtlinge in die BRD!
- Freie politische Betätigung fur alle chilenischen Fluchtlinge in der BRD!

Nieder mit der Militärjunta!
S o l i d a r i t ä t m i t d e m c h i l e n i s c h e n W i d e r s t a n d !!!!!

Für den Erfolg des Widerstandes ist es von großer Bedeutung, inwieweit es gelingt, die Junta wirtschaftlich, politisch und diplomatisch zu isolieren und den entstehenden chilenischen Widerstand international durch eine breite Solidaritätsbewegung zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund stellt sich in der Bundesrepublik die Aufgabe, gerade im Hinblick auf den 11. September, alle unsere Kräfte zusammenzufassen, um unsere Solidarität mit dem chilenischen Widerstand nachdrucklich zum Ausdruck zu bringen.

In England, Italien, Holland (eine Stunde Lohn fur Chile, Boykott militärischer Produktion) haben Arbeiter beispielhaft gezeigt, wie man den chilenischen Widerstand aktiv unterstützt. Wir rufen die Gewerkschaftsmitglieder auf, solche Aktionen zu diskutieren und ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

Die unterzeichnenden Westdeutschen Chile-Komitees rufen deshalb zur Durchführung einer Chile Woche vor dem 11. September auf, an deren Ende als Höhepunkt eine NATIONALE DEMONSTRATION stattfinden soll. Die Chile Komitees fordern alle Parteien und politischen Organisationen, Gewerkschaften, kirchliche Verbände und humanitäre Organisationen auf, alles in ihren Kräften stehende zu tun, am 14.9.74 eine einheitliche Demonstration durchzufuhren. ●

CHILE-KOMITEE
Aachen, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Esslingen, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kiel, Köln, Frankfurt, Saarbrucken, Stuttgart, West-Berlin, Wolfsburg;
Info Zentrum Göttingen
KELA Frankfurt
FOLA

Auf dem „Parteitag der KPD" DKP–METHODEN



"Glänzend informiert"

Am 29. Juni führte die „KPD" anläßlich ihres „1. Parteitages" eine Großveranstaltung in der Kölner Sporthalle durch, zu der ca. 4000 Mitglieder und Sympathisanten aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin herangekarrt worden waren. Der Saalveranstaltung voraus ging eine Demonstration durch die Innenstadt.

Wir fuhren mit mehreren KB-Genossen hin, insbesondere auch, um Demonstration und Saalveranstaltung für den Verkauf des ARBEITERKAMPF und von UNSER WEG 23 („Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der ‚KPD' ") und der Sondernummer „Aktionseinheit oder ‚Partei'ladenpolitik? " zu nutzen. Das erschien uns vor allem erforderlich, weil die „KPD"-Führer – trotz punktueller Zusammenarbeit mit dem KB in praktischen Fragen – weiterhin unsere Positionen entweder oberflächlich abtun oder gar verzerrt darstellen. Hinzu kommt, daß eine Verbreitung unserer Materialien an den Orten, wo der KB noch nicht kontinuierlich arbeitet, systematisch unterdrückt wird. So weigern sich gerade auch an der „KPD"-orientierte Buchläden unter den fadenscheinigsten Vorwänden, KB-Publikationen zum Verkauf anzubieten.

Durch unseren Verkaufseinsatz sollte interessierten Genossen und Sympathisanten Gelegenheit gegeben werden, sich über unsere Positionen in grundlegenden Fragen des Klassenkampfes ein Bild zu machen und sich über die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten zu informieren.

Allerdings mußten wir während der Demonstration feststellen, daß dank der verabfolgten Gehirnwäsche in der „KPD" nicht gerade ein überwältigendes Interesse an der politisch-ideologischen Auseinandersetzung festzustellen war. Vielmehr war von „KPD"-Mitgliedern und Sympathisanten zu hören, man sei über den KB schon hinreichend informiert durch die „Rote Fahne" (?) und durch entsprechende interne Papiere (! – offensichtlich werden solche Papiere also nicht nur in Hamburg verbreitet!). Auf dieser Grundlage waren etwa so idiotische „Meinungen" zu hören, daß der KB keine gewerkschaftsoppositionelle Arbeit mache, daß er überhaupt keine Praxis in den Betrieben mache usw.

Im Foyer der Sporthalle konnten allerdings etliche Exemplare von UNSER WEG verkauft werden. Daraufhin marschierten mehrere „KPD"-Ordner auf, um uns den Verkauf zu verbieten!

„Begründet" wurde diese Maßnahme mit einem entsprechenden Beschluß der „Partei"leitung, der generell den Verkauf fremder Materialien im Foyer untersagte. Auf unseren Einwand, daß ein solches Verfahren beim KB absolut unüblich und uns bislang nur von den DKP-Revisionisten bekannt sei, führten sie wahre Eiertänze auf: „Normalerweise" hätten andere Organisationen Gelegenheit, auf „KPD"-Veranstaltungen ihre Materialien anzubieten, aber nicht auf dem „Parteitag" (auch wenn es sich hier um eine öffentliche Abschlußveranstaltung handelte). Der „Parteitag" sollte ein einheitliches Bild (!) abgeben und „geschlossen" (!) sein; die Propaganda anderer Organisationen stifte nur „Verwirrung" und „Unruhe" unter den Genossen...

Außerdem führte man penetrant lokalbornierte Argumente an wie: der KB arbeite ja nicht am Ort, von daher sei eine Auseinandersetzung mit ihm nicht so bedeutend...

Als wir uns – trotz dieser Flut formaler „Begründungen" – weigerten, den Verkauf einzustellen oder die Sporthalle zu verlassen, sondern stattdessen die im Umkreis stehenden Sympathisanten der „KPD" in die Auseinandersetzung miteinbezogen, versuchte man uns mit faulen Tricks und mehr oder weniger sanfter Gewalt am Verkauf zu hindern. Eine Genossin wurde zeitweilig von vier (!) kräftigen Ordnungshütern eingekreist und zum Ausgang abgedrängt; dreimal wurden ihr gewaltsam mehrere Exemplare des ARBEITERKAMPF und UNSER WEG entrissen. (Gegen Ende der Veranstaltung konnte ein Teil der entwendeten Materialien zurückgeholt werden!)

Die umstehenden Sympathisanten reagierten hierauf sehr unterschiedlich; einige billigten das Vorgehen der Ordner, andere aber waren ausgesprochen sauer und protestierten gegen die ihnen auferlegte Zensur. Ein Genosse beispielsweise warnte davor, zu Praktiken abzugleiten, wie sie die SDAJ auf ihrem Bundeskongreß an den Tag gelegt hatte... Schließlich brachen sogar Meinungsverschiedenheiten unter den Ordnern selbst auf. So hieß es zunächst, der „KB-Nord" habe auf Anweisung des Gen.W. (?) eine Sondergenehmigung; diese Entscheidung wurde jedoch bald von übergeordneter Stelle revidiert.

Es bleibt nur noch zu erwähnen, daß „KPD"-Führer Horlemann in seinem Resümee der Ergebnisse des „1. Parteitages" großartig verkündete, in Zukunft den politisch-ideologischen Kampf sowohl in den eigenen Reihen als auch nach außen hin zu verstärken.– Sicherlich ein lobenswerter Entschluß, dem allerdings auch aufgrund unserer jüngsten Erfahrungen mit einiger Skepsis entgegengesehen werden muß. ●

Ein Kieler Genosse

„KPD": Ganz neue Erkenntnisse

Aus einem Leserbrief

... Habt Ihr übrigens gelesen, daß die „Rote Fahne" (der „KPD" – Anm. AK) in ihrem Bericht über den Parteitag schreibt: „*Die Beratungen des Parteitags führten zu dem Beschluß, daß unsere Partei daran festhalten (?) wird, die Möglichkeit einer erneuten (?) sozialfaschistischen Diktatur als reale Gefahr aufzuzeigen.*" („Rote Fahne" Nr. 26)

Nicht nur, daß die „KPD" also die faschistische Gefahr in erster Linie (oder ausschließlich?) im „Sozialfaschismus" sieht, sondern jetzt haben sie wohl auch noch eine sozialfaschistische Diktatur erfunden, die es anscheinend früher schon mal gegeben haben muß („erneute Diktatur"). Ist das nicht sehr phantasievoll?

Ich glaube kaum, daß das ein Druckfehler oder dergleichen sein kann, weil der ganze folgende Absatz denselben Inhalt widerspiegelt, daß nämlich „*neben den Formen faschistischer Militärherrschaft*" (Chile, Griechenland usw. sich auch „*d i e Form der Klassendiktatur des Monopolkapitals*" entwickelt (?), „*die Terror ausübt unter dem Deckmantel der reinen Demokratie und der sozialen Phrase*".

Dies ist doch an sich – wenn ich Lenin da nicht falsch interpretiere – keine besondere ‚neue Entwicklung', sondern der Inhalt auch der bürgerlichen Demokratie ist ja Bourgeoisie-Diktatur. Allerdings ist „unter dem Deckmantel der reinen Demokratie" eine Politik des offenen Terrors nur bis zu einer bestimmten Grenze möglich, wo nämlich die bürgerliche Ideologie des Demokratismus, des sozialen Staates usw. in so klarem Widerspruch zur Praxis kommt, daß die Massen mit dieser Ideologie nicht mehr gehalten werden können.

Zwischen dem Terror unter der Hülle bürgerlicher „Demokratie" und faschistischer „Militärherrschaft" ist bekanntlich ein erheblicher qualitativer Unterschied. Die „Rote Fahne" liegt daher schief, wenn sie schreibt, das sich dies „neben" der faschistischen Diktatur entwickelt. Richtiger müßte man sagen: v o r der faschistischen Diktatur, auf dem Weg dorthin.

Dies „Neben" erweckt aber den Eindruck, als handle es sich um Alternativen gleicher Qualität: im einen Land macht die Bourgeoisie es mit „Militärherrschaft", im anderen dagegen mit der Ideologie der „reinen Demokratie" usw. Das ist eben falsch.

Nebenbei gesagt müßte sich aus diesen Ausführungen der „KPD" doch eigentlich die Konsequenz ergeben, den Charakter der bürgerlichen Politik hier als Faschisierung anzuerkennen (wo sie es doch schon „neben" die offene faschistische Diktatur stellen!!).

Habt Ihr übrigens gemerkt, wie geschickt die Leute von der „Roten Fahne" sind? Die Partei wird „daran festhalten", die Möglichkeit einer (sozial)-faschistischen Diktatur aufzuzeigen. Die ganzen Fehler, die die „KPD" beim Kampf, bzw. Verzicht darauf, gegen die faschistische Gefahr bisher gemacht hat, sind damit wohl vom Tisch. Man braucht anscheinend nur an der alten Politik „festzuhalten", denn man hat es ja schon immer richtig gemacht. Wenn das jetzt wenigstens praktische Folgen hat, wäre aber sicher schon einiges erreicht. ●

Ein Leser des AK und der „Roten Fahne"

Reaktionärer Angriff auf Kirchlichen Studentenverband

Am 24. Juni tagte die 35. Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Hamburg. Den Synodalen lag ein Ausschußbericht vor, nachdem die ESG (Evangelische Studentengemeinde) „linksradikal" sei und „mit Geldern aus der Kirchensteuer linke Flugblätter finanziert hätte" („Welt", 26.6.).
Vorausgegangen sind etliche säuische Interviews und ein „Anklagepapier" des berüchtigten rechtsradikalen Theologie - Professors Thielicke (Strauß-Freund). Mit knapper Mehrheit vertagte sich die Synode und wird nun am 22. August über die Zukunft der ESG entscheiden. Es wird mindestens mit etlichen politischen Auflagen gegen die fortschrittliche ESG-Arbeit gerechnet, wenn nicht gar das „Martin-Luther-King"-Haus in der Grindelallee für politische Gruppen völlig dicht gemacht – und zum Kloster umfunktioniert – wird.

Im Februar vergangenen Jahres beauftragte die Synode einen Ausschuß damit, die „Situation und Probleme" der Hamburger ESG zu untersuchen.

Bereits damals hatten die reaktionären Kirchenfürsten heftige Kritik an einer Vietnam-Blutspendeaktion der ESG geübt. Der Ausschußbericht kommt u.a. zu den Ergebnissen, *„daß das zentrale kirchliche Element verstärkt werden muß". „Der Ausschuß bezweifelt zudem, daß die Raumvergabe im Martin-Luther-King-Haus der Studentengemeinde immer mit der gebotenen Sorgfalt vorgenommen worden sei. Kritiker der ESG hatten darauf hingewiesen, daß sie linksradikalen Gruppen Unterschlupf bietet."* („Welt", 25.6.)

„Abschließend schlug Dr. Kampf für den Ausschuß vor, die Synode solle beschließen, die ESG zu erhalten und einen ‚Wandel durch Kontinuität' einzuleiten. Dazu solle ein Beratungskuratorium unter ‚veränderter Zusammensetzung und veränderter Kompetenz' gebildet werden..." („Welt", 25.6.).

Gleichzeitig wurde der „Prüfungsbericht des kirchlichen Rechnungsamtes" veröffentlicht, der der ESG vorwirft, *„finanzielle Mittel für politisch einseitige Aktionen und Veranstaltungen verwendet zu haben."* („Welt", 26.6.) Als Beispiele führte er u.a. an: ...*„die Teilnahme an einer Vietnam-Demonstration in Bonn und ein Protesttelegramm an das Bayerische Innenministerium gegen die Abschiebung eines iranischen Studenten."* Des weiteren die Unterstützung (durch Räume und angebliche Druckkostenbeteiligung) der „Stadtteilgruppe Hohenfelde in der ESG", die die Besetzung der Ekhofstraße unterstützte und der „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden in Hamburg".

Scharfmacher Thielicke

In einem Zeitungsinterview im Januar 1974 bezeichnete Thielicke die ESG's als *„Kristallisationspunkte des Extremradikalismus"* und forderte die Kirchenbosse auf, *„diesem Schwindel endlich ein Ende zu machen."* (ESG-Info S. 4) In seiner 15-seitigen „Fallstudie" über die Hamburger ESG reiht dieser Reaktionär die „Fakten" zusammen, die ausreichen sollen, die ESG, die in der Vergangenheit solidarisch und hilfreich allen Unterdrückten und von den Herrschenden Angegriffenen zur Seite gestanden hat, aus der Kirche auszuschließen.

So schreibt Thielicke von den „Bundesgenossen" der ESG:

„(vgl. etwa das Flugblatt SOLIDARITÄTSWOCHE MIT DEM KAMPF DES IRANISCHEN VOLKES... gegen das ‚faschistische Schah-Regime' mit den Unterzeichnern (u.a.) Kommunistischer Bund (KB), Kommunistische Gruppe Hamburg, Kommunistische Partei Deutschland etc." (S.2) *„Auch die Ausländerarbeit vollzieht sich...in fixen politischen Schemata... Zu diesen Schemata.. rechne ich... den Protest gegen das Verbot politischer Betätigung im Gastlande. ... (!!) Im übrigen gehört es zu den Gepflogenheiten aller Staaten – schon im Hinblick auf diplomatische Verwicklungen – Ausländern politische Zurückhaltung aufzuerlegen."* (S. 3)

„Der Eindruck linksradikaler Politisierung rundet sich ab, wenn man die Redner in Betracht zieht, die engagiert werden. Ich nenne nur Namen wie Bernd Rabehl, Berlin; Ernest Mandel, Brüssel; Prof. Peter Brückner. (ich hoffe, daß man noch über die Problematik dieser Persönlichkeiten Bescheid weiß)."

(Wohlgemerkt, daß sagt ein Strauß-Freund, der 1967 in der reaktionären „Christ und Welt" u.a. davon schrieb, *„daß die Laus, die Dutschke den Studenten in den Pelz gesetzt hat, man ihm wiedergeben solle, dann würde es uns nicht mehr jucken"*, und *„von wegen Muff in den Talaren, man solle mal bei Dutschke nachgucken, was da drunter stecke"*.

Auf Seite 7 schreibt Thielicke: *„Genau diese Einseitigkeit der Linksorientierung führt dazu, daß auch in der Diagnose politischer Situationen keinerlei Abwägen, keinerlei Differenzierungen zu erkennen ist. Man hat zwar allen Grund, gewisse Untaten der chilenischen Militärjunta an den Pranger zu stellen. Wie aber läßt sich ein adäquates Urteil über den chilenischen Umsturz gewinnen, wenn das vorausgehende Allende-Regime: als möglicherweise auslösender Faktor (!!!) nicht auch zum Gegenstand kritischer Analysen wird..".*

Thielicke faßt zum Schluß zusammen: *„Das also sind die Fakten und Argumente, die ich gegen die ESG vorzubringen habe. Sie hat sich de facto von der Evangelischen Kirche geschieden... ..es stört meinen ethischen Geschmack aufs empfindlichste, daß die ESG sich durch sehr beträchtliche Etatmittel weiter von der ‚Anstaltskirche' aushalten läßt. ..die Kirche, die zu zaghaft ist, notwendige Konsequenzen zu ziehen und ein schwärendes Problem seit Jahren chirurgisch unbehandelt läßt. Wenn die Kirche hier reinen Tisch macht, .. so ist das wahrlich ein Zeichen des Lebens dieser Kirche. ... Schweigt sie dagegen aus Schwäche und Unentschlossenheit, dann spinnt sie nur tote Traditionen fort und wird so nicht zuletzt gerade an denen schuldig, die sich in ihren Ressentiments... bestätigt fühlen müssen und dann mit oder ohne das Signum ‚evangelisch' zu anderen Ufern aufbrechen."* (Thielicke, S. 14 und 15)

Die ESG antwortet...

Die ESG hat eine Antwort auf Thielickes Schweinspapier verfaßt, aus dem wir einige kurze Passagen zitieren: *„Zur Ausländerfrage: ...Die Lage der Ausländer wird zugleich dadurch bestimmt, daß die ausländischen Vertretungen den oft diktatorischen Druck der heimischen Regierung ungehindert auf die hier im Lande lebenden Ausländer ausüben können, während die Ausländer selbst vielfach daran gehindert werden, sich frei zu äußern. Ein deutsches Ausländergesetz (1965), das auf Traditionen des 3. Reiches beruht und das im internationalen Vergleich unverantwortlich restriktiv ist, ermöglicht dies. Hier genügt es doch nicht, allgemein von den ‚Gepflogenheiten aller Staaten' (Thielicke S. 2) zu reden. Wir fragen Herrn Prof. Thielicke, wie er den Kampf gegen das Naziregime beurteilt, der nach 1933 im Ausland von deutschen Emigranten geführt wurde. Ihrer Situation entspricht die Lage einer großen Zahl von Ausländern heute in unserem Land und in diesen Zusammenhang gehört die politische Betätigung von Ausländern, die Thielicke angreift."*

Zu Chile: *„,...freilich hat sich für viele von uns die Einsicht ergeben, daß es sich in Chile nicht nur um „antihumanitäre Maßnahmen" einer gerade an die Macht gekommenen Militärjunta handelt.(Thielicke S. 11) Diese Maßnahmen haben einen politischen Zusammenhang, den man erkennen kann, wenn man das will."* (ESG S. 20) Abschließend schreibt die ESG: *„Hunger und Ungerechtigkeit sind in vielen Staaten, ja in ganzen Erdteilen so groß geworden, daß es keine frohe Botschaft, sondern Zynismus wäre, wenn Christen dort nichts zu sagen hätten als: nun vertragt euch mal wieder – Saigon und Hanoi, Junta und verarmte und entrechtete Proletarier in Chile, Lissabon und Bauern von Mozambique!"* (ESG S. 26)

Kampf den Verbotsdrohungen gegen demokratische, sozialistische und kommunistische Organisationen

In Anbetracht der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in der BRD verwundert die Ausschlußdrohung gegen die fortschrittliche Hamburger ESG nicht. Was in den Gewerkschaften die Extremistenerlässe, im Staatsdienst die Radikalenerlässe, in den bürgerlichen und revisionistischen Parteien (SPD und DKP) die Abgrenzungsbeschlüsse, zieht sich konsequenterweise auch in den Kirchen durch.

Die ESG schrieb bereits im April in ihrem „INFO": *„Was uns droht, ist eine schon länger geplante, von außen eingesetzte ESG-Leitung, die bestimmen soll, was die ESG und ihre drei Pfarrer tun und sagen dürfen und was nicht... Es gibt Kräfte, die sogar eine Auflösung der ESG anstreben."* (ESG-Info S. 4) Es ist die Aufgabe aller Demokraten, Sozialisten und Kommunisten, die fortschrittliche ESG-Arbeit zu verteidigen und nach gemeinsamen Abwehrformen und Inhalten zu suchen. ●

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

Hamburg: Konzertierte Aktion von Staat, Justiz und CDU gegen die Studenten

Auf Antrag der RCDS-Studenten Kimmich und Müller (RCDS: Studentenverband der CDU) verurteilte das Oberverwaltungsgericht Hamburg den AStA der Uni Hamburg zum sofortigen Austritt aus dem VDS (Dachverband der westdeutschen Studentenschaft). Dem AStA wird jegliche Mitwirkung oder finanzielle Unterstützung des VDS bei Androhung von Geldstrafen in unbegrenzter Höhe untersagt. Bereits früher hatte der RCDS vor dem OVG erreicht, daß dem Hamburger AStA die Wahrnehmung des „politischen Mandats" (Äußerungen zu allgemeinpolitischen Fragen) verboten wurde.

Mit diesem Urteil haben sich zwei rechtsradikale Studenten gegen die gewählte Vertretung der Hamburger Studentenschaft durchgesetzt, also gegen den Willen Tausender Hamburger Studenten!

Entsprechend unverhohlen jubelt die „Welt" (29.6.): *„Immer mehr Studenten, die den linksradikal bestimmten VDS nicht mehr als ihre Interessenvertretung ansehen, sollten ihrem Beispiel (*Kimmich und Müller*) folgen. Es wäre möglich, den VDS bankrott zu klagen."*

Hier wird die Marschrichtung für die Rechtsradikalen ausgegeben: Da RCDS und Konsorten unter den Studenten nicht landen – und zwar trotz bereitwilligster und großzügigster politischer und finanzieller Unterstützung durch das Kapital – da die Reaktion also selbst in absehbarer Zeit wenig Chancen sieht, die Mehrheitsverhältnisse unter den Studenten zu verändern, müssen die studentischen Organe eben auf andere Weise zerschlagen werden:

Kimmich ist ein Typ, der als eine Art von Unikorrespondent die „Welt" ständig mit Hetzartikeln gegen die Studenten versorgt, und für den selbst „Eule" Echternach (Hamburger CDU-Führer) noch viel zu „links" ist. (Bei den Wahlen zum CDU-Landesvorsitzenden kandidierte Kimmich deshalb – erfolglos – gegen Echternach). Seine Freunde sitzen im NHB (Studentenorganisation der NPD) und anderen faschistischen Gruppen, mit denen zusammen er auf einer „unabhängigen" Tarnliste ein Semester lang ins Studentenparlament gelangte. Übrigens stammt auch die Parole „Klagt den VDS kaputt" vom NHB. Gerade in der Person dieser Leute wird die Zusammenarbeit von kapitalistischen Auftraggebern, Springer-Presse, CDU und Faschisten besonders deutlich.

Trotz der zahlreichen Solidaritätsadressen, die jetzt von sozialliberalen Abgeordneten beim AStA eingegangen sind, sollte man sich nicht über die Haltung von SPD/FDP täuschen lassen. Auch die „sozialliberalen" Regierungen bereiten seit langem die Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft und ihrer Organe durch die Hochschulgesetzgebung vor und sind sich nur über den günstigsten Zeitpunkt dafür nicht hundertprozentig im klaren. Das OVG-Urteil paßt ihnen ausgezeichnet ins Konzept.

Selbstverständlich solidarisieren wir uns in dieser Frage mit dem Hamburger AStA, der zur Zeit von MSB/SHB gestellt wird. Der AStA will sich dem Urteil nicht beugen und in die Revision gehen. Auch ist es erfreulich, daß sich das Studentenparlament, von dem man lange Zeit gar nichts hörte, überhaupt einmal dazu aufraffte, zum OVG-Urteil eine öffentliche Sitzung durchzuführen und die Studenten dazu zu mobilisieren. Wer jedoch eine Diskussion des Studentenparlaments mit den Studenten über notwendige und geeignete Kampfmaßnahmen gegen das OVG-Urteil erwartet hatte, sah sich getäuscht: Geladene Vertreter der bürgerlichen Parteien und des Senats durften sich so richtig aussabbeln, während Studentengruppen, die nicht im Studentenparlament vertreten sind oder gar ein „einfacher" Student kaum zu Wort kamen. Offenbar schätzten die Herren Studenten-Parlamentarier die Gunst, Gesprächs-„Partner" bürgerlicher Politiker sein zu dürfen, so hoch ein, daß sie darüber die Aktionseinheit der demokratischen Studenten schlicht „vergaßen". Es ist nicht nur billig, sondern sogar primitiv zu glauben, der Kampf gegen das OVG-Urteil bestünde darin, daß die Studenten bei den Reden des AStA Beifall klatschen und bei den bürgerlichen Politikern „Buh" rufen. Das scheint aber diejenige „Solidarität" zu sein, die dem AStA so richtig schmeckt. Die linken Studenten werden also eigene Initiativen zur Verteidigung der studentischen Organe und des politischen Mandats unternehmen müssen. ●

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg

BAYERN Verschärfter Abbau demokratischer Rechte

In Bayern will die CSU-„Staatsregierung" ein sogenanntes **„Gesetz zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens"** durchbringen.

Es sollen danach zum Beispiel nur noch „friedliche" Versammlungen zugelassen sein, was aber nach den bisherigen Gesetzen schon eh klar ist. Offenbar soll hiermit die Anwendung von völliger Willkür bei der „Genehmigung" von Demonstrationen und Versammlungen (wie z. B. in Frankfurt von der SPD praktiziert) „legalisiert" werden.

Weiter sollen offenbar Versammlungen verboten werden, auf denen *„verfassungsfeindliche Ziele propagiert"* werden könnten. Bekanntlich legt die CSU diesen Begriff „verfassungsfeindlich" sehr weit aus und schließt sogar Teile der Jusos darin ein. Auch hier wird sicher zunächst noch nicht das totale Versammlungsverbot für alles links von der CSU geplant, wohl aber die „legalisierte" Willkür, mit der demokratische Rechte zu Ausnahmerechten gemacht werden sollen, die der Staat gewähren kann oder auch nicht.

Besonders hart soll offenbar gegen ausländische Kollegen vorgegangen werden: *„Versammlungen von Ausländern sollen anders bewertet werden als Versammlungen deutscher Staatsbürger. Damit soll der Zunahme bestimmter Aktivitäten ausländischer Gruppen begegnet werden."* („Welt", 27.6.74).

Verschärft werden soll auch die „Landfriedens"-Gesetzgebung, d. h. die mögliche Bestrafung von Demonstrationsteilnehmern.

Das von der CSU geplante Gesetz zählt zu seinen Vorbildern die von den Faschisten am 4. Februar 1933 erlassene **„Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes"**, in der es u. a. heißt: Versammlungen *„können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist"* (§ 1, 2). Versammlungen können gewaltsam aufgelöst werden ... *„wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert wird"* oder *„wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates* beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden ..." (§ 2, 1 und 2).

Mit diesem ausschließlich gegen die Kommunisten angewandten Gesetz schufen sich die Faschisten nach der teilweisen „Machtübernahme" (durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar) das Klima für die endgültige „Machtübernahme" mit Reichstagsbrand-Provokation (27. Februar), den Terror-Wahlen (5.März) und dem „Ermächtigungsgesetz" (24. März).

Heute, auf einer niedrigeren Stufe der Faschisierung, ist z. B. in Nordrheinwestfalen das Demonstrationsrecht für die „KPD" und „KPD/ML" seit dem April 1973 praktisch aufgehoben. In Frankfurt besteht praktisch ein Demonstrationsverbot für die Linke – während z. B. die faschistische NPD ihre provokatorischen Aufmärsche veranstalten darf. Mehrere Demonstrationen in verschiedenen Städten zur Unterstützung anderer Völker in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Reaktion wurden ebenfalls verboten, mit Hinweis auf die „auswärtigen Beziehungen" des BRD-Imperialismus. In diesen Rahmen ordnet sich der CSU-Entwurf ein, der im Grunde nur zum Gesetz erhebt, was auch die SPD anderswo schon praktiziert.

Offensichtlich wird versucht, v o r einem Verbot der revolutionären Linken schrittweise deren politische Betätigungsmöglichkeiten immer weiter einzuengen, ihnen die demokratischen Rechte „schleichend" zu entziehen und sie damit politisch auszutrocknen, um dann unter den so entstandenen Bedingungen das schließliche Verbot möglichst leicht über die Bühne bringen zu können. ●

„Weichmann-Prozeß" in Kiel: Studenten verurteilt

In Kiel wurde im Prozeß gegen elf Studenten das Urteil gesprochen: Freiheitsstrafen von drei bis vier Monaten (auf drei Jahre „zur Bewährung") gegen zehn von ihnen.

Worum geht es? Im vorigen Jahr hatte sich auf Initiative des stinkreaktionären Rektors Hattauer an der Kieler Universität eine Einheitsfront aus RCDS (CDU), Burschenschaftern und anderen Rechten und Faschisten gebildet, um den Einfluß der revolutionären und reformistischen Linken zurückzudrängen. Dieser Verein gab sich den sinnigen Namen „Studenten für das Grundgesetz". Man folgte damit den Erfahrungen von anderen Universitäten, nicht offen unter seinem Namen als RCDS usw. aufzutreten (weil damit zunächst an den Universitäten meist kein Blumentopf zu gewinnen ist), sondern sich phantasievolle „demokratische" Tarnbezeichnungen zu geben.

Als ersten „Starredner" hatte der rechte Klüngel den ehemaligen Hamburger Bürgermeister Weichmann eingeladen, der zwar Mitglied der SPD, aber nicht einmal ein Sozialdemokrat ist. So war Weichmann offenbar auch gern bereit, auf einer Veranstaltung von Leuten aufzutreten, die zum Teil noch rechts von der „offiziellen" CDU stehen.

Die geplante Veranstaltung am 22. Juni 1973 mit Weichmann sollte unter dem Titel stehen „Grundgesetz in Not?". Weichmann, der 1933 Deutschland „aus rassistischen Gründen" (er ist Jude) verlassen mußte, sollte offenbar auf dieser Veranstaltung eine große Schau abziehen, indem er die Kommunisten mit den Faschisten gleichsetzte usw.; und dies alles mit dem moralischen Gewicht seiner großartigen „antifaschistischen" Vergangenheit.

Aus dem geplanten Auftritt wurde aber nichts. Aufgerufen vom AStA der Kieler Universität bereiteten etwa 1500 Studenten der Sache durch herzhafte Sprechchöre und Besetzung der Rednerbühne ein rasches Ende. Weichmann mußte unverrichteter Dinge abziehen.

Gegen die „extremistischen Studenten" setzte alsbald in Presse, Fernsehen und Rundfunk die übliche Hetze ein, wobei die jüdische Abstammung Weichmanns immer wieder breitgetreten wurde und so die Kieler Studenten ohne weiteres mit den Faschisten gleichgesetzt wurden.

Gegen zunächst zwölf Studenten, zum großen Teil offenbar Anhänger der „KPD/ML" und des KBW, wurde ein Verfahren eingeleitet, für das konkrete Beweise kaum gegeben waren. Einer der zwölf mußte sogar nachträglich von der Liste gestrichen werden, weil er sich am 22. Juni nachweislich rund 1000 km von Kiel entfernt aufgehalten hatte. So blieben elf übrig.

Vor Gericht holte Weichmann in kleinerem Rahmen (vor leeren Zuschauerbänken, da inzwischen die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden war) seinen verpatzten Auftritt nach. Laut Springers „Bild" vom 11. Juni 74 hörte sich das etwa so an: *„Bei meinem Werdegang war das bitter... Es war wie in der Nazi-Zeit, nur daß die Systemveränderer damals in braun auftraten und heute in rot..." „Nicht so sehr die Wiederkehr persönlicher Erfahrung erschüttert mich, sondern daß nach 40 Jahren wieder solche Dinge in unserem Lande geschehen..."*

Fühlt sich Weichmann etwa erschüttert, wenn in diesem Land faschistische Massenmörder freigesprochen oder nach ihrer Verurteilung freigelassen werden, die Tausende und Zehntausende von Menschen, darunter auch viele Juden, ermordet haben? Fühlt sich Weichmann erschüttert, wenn im Kölner „Klarsfeld-Prozeß" (vgl. Bericht an anderer Stelle dieses AK) französische ehemalige KZ-Gefangene, die als Zeugen zum Prozeß in ihrer alten KZ-Kleidung gekommen sind, von Justizbeamten brutal zusammengeschlagen werden?

Nein, über s o l c h e Vorgänge, die Schlaglichter auf die wirkliche Faschisierung werfen, sind Weichmann, Springer-Presse, Justiz usw. natürlich keineswegs „erschüttert". Das ganze verlogene Geschrei um Weichmanns „persönliche Erfahrungen" mit dem Faschismus wird ja gerade deshalb angestimmt, um von der Faschisierung abzulenken und um antifaschistische Studenten (und überhaupt alle kämpferischen Antifaschisten) in gemeinster Weise mit den Faschisten gleichzusetzen. ●

Frankfurt:

„Sozialmieten" juristisch abgeschafft!

–Grundsatzurteil für die ABG: „Gemeinnützige" Wohnungsbaugesellschaften dürfen ihre Mietforderungen nach dem „freien" Wohnungsmarkt ausrichten –

Am 11.6.74 erging das endgültige Urteil in einem Prozeß, den das „gemeinnützige" Wohnungsunternehmen ABG gegen 900 seiner Mieter angestrengt hatte: Die Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen ist berechtigt, ihre Mieten denen des „freien Wohnungsmarktes" anzugleichen.

Bereits im Dezember 72 hatte die ABG eine Mieterhöhung zwischen 30 und 60% angekündigt. Neben notwendigen Reparaturmaßnahmen diente vor allem der gestiegene Handwerkerlohn als Begründung: *„Aus eigener Erfahrung wissen Sie sicher, daß jedes Kommen eines Handwerkers an Wegegeld Kosten in Höhe von DM 15,– bis DM 30,– verursacht, ohne daß der Handwerker einen Finger gerührt hat und daß die Arbeit des einen Handwerkers meist Folgearbeiten für einen anderen nach sich zieht"* (Brief der ABG an die Mieter, 27.12.72).

Sicherlich richtig ist der Hinweis „aus eigener Erfahrung", denn in der Regel mußten die Mieter selbst für Reparaturarbeiten aufkommen. Die ABG führte in der Vergangenheit oft noch nicht einmal die notwendigsten Instandhaltungsarbeiten durch. Aus Empörung gegen die unverschämt hohe Mietforderung weigerten sich 900 der 11.000 betroffenen Altbaumieter, die Zustimmungserklärung zur Mieterhöhung zu unterschreiben. Die ABG drohte zunächst: *„Bei den notwendig werdenden Klagen werden wir nachweisen können, daß unser Mieterhöhungsanspruch die ortsübliche Vergleichsmiete nicht übersteigt. Auf diesen Sachverhalt kommt es ausschließlich an."* (Brief der ABG an die Mieter, 2.2.73) – Dann prozessierte sie.

Es ging im Prozeß in der Tat weder um die Berechtigung der Mieterhöhung aufgrund zu leistender Reparaturarbeiten, geschweige denn um „soziale Belange" einer „gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaft gegenüber ihren Mietern. Interessant war nur, ob die ABG berechtigt ist, Vergleichswohnungen aus dem sogenannten „freien Wohnungsmarkt" für ihre Mieterhöhung heranzuziehen. Die erste Instanz, das Amtsgericht, verneinte dies. Daneben hatte sich das Gericht die Äußerung abgerungen, daß es die Pflicht des Vermieters sei, werterhaltende Reparaturen durchzuführen. Die Begründung der ABG, sie benötige die Erhöhung zur Deckung der anfallenden Reparaturen treffe nicht zu, weil die Instandhaltungskosten sowieso in der Miete enthalten sind. Diese, für das Urteil aber vollkommen irrelevante Bemerkung, war indes geeignet, bei den Mietern und ihren gewählten Organen, den Mieterräten, Illusionen über den Gerichtsentscheid in der zweiten, entscheidenden Instanz aufkommen zu lassen. So hatte noch Ende April auf einer Mieterveranstaltung der Vertreter der „Arbeitsgemeinschaft der Interessengemeinschaften von Mietern der ABG", Herr Nicolaus (verantwortlich für die Mieter im Stadtteil Riederwald), immer wieder betont, daß das Gericht im Interesse der Mieter entscheiden – auf jeden Fall (!) aber ein „gerechtes und verbindliches" (!) Urteil fällen werde.

Die ABG hat in der Vergangenheit immer mehr ihr „soziales" Mäntelchen fallen lassen. So beteiligte sich das städtische, also von der SPD gemanagte, Wohnungsunternehmen bereits frühzeitig und in großem Umfang an der Bodenspekulation (vergl. AK 44), baute während des Mietstops so gut wie überhaupt nicht (zwischen 1945 und 1960 nur 338 Wohnungen gegenüber 7.800 in den folgenden 13 Jahren) und auch nach dem Lücke-Gesetz wurden die Gelder eher in den U-Bahn-Bau oder teure Komfort-Wohnungen, bzw. Büro-Bauten investiert, als in den „sozialen Wohnungsbau". Langfristiges Ziel der SPD war es, auch in diesem Bereich die Mieten des „sozialen Wohnungsbaues" immer mehr denen des „freien" anzugleichen. So verknappte die SPD-Regierung durch ihr „Städtebauförderungsgesetz" (vergl. Wohnungsbroschüre des KB) immer mehr den relativ billigen Wohnraum in Altbauten. Gerichte klagten für spekulationswütige Hausbesitzer ganze Straßenzüge leer. Und: Der erste Mietwucherprozeß vor einem Frankfurter Gericht wurde gegen einen ausländischen Arbeiter (!) geführt, der die Wuchermiete seines Hausbesitzers als Hauptmieter an seine Untermieter weitergegeben hatte! Über weitere Fälle, in denen die bürgerlichen Gerichte gegen die Mieter und für die Wohnungsunternehmer entschieden haben, haben wir mehrfach in unserer Presse berichtet.

So hat denn das Justizwesen in einem kapitalistischen Staat die Aufgabe, mittels der Augenwischerei einer Gewaltenteilung die Klassengegensätze zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern von einer „unparteiischen Warte" aus zu beurteilen und den Klassenkampf in den Gerichtssaal zu verlagern, wo die Arbeiter eben isoliert von ihren Klassenbrüdern der Macht der Rechtsanwälte, Sachverständigen und anderen „Autoritäten" in der Regel nichts entgegenzusetzen haben.

So hat denn auch die ABG nicht etwa einen Musterprozeß geführt, sondern bereits frühzeitig darauf hingewiesen, gegen jeden zahlungsunwilligen Mieter einzeln zu klagen, wobei sie sich sogar noch auf ein entsprechendes Gesetz berufen konnte (§ 3 (3) WoKSchG).

In dem Gerichtsurteil wurde vom 11.6.74 wurde eine Politik abgesegnet, deren Anliegen es war, die Vorteile des „sozialen Wohnungsbaus" für die Mieter abzubauen: Als Richtlinie für die Mieterhöhung der „gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaft kann die „marktorientierte Miete" gelten. Diese Miete wird nach „Angebot und Nachfrage" bestimmt. Die „ortsübliche Miete" ist hierbei die Obergrenze. Das Landgericht verwies die Entscheidung um die Höhe der Miete wieder an das Amtsgericht zurück. Die Parteien könnten dann wiederum in die Berufung vor das Landgericht treten.

Ziel dieses Hin- und Her-Schiebens der Entscheidung von einer Instanz zur anderen war es zunächst, die anfangs spontan sehr starke Mieterbewegung totlaufen zu lassen und desweiteren die Erhöhung auf die Zeit nach den Landtagswahlen zu verschieben. Die SPD meinte wohl zurecht, durch diese neue Maßnahme weitere Stimmen in Frankfurt einzubüßen. Da die Miete eh rückwirkend zum 1.1.74 zu zahlen ist, verliert die ABG dabei ohnehin nichts. Den Mietern empfahl das Gericht, in Härtefällen doch Wohngeld zu beantragen; daneben **„stehen soziale Belange hier nicht zur Debatte und dürfen das Gericht auch nicht interessieren."** Eine sehr offenherzige Schilderung dessen, was das Gericht unter „Gerechtigkeit – im Namen des Volkes" versteht!

Abschließend wurde festgestellt, daß sich der Beiname „gemeinnützig" bei der ABG, als eines der größten westdeutschen Wohnungsunternehmen, lediglich auf die Ausschüttung des Gewinns (nur 4%) und gewisse (beträchtliche) Steuervorteile bezieht. Befriedigt äußerte sich demnach der Dachverband der „gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaften über dieses Grundsatzurteil. Bedeutet es doch, daß die für die „Gemeinnützigen" ungleich günstigere Wettbewerbssituation auf dem Wohnungsmarkt voll den Wohnungsgesellschaften selbst zugute kommen kann, anstatt den Mietern. Ein SPD-Mitglied im ABG-Vorstand äußerte sein Vertrauen in die Gerichtsbarkeit und betonte, *„daß man eigentlich nichts anderes erwartet habe."* („FR", 27.6.74)

Die Mieterräte gaben eine Presseerklärung ab, in der es heißt, daß durch dieses Urteil eine ganze Bevölkerungsgruppe zu Sozialhilfeempfängern (Wohngeld) gemacht wird. Das Gericht habe „im Namen des Volkes" gegen die Mieter des gesamten „gemeinnützigen" Wohnungsbaus entschieden. Dies entspreche genau der Tendenz, die im öffentlich geförderten Wohnungsbau seit rund zehn Jahren zu erkennen sei. (zit. nach „FR", 27.6.74)

Ein Sprecher des städtischen Amts für Wohnungswesen kommentierte nach dem SPD-Motto: selbst die gröbste Verschlechterung des Lebensstandards kann noch als Steigerung der Lebensqualität bezeichnet werden – wenn man nur der SPD-Propaganda vertraut!: Es sei künftig möglich, die Vergleichsmieten für privatwirtschaftlichen Altbau wesentlich niedriger zu setzen als bisher, weil das Urteil auch gestatten müsse (!), daß der private Wohnungsbau mit dem öffentlich geförderten Wohnungsbau gleichzusetzen ist. Bei der Festsetzung von Vergleichsmieten müsse es deshalb in Zukunft auch gestattet sein, Beispiele aus dem „gemeinnützigen" Wohnungsbereich heranzuziehen. Das ist purer Zynismus und Roßtäuscherei: Wenn die Mieten des sozialen Wohnungsbaus denen des ‚freifinanzierten' gleichgesetzt werden, wird es für die Mieter privatwirtschaftlicher Wohnungen zwar keine materiellen Vorteile bringen, wenn sich ihre Miete an der von „gemeinnützigen" orientiert, wohl aber haben sie das schöne Gefühl, gleichsam in einer „Sozialwohnung" zu leben. ●

KB/Gruppe Frankfurt, Stadtteilgruppe Bornheim

GEW nach Mainz:

Das letzte Wort müssen die Mitglieder haben!

Der Mainzer Delegierten-Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (5. 6. bis 8. 6. 74) hat als wichtigstes Ergebnis eine bundesweite Satzungsänderung für die GEW verabschiedet. Nach dieser neuen Satzung sollen die bisher selbständigen GEW-Landesverbände zu einer einheitlichen Bundes-Organisation wie in den anderen DGB-Gewerkschaften zusammengefaßt werden. Gleichzeitig werden noch vorhandene demokratische Rechte der Mitgliedschaft in starkem Maße eingeschränkt (auch wie bei den anderen DGB-Gewerkschaften):

In den Landesverbänden soll obligatorisch eine Vertreterversammlung als oberstes Organ eingeführt werden. Für den LV Hamburg bedeutet das die Abschaffung der Hauptversammlung, auf der die Mitglieder bisher das Recht hatten, über die Politik ihrer Gewerkschaft mit zu entscheiden.

Der Mitgliedschaft bzw. ihren Vertretungsorganen (in Hamburg: Vertrauensleuteversammlung) wird das Recht entzogen, darüber zu befinden, ob jemand aus ihrer Gewerkschaft ausgeschlossen werden soll oder nicht. Diese Funktion soll jetzt von angeblich „neutralen" Schiedskommissionen ausgeübt werden. Hier ging es offensichtlich darum, ein praktisches Verfahren zu schaffen, das den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern garantiert, ihre Macht im DGB gegebenenfalls sogar mit Hilfe von Massenausschlüssen zu behaupten.

Die Studenten in der GEW werden auch weiterhin den diskriminierenden Status von Mitgliedern zweiter Klasse (in den wesentlichen Fragen nicht abstimmungsberechtigt) behalten. Der LV Nordrhein-Westfalen, in dem bislang Studenten als GEW-Vollmitglieder zugelassen (und sogar im Vorstand vertreten) sind, soll diese zu „außerordentlichen" Mitgliedern zurückstufen.

Warnstreiks der Landesverbände – sofern es tatsächlich einmal dazu kommen sollte... – bedürfen der Zustimmung durch den Hauptvorstand der Bundes-GEW.

Darüberhinaus peitschten die Gewerkschaftsführer am letzten Tag, buchstäblich um „fünf vor zwölf", die Verabschiedung bzw. Bestätigung des DGB-„Unvereinbarkeitsbeschlusses" gegen „Extremisten" für die GEW durch. Sonst würde sich ja auch der ganze Aufwand mit den Schiedskommissionen nicht lohnen!

Die Art, wie dieser Beschluß durchgebracht wurde, zeigt noch einmal die überhebliche Willkür, mit der diese Herren regieren zu können glauben. Während sich der GEW-Chef Frister mehr oder weniger vornehm zurückhielt, traten als Antragsteller einige Landesvorsitzende auf, die sich bereits als Kommunistenfresser einen Namen gemacht hatten (z.B. Wunder aus Hamburg). Der Einwand, daß Landesvorsitzende als solche satzungsgemäß gar nicht berechtigt sind, selbständige Anträge auf der Bundesdelegierten-Versammlung einzubringen, wurde beiseitegewischt. Zur Begründung der angeblichen Dringlichkeit des Antrags mußte das haarsträubende „Argument" herhalten, es sei tags zuvor ein Artikel über die „linke Unterwanderung der GEW" in der Presse erschienen. Sodann: Antrag auf sofortige Abstimmung; keine Diskussion; Abstimmung – fertig! Der Antikommunismus ist „legitimiert".

Die GEW als Gewerkschaft am Rande des DGB hatte, entsprechend der liberal-demokratischen Einstellung vieler Lehrer, lange Zeit ein relativ hohes Maß an Mitgliederdemokratie zugelassen. Man kann auch sagen, daß die Lehrerverbände, aus denen die GEW hervorgegangen ist, hinsichtlich ihres Verhältnisses zur Demokratie in der Vergangenheit einiges wieder gut zu machen hatten. Mit der jetzigen Satzungsänderung wird die GEW an das „normale" DGB-Niveau angepaßt.

Die demokratische Opposition in Mainz

Während es auf dem Kieler GEW-Kongreß 1971 auch schon hier und da Kritik an der Gewerkschaftsführung gegeben hatte, konnte doch von einer in den Abstimmungen einheitlich auftretenden Opposition keine Rede sein. Dagegen stimmte in Mainz rund ein Viertel der Delegierten in den wesentlichen Punkten gegen die Satzungsänderungen und verweigerte Frister die Zustimmung für den Bundesvorsitz. Auch das ist ein Zeichen für eine zunehmende Polarisierung innerhalb der GEW. Allerdings dominierten unter diesen rd. hundert Delegierten Jusos und linke Sozialdemokraten, während die Kommunisten ähnlich schwach vertreten waren wie die DKP. Als einzige linke Gruppe hatte der KB in Mainz einen Aufruf an die Delegierten zur Ablehnung der Satzungsänderungen verteilt.

Nur in einem einzigen wesentlichen Punkt gelang es den Linken, der Gewerkschaftsführung einen Strich durch die Rechnung zu machen. § 7.3. der neuen Satzung lautet: *„Oberstes Organ der Landesverbände sind die Landesvertreterversammlungen. Über die Gliederung sowie die Anzahl und Zusammensetzung der weiteren Organe der Landesverbände entscheidet die Vertreterversammlung des zuständigen Landesverbandes."* Der vom Hauptausschuß vorgeschlagene folgende Satz wurde jedoch ersatzlos gestrichen: *„Über das für die Bildung von Organen anzuwendende Wahlverfahren* (also auch für die Landesvertreterversammlungen!) *beschließt der Hauptausschuß."*

Hier hatten sich die Gewerkschaftsführer dafür stark gemacht, die Wahlen für gewerkschaftliche Funktionen nicht mehr auf Mitgliederversammlungen, sondern getrennt davon in einer schriftlichen „Urwahl" durchzuführen. Angeblich würde auf den gewerkschaftlichen Versammlungen nur eine „aktive Minderheit" von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und dadurch „Sonderrechte" in der GEW genießen. Demgegenüber seien diejenigen GEW-Mitglieder benachteiligt, die keine Versammlungen besuchen, „aber durch ihre regelmäßige Beitragszahlung ihre Solidarität auch aktiv bekunden". Da gleiches Recht für alle Mitglieder bestehen müsse, sei die Wahl selbst unabhängig von den Wahlversammlungen durchzuführen, auf denen lediglich „Kandidatenvorstellungen" erfolgen sollten. So weit das „Demokratieverständnis" von Frister & Co.

Sollte man diesen Vorschlag nicht konsequent zu Ende denken? Was passiert, wenn die Gewerkschaftsmitglieder ihren Wahlzettel ins Haus geschickt bekommen und trotzdem nur ein Teil von ihnen wählt? Würde dieser Teil dann nicht ein „Sonderrecht" gegenüber den gänzlich passiven Mitgliedern beanspruchen? Da wäre es doch das beste, ganz sicher zu gehen und gar nicht mehr zu wählen, denn gar kein Recht ist gleiches Recht für alle!

Tatsächlich tragen die Gewerkschaftsführer selbst die Verantwortung dafür, daß unter vielen Mitgliedern Passivität und Desinteresse vorherrscht. Und mit diesem Vorschlag stellen sie noch einmal unter Beweis, daß sie ein Interesse an diesem Zustand haben, daß sie ihn beibehalten wollen, daß sie ihn – entsprechend ihrer Politik und ihren Zielen – für optimal halten. Jeder, für den Demokratie nicht nur schöne Worte sind, sondern der davon auch Gebrauch machen will, macht sich in den Augen dieser Herren „elitärer Arroganz" schuldig.

Dieses Wahlverfahren (z.B. für Vertreterversammlungen) würde über die Abschaffung der Hauptversammlung hinaus in letzter Instanz die Zerschlagung aller gewerkschaftlichen Mitglieder-Versammlungen bedeuten. Denn wenn Mitglieder-Versammlungen nicht einmal mehr das elementare Recht haben, ihre Delegierten zu wählen oder auch zur Rechenschaft zu ziehen, werden sie zu völliger Bedeutungslosigkeit degradiert. Sie können Beschlüsse fassen oder es bleiben lassen, und ihre Delegierten können sich daran halten oder auch nicht. Denn satzungsgemäß ist das Ausfüllen eines Wahlzettels daheim am Schreibtisch dann die einzige Möglichkeit der „einfachen" Mitglieder, auf die Politik ihrer Gewerkschaft Einfluß zu nehmen. Dies würde konsequent dazu führen, daß die „gewählten Vertreter" unkontrolliert und unabhängig von der innergewerkschaftlichen Diskussion „ihr Amt ausüben", wie es tatsächlich der überwiegende Zustand in den DGB-Gewerkschaften ist.

Da die „Urwahl" in Mainz scheiterte, werden die Gewerkschaftsführer in den einzelnen Landesverbänden versuchen, dieses Verfahren doch noch durchzusetzen.

Dabei ist es wieder einmal der Hamburger Landesvorstand, dessen Vorgehen nicht einmal ein Minimum von Rechtmäßigkeit für sich in Anspruch nehmen kann. Der Hamburger Vorstand hat schlicht und einfach „beschlossen", daß die Hauptversammlung nicht mehr „existiert". Nach der Logik dieser Herren ergibt sich daraus „zwingend", daß folglich allein der Vorstand selbst befugt ist, ein Wahlverfahren zu beschließen, nach dem eine Landesvertreterversammlung im Herbst gewählt werden soll, die dann im nachherein über Satzungsfragen befinden darf. Damit ist der bisherige Höhepunkt der Willkür dieser Gewerkschaftsführer erreicht. Man sorgt durch ein geeignetes Wahlverfahren für eine Zusammensetzung der Vertreterversammlung, die nachher alles „legitimiert".

Demgegenüber berufen sich die demokratischen Gewerkschaftler darauf, daß die alte Satzung des selbständigen Hamburger Landesverbandes solange in Kraft bleibt, bis die Hauptversammlung eine Änderung dieser Satzung (im Sinne der Mainzer Beschlüsse oder auch nicht) vornimmt: *„Änderungen dieser Satzung können nur von einer Hauptversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erfolgen"* (§ 55). **Das heißt, daß eine Satzungs-Hauptversammlung im Herbst dieses Jahres stattfinden muß, auf der der Hamburger GEW-Landesverband sowohl darüber entscheiden muß, ob er die Beschlüsse des Mainzer Kongresses akzeptiert (und damit seine organisatorische Unabhängigkeit aufgibt) als auch über die Konstituierung einer Landesvertreterversammlung (Wahlverfahren), falls die neue Bundessatzung eine Zweidrittelmehrheit findet.**

Es kann keine Rede von einer demokratischen Legitimation des Mainzer Kongresses sein. Viele Delegierte waren nicht gewählt. Die bisherige Bundes-Satzung schreibt eine solche Wahl auch nicht zwingend vor, sondern nur die „Entsendung" von Delegierten der Landesverbände. Selbstverständlich ist eine solche Regelung nur möglich auf der Basis der völligen organisatorischen Selbständigkeit der Landesverbände. Wenn die Delegierten überhaupt gewählt worden waren, dann ohne politische Diskussion der Satzungsänderungen, die in den allermeisten Landesverbänden (Ausnahme: Hamburg) den Mitgliedern gar nicht bekannt waren. **Der Mainzer Kongreß stellt den Versuch der Gewerkschaftsführer dar, auf kaltem Weg noch bestehende demokratische Rechte innerhalb der GEW zu zerschlagen. Demgegenüber müssen die Mitglieder das Recht für sich in Anspruch nehmen, in den einzelnen Landesverbänden über die Mainzer Beschlüsse zu entscheiden.** (In einer Fortsetzung dieses Artikels werden wir speziell auf die Hamburger Situation eingehen und begründen, warum wir nicht nur wie die meisten anderen Linken eine Satzungs-HV fordern, sondern es auch für richtig halten, die GEW-Mitglieder zur Ablehnung der Mainzer Satzung aufzurufen).

Bündniskommission des KB/ Gruppe Hamburg ●

„Strage di Stato" Prozeß erneut verschoben

Am 12. Dezember 1969 explodierte in der Mailänder Landwirtschaftsbank eine von Faschisten gelegte Bombe und tötete 16 Menschen. Seit nunmehr mehr als viereinhalb Jahren wird der Prozeß gegen die Urheber dieses Attentats immer wieder verschoben. Drei Jahre davon (bis Ende 1972) mußten der von der Bourgeoisie zu Unrecht angeklagte Anarchist Valpreda und weitere anarchistische Genossen in „Untersuchungshaft" verbringen.
Inzwischen sind die faschistischen Mörder bekannt – Ventura, Freda und andere. Aber die Justiz hält an der Version fest, daß Valpreda und seine Genossen am Attentat beteiligt waren, nun eben g e m e i n s a m mit den Faschisten!
Am 10. Juni dieses Jahres wurde der Prozeß gegen Valpreda und die anderen Genossen erneut verschoben; eine Wiederaufnahme ist frühestens im November, wahrscheinlich aber erst 1975 zu erwarten.

Über zwei Jahre vergingen nach dem Mailänder Blutbad, bevor am 23. Februar 1972 in Rom der erste Prozeß gegen die Genossen begann. Kaum zwei Wochen später, am 6. März 1972, erklärte sich das Gericht für „unzuständig" und verwies das Verfahren nach Mailand.

Später wurde dann erklärt, die politische „Atmosphäre" in Mailand sei für den Prozeß nicht gut (mit anderen Worten: es wurden starke Protestaktionen der Linken erwartet), und so wurde der Prozeß, bevor er überhaupt in Mailand wieder aufgenommen werden konnte, nach Catanzaro, einer kleinen Stadt in Süditalien, verlegt.

Inzwischen war, vor allem durch die „Gegenermittlungen" der revolutionären Linken (wobei sich besonders „Lotta Continua" große Verdienste erwarb), die faschistische Urheberschaft am Mailänder Blutbad nachgewiesen worden. Eine starke Bewegung, der sich auch die reformistischen Parteien im Parlament anschließen mußten, verlangte die Freilassung der seit drei Jahren inhaftierten Anarchisten. So wurde Ende 1972 ein Gesetz für Valpreda „maßgeschneidert", daß es erlaubte, die Anarchisten „vorläufig" aus dem Gefängnis zu entlassen – und zugleich aber die gerichtliche Klärung weiter zu verschieben.


Valpreda vor Gericht

Nach vielen neuen Schwierigkeiten begann endlich am 18. März 1974 in Catanzaro der zweite Prozeß gegen Valpreda und Genossen. Am 4. Mai wurde die Einstellung dieses Prozesses und seine Zusammenlegung (!!) mit einem Prozeß gegen die Faschisten Freda, Ventura & Co. angeordnet. Die anarchistischen Genossen sollten also mit den faschistischen Mördern auf dieselbe Anklagebank gebracht werden, damit die bürgerlichen Hetzer ihre Demagogie von „rechts = links" besser ausspielen können. Das leuchtete aber nicht einmal den Richtern von Cantanzaro ein, so daß der Prozeß zunächst trotz der Anordnung fortgeführt wurde. Am 10. Juni wurde dann jedoch endgültig die Einstellung des Prozesses gemäß der Anordnung vom 4. Mai beschlossen. Die bis dahin gelaufenen Verhandlungen – bei denen vor allem verschiedene Polizei-Vertreter, die in die ‚Ermittlungen' nach dem Blutbad verwickelt waren, vor Gericht als Zeugen keine gute Figur gemacht hatten – wurden für null und nichtig erklärt, als hätte es sie nie gegeben.

Ein neuer Prozeß, wohl erst 1975, wird also nochmals bei Null beginnen müssen. Und nach dem Willen der Justiz mit Anarchisten und Faschisten auf derselben Anklagebank. Die anarchistischen Genossen haben gegen diese Ungeheuerlichkeit ihren entschiedenen Protest angekündigt.–

In einer Erklärung Valpredas zur neuerlichen Prozeß-Verschiebung heißt es u.a.: *„Nach fünf Jahren, wo die gesamte demokratische öffentliche Meinung die Wahrheit über unser Schicksal kennt, greift man nochmals zu einer Verschiebung, die sogar die von unserer Verfassung festgelegten Prinzipien verletzt.*

Aber was noch schlimmer ist: diese Maßnahme reiht sich ein in den politischen Rahmen seit 1969, auf der Grundlage der Theorie der „entgegengesetzten Extremismen", die eine Wiedererstehung der faschistischen Gewalt gestattet hat, die in jedem bürgerlichen Staat auf der Basis der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen latent vorhanden ist... Die Komplizenschaft, das Einverständnis, die Finanzierung und die Deckung, die die Faschisten genossen und genießen, sind eine Tatsache, auch wenn sich nach dem Massaker von Brescia alle beeilten, ihre antifaschistische Einstellung zu bekunden; das autoritäre Wesen des Staates ist die einzige Realität, trotz der Worte.." ●

Bombenterror der italienischen Faschisten

Leserbrief

In Genua fand am Freitag, dem 5. Juli ein vierstündiger Generalstreik gegen weitere Preiserhöhungen und Teuerung durch die Rumor-Regierung statt. Dies wurde von den bürgerlichen Zeitungen nur am Rande erwähnt. Stattdessen brachten sie in großer Aufmachung ‚Berichterstattung' über Polizeiaktionen gegen die Linke, angeblich gegen die ‚brigate rosse', die ‚Roten Brigaden', die sich für die Entführung des Staatsanwalts Sossi verantwortlich erklärt hatten (siehe Artikel im AK 45). „Lotta Continua" allerdings berichtet in ihrer Ausgabe vom Freitag über eine Reihe von polizeilichen Hausdurchsuchungen etc. gegen Genossen ihrer Organisation.

Ein Ereignis, das in der westdeutschen Presse ebenso totgeschwiegen wurde, möchte ich hier kurz berichten. (Inwieweit die italienische Presse darüber berichtete, ist mir nicht bekannt.)

Am Freitagabend verließ der Zug ‚Reviera-Expreß' Genua in Richtung Mailand. Sein endgültiges Ziel ist Dänemark via Westdeutschland. Mit ihm reisten zahlreiche deutsche, dänische und holländische Touristen in ihr Heimatland zurück. Ca. fünf Minuten nach seiner Abfahrt wurde der Zug an einem kleinen Bahnhof außerhalb Genuas wieder gestoppt. Rufe auf italienisch scheuchten die Reisenden auf – zuerst verstanden nur wenige, als aber italienische Mitfahrende den Zug verließen, folgten auch panikartig mehr und mehr Ausländer. Es sprach sich herum, daß eine Bombe im Zug sein soll.

Allmählich drang die Information durch, daß eine Bombenwarnung eingegangen war. Alle standen verstört am Rande des Zuges. Nach einiger Zeit trafen zwei (!) Carabinieri ein und begannen mit einigen Eisenbahnern, den Zug zu durchsuchen. Nach einer Viertelstunde wurden die Reisenden aufgefordert, sich vom Zug zu entfernen und an der anderen Seite des Bahnhofs in Sicherheit zu begeben. Trifft man sonst an jedem Flekken Italiens auf haufenweise Polizei, Carabinieri und Militär, so ‚durchsuchten' nun zwei lächerliche Bullen einen ganzen Zug nach einer Bombe!

Nach zwei Stunden (!) durften nach einigem Hin und Her alle in den Zug zurückkehren. Die Bullen gingen noch einmal durch den Zug und sahen nach, ob auch kein Gepäckstück im Zug war, was niemandem gehört und eventuell eine Bombe enthalten könnte. Dann verzogen sie sich wieder. Den Eisenbahnern war nach dieser „gründlichen Observation" wohl nicht ganz wohl zumute. Sie gingen noch einmal von Waggon zu Waggon und leuchteten Achsen und Boden von unten ab. Erst als sie sich selbst überzeugt hatten, daß alles o.k. war, verließ der Zug nach drei Stunden den Bahnhof.

Anschläge auf Züge und Bahngleise gehören seit einigen Jahren zu einem oft benutzten Mittel des faschistischen Terrors zur Anheizung des politischen Klimas und Rechtfertigung verstärkter Repression gegen die Linken. Mir scheint auch diese Bombendrohung eindeutig auf das Konto der Faschisten zu gehen, denn im „Zweifelsfall" hätte sonst die westdeutsche Presse wohl schon am Sonnabendmorgen von „linksextremistischem Bombenterror gegen unschuldige deutsche Touristen" gesprochen.

Ein Hamburger Genosse ●

England: Der Tod eines Provokateurs oder Die legale Kriminalität des bürgerlichen Staates

Am 13. April dieses Jahres wurde der 30-jährige Ire Kenneth Lennon in einem Straßengraben in Südlondon erschossen aufgefunden. Der arme Lennon muß geahnt haben, was da auf ihn zukam, denn er hatte wenige Tage vorher dem Londoner Blues-Sänger George Melly in dem Soho-Nachtclub Ronnie Scotts erzählt, daß er gehetzt und bedroht würde. „Wenn Sie etwas hören über meine Leiche, wie sie daliegt, mit dem Gesicht in einer Pfütze, dann wissen Sie, daß ich die Wahrheit gesagt habe."

Die „Frankfurter Rundschau" schreibt zu diesem Fall: *„Der Schuß auf eine ‚irische Exekution' lag nahe. Man wundert sich nur, daß Morde nach Belfaster Muster bereits im Herzen Englands passieren. Erschrocken ist man jetzt, seitdem bekannt wurde, daß der ermordete Lennon ein Agent des britischen Geheimdienstes gewesen ist. Hätte die Polizei ihrer Majestät ihre Agenten nicht besser schützen können?"*
nicht besser schützen können?"

Damit hätte die IRA also den Mord an Lennon auf dem Gewissen. Bei dieser Version konnte man allerdings nicht lange bleiben. Denn Lennon selbst hatte dafür gesorgt, daß ein Stückchen Wahrheit ans Licht kam; er hatte noch drei Tage vor seinem Ende eine schriftliche Erklärung beim „Nationalen Rat für Bürgerrechte" hinterlegt, aus der hervorging, daß er vom „Special Branch" des britischen Geheimdienstes (Einheit zur Terroristenbekämpfung) wegen kleinerer krimineller Delikte erpreßt worden war.

Man hatte ihn gezwungen, in Irland Spitzeldienste gegen die IRA zu leisten, sich an Aktionen zu beteiligen, selbst Aktionen wie Bombenlegen und Banküberfälle durchzuführen, die dann der IRA in die Schuhe geschoben wurden usw.

Offensichtlich hatte Lennon aussteigen wollen. Auf jeden Fall ist sicher, daß er sehr klare Vorstellungen darüber hatte, aus welcher Ecke ihm Gefahr drohte: In seiner Erklärung heißt es: „Es ist möglich, daß der „Special Branch" mich umbringen wird und es so hinstellen wird, daß es nach einer IRA-Aktion aussieht." (nach „Workers Press" vom 4.5.74) Es wäre ja auch für die IRA nicht ganz logisch, einen Spitzel umzubringen, der gerade über die Methoden des englischen Geheimdienstes ausgepackt hat. Eher hätte die Gegenseite ein Interesse am Schweigen Lennons...

Labour-Innenminister Jenkins ordnete natürlich sofort eine Untersuchung an, die Scotland Yard durchführte. Am 2.5.74 gab Jenkins dann im Parlament bekannt, der Fall sei abgeschlossen, es sei „nicht notwendig, weitere Untersuchungen mehr über die Aktionen der Polizeioffiziere, die in den Lennon-Fall verwickelt seien, durchzuführen". Der „Daily Telegraph" schreibt am 3.5.74: „Aus rechtlichen Gründen könne Jenkins jetzt nicht den Bericht über die Polizeiuntersuchung veröffentlichen. Aber man ist der Meinung, daß darin stehe, Lennon sei ein freiwilliger Informant des „Special Branch" gewesen, der nicht den Rat befolgt habe, sich von kriminellen Aktivitäten fernzuhalten."

Auf den Protest von mehreren Labour-Abgeordneten, die eine „volle und unabhängige Untersuchung" forderten, hatte Jenkins die zynische Bemerkung parat: „Wir müssen klar stellen, daß wir nicht einerseits groß sind im Untersuchen, aber schwach im Aufdekken."!!! (zitiert nach „Daily Telegraph" vom 3.5.74)

Der Beifall der Tory-Opposition war ihm sicher. Der Kommentar vom Innenminister des Schattenkabinetts James Prior: „Wenn das Gesetz und unsere Institutionen angegriffen werden, ist es unbedingt notwendig, daß die Sicherheitskräfte das Vertrauen der ganzen Nation besitzen..." (nach „Workers Press" vom 4.5.74)


Kenneth Lennon: Vom britischen Geheimdienst angeheuert – vom britischen Geheimdienst ermordet...?

Auch die Chefs des „Special Branch" und der Sicherheitskräfte in Nordirland „begrüßten Jenkins festen Standpunkt" („Daily Telegraph"). Verständlich.

Der Fall Lennon ist der zweite innerhalb kurzer Zeit, an dem die Methoden des englischen Geheimdienstes schlagartig deutlich werden. Über den Fall Littlejohn ist kaum Gras gewachsen. Auch hier das gleiche Muster: die Brüder Kenneth und Keith Littlejohn – beide vorbestrafte Kriminelle – waren vom britischen Geheimdienst angeheuert worden, um in der IRA zu arbeiten. Die Littlejohns sagten aus, daß die Bombenexplosionen in Dublin im Dezember 1972, bei denen zwei Menschen getötet und 74 verletzt worden waren, und die der IRA in die Schuhe geschoben worden waren, auf das Konto des britischen Geheimdienstes gingen.

Die Spitzel Lennon und Littlejohn sind nur die Spitze vom Eisberg der Provokationsstrategie der englischen Imperialisten. Es handelt sich hierbei nicht um Ausnahmen, in denen einzelne Geheimdienstler gegen die Dienstvorschriften Kriminelle als Provokateure eingesetzt haben, sondern um eine durchgängig betriebene Praxis, bei der nur zufällig und unangenehmerweise zwei Fälle bekannt geworden sind. Das beweisen auch die Überlegungen von General Frank Kitson, Ausbilder an der Infanterieschule in Warminster, Südengland, die er in seinem Buch „Im Vorfeld des Krieges – Abwehr von Subversion und Aufruhr" dargelegt hat. Kitson vertritt die Auffassung, daß die Armee sog. „Pseudo-Gangs" ausbilden müsse, die als „Streikführer oder aktive Terroristen tätig werden, um die Armee mit Inside-Informationen zu versorgen". Aufgabe dieser Gruppen wäre es, Informationen über Lebensweise, Einkommensverhältnisse und Verhaltensweisen „verdächtiger Bevölkerungskreise" zu sammeln. „So können nicht nur die Rädelsführer, sondern eine gesamte Gruppe ausgeschaltet werden."

Die Vorstellung vom Agenten, der im Ausland an sonnigen Stränden und in Casinos die High Society ausspioniert, wie sie uns in Spielfilmen nahegebracht werden soll, kann man getrost in die Märchenkiste packen.

Sie dient der Verschleierung der wirklichen Aufgabe der Geheimdienste imperialistischer Staaten: die Durchsetzung aller gesellschaftlichen Bereiche (Betrieb, Gewerkschaften, Wohngebiet, Schulen usw.) mit ideologisch, militärisch und informationstechnisch ausgebildeten Kadern des Kapitals. Leute wie Lennon und Littlejohn gehören zu dem weniger qualifizierten Spitzeltrupp, den sich der bürgerliche Staat aus faschistischen Teilen des Kleinbürgertums oder aus der Arbeiterklasse selbst – bzw. aus den niedersten, verlumpten Schichten der Arbeiterklasse – mit erpresserischen Methoden rekrutiert.

Ihre Aufgabe ist es, überall dort, wo sich Widerstand gegen die kapitalistische Unterdrückung regt, den Kampf der Arbeiterklasse auszuspionieren, die geplanten Schritte und ihre Führer zu verraten, durch provokatorische Aktionen Verwirrung zu stiften und den Kampf bei den noch nicht kämpfenden Teilen der Bevölkerung zu diskreditieren. ●

England Linker Student erschlagen

Unter der neuen Labour-Regierung hat sich das Vorgehen des Staates gegen die linke Opposition – wie erwartet – nicht liberalisiert. Ein Beispiel aus der unmittelbar letzten Zeit zeigt, mit welcher Brutalität gegen Menschen vorgegangen wird, die gegen die Faschisierung in England kämpfen.

Am 22.6.74 zogen 10 000 Menschen im Schweigemarsch durch die Londoner Innenstadt. Sie protestierten damit gegen die Ermordung von Kevin Gately. Der 21 Jahre alte Mathematik-Student (Mitglied einer trotzkistischen Gruppe) hatte am 16.6. an einer Protestdemonstration gegen eine rassistische Hetzveranstaltung der faschistischen „Nationalen Front" in London teilgenommen. Die Veranstaltung wurde von berittener Polizei geschützt, die ohne Vorwarnung plötzlich in die Demonstranten hineinritten und von ihren Pferden herunter brutal auf die Menschen einprügelten.

Kevin Gately erhielt dabei einen so schweren Schlag auf den Kopf, daß er bewußtlos auf die Straße fiel und später im Krankenhaus starb.

Zunächst hatte es offiziell seitens Scotland Yard geheißen, Kevin sei an einer „Gehirnblutung ohne äußere Einwirkungen" gestorben. Da aber offensichtlich zu viele Zeugen den tödlichen Schlag gesehen hatten, mußte im offiziellen Obduktionsbericht eine „Gehirnblutung infolge Schlageinwirkung" zugegeben werden.

Zu welchem Zynismus die sozialdemokratischen Führer angesichts der Ermordung eines Antifaschisten in der Lage sind, wird deutlich an folgender kurzer Notiz aus dem sozialdemokratischen „Daily Express" vom 22.6.74: *„Der Chef der Polizei-Gewerkschaft Peter Turner sprach gestern abend in London über die Sorgen seiner Männer über die heutigen Studentendemonstrationen. Er sagte: ‚Sie verlassen ihre Familien und fragen sich dabei, ob sie* (die Polizisten!) *heil zurückkommen.'"* ●


Der 21 Jahre alte Kevin Gately liegt von englischen Bullen erschlagen auf der Straße.

Hamburg, Ausgeschlossenen-Verband gegründet

Im Mai wurde in Hamburg der „Verband ehemaliger Gewerkschafter der DGB-Gewerkschaften" (VeG) gegründet. Diese Gründung ist die Antwort von ausgeschlossenen gewerkschaftsoppositionellen Arbeitern und Angestellten auf die administrative Abtötung der innergewerkschaftlichen Demokratie und den Ausschlußterror seitens der Gewerkschaftsführung.

Nachstehend drucken wir einen Brief ab, den wir Mitte Juni vom Verband zugeschickt bekamen:

Verband ehemaliger Gewerkschafter der DGB-Gewerkschaften
Hamburg, den 10.6.74

Liebe Freunde und Genossen!
Wie Euch sicherlich bekannt ist, wurden Anfang 1974 elf Kollegen der Reichhold-Albert Chemie AG in Hamburg – Betriebsräte, ehemalige Vertrauensleute und Jugendvertreter – aus der IG Chemie ausgeschlossen.

Die Gewerkschaftsführer begnügten sich allerdings nicht mit dem Ausschluß, sondern verfolgten die Kollegen auch weiterhin. Inzwischen laufen bereits zwei Gerichtsverfahren gegen die Reichhold-Kollegen. Diese weiteren Angriffe der Gewerkschaftsführer dienen zum einen der Einschüchterung und dem direkten politischen Verbot, z.B. bestimmte Dinge über die Gewerkschaftsführer zu äußern, zum anderen sollen die Kollegen durch hohe Gerichts- und Anwaltskosten finanziell fertig gemacht werden.

In der als Anlage beigefügten Broschüre „Der Rat der Götter" veröffentlichen wir die beiden Verfahren: IG Chemie-Führung gegen Kollegen der Reichhold-Albert Chemie.

Die Broschüre wird herausgegeben vom „Verband ehemaliger Gewerkschafter der DGB-Gewerkschaften". In diesem Verband haben sich Kollegen zusammengeschlossen, die in jüngster Zeit aus den DGB-Gewerkschaften wegen oppositioneller Anschauungen ausgeschlossen wurden. Der Verband stellt keine „Gegen"-Gewerkschaft oder „Revolutionäre Gewerkschaft bzw. Gewerkschafts-opposition" dar. Unserer Ansicht nach würden derartige Pläne von der realen gesellschaftlichen Situation und der tatsächlichen Schwäche der linken Gewerkschaftsopposition absehen. Die übergroße Mehrheit der Arbeitnehmer ist eben in den bestehenden DGB-Gewerkschaften organisiert und hat sich noch nicht von der verräterischen Politik ihrer Führungen gelöst. Sich durch die Gründung von Gegengewerkschaften freiwillig von dieser Mehrheit abzusondern, halten wir für schädlich. Allerdings bedeutet dies nicht, daß wir jetzt auf eine eigene Organisierung verzichten werden, nachdem die Gewerkschaftsbürokratie uns durch Ausschluß von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern zu trennen versucht, – nachdem sie uns also vor die Alternative stellt, entweder klein beizugeben oder organisiert weiter für eine Arbeiterpolitik in den Gewerkschaften zu kämpfen.

Oberstes Ziel unseres Verbandes ist die „Wiederaufnahme ausgeschlossener Gewerkschafter in eine DGB-Gewerkschaft zu betreiben" und alle „vom Ausschluß bedrohten Gewerkschaftsmitglieder in materieller und publizistischer Form zu unterstützen" (Satzung des Verbandes). Zudem wird der Verband alles in seinen Kräften stehende tun, um die Weiterführung fortschrittlicher gewerkschaftlicher Arbeit in den Betrieben zu unterstützen.

Die Mitgliedschaft in unserem Verband erlischt automatisch mit der Wiederaufnahme in eine DGB-Gewerkschaft.

Wir wenden uns heute an Euch mit der Bitte, unsere Broschüre zu verbreiten, und damit den Reichhold-Kollegen in propagandistischer und finanzieller Hinsicht gegen die rechten IG Chemie-Führer zu helfen. Wir danken Euch schon jetzt und sind jederzeit gern bereit, ähnliche Fälle, mit denen Ihr Euch an uns wendet, zu unterstützen, soweit es unsere Kräfte zulassen.

Mit sozialistischen Grüßen
Verband ehemaliger Gewerkschafter der DGB-Gewerkschaften

Wir halten die Verbands-Gründung durch die ausgeschlossenen Gewerkschaften für richtig; die KB-Genossen der Betriebszelle haben diese Gründung deshalb aktiv mit vorangetrieben. Der Verband steht ausgeschlossenen Gewerkschaftern auch anderer Betriebe und Branchen offen. Der Verband konzentriert sich auf den materiellen und juristischen Schutz seiner Mitglieder, sowie auf den Kampf um Wiederaufnahme in eine DGB-Gewerkschaft. Er bemüht sich um kollektive und organisierte Diskussion und Erfahrungsaustausch seiner Mitglieder bei der Bewältigung der gemeinsamen Probleme (Wiederaufnahme), sowie um Herstellung möglichst enger Beziehungen zu demokratischen, oppositionellen und sozialistischen Gruppen innerhalb der DGB-Gewerkschaften, d.h. es ist politisches Ziel der Verbandsmitglieder, auch weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, um am betrieblichen und innergewerkschaftlichen Kampf sich zu beteiligen.

Die Verbandsgründung hat innerhalb der sich kommunistisch nennenden Bewegung Hamburgs einigen Wirbel ausgelöst.

KBW hetzt gegen die Reichhold-Linke

Der KBW (vormals als KG, davor als SSG bekannt) bemüht sich schon seit langem, bei Reichhold Fuß zu fassen. Vor den Gewerkschafts-Ausschlüssen ignorierte der KBW in seiner Presse die o r g a n i s i e r t e linke Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, stellte sie als „spontane Bewegung der Kollegen" dar, um so in schulmeisterhafter Pose den Kollegen mit diesem oder jenem geistreichen Ratschlag zu kommen ... ohne Erfolg allerdings. Im Kampf um den Wiederaufbau des Vertrauenskörpers (nach dessen administrativer Auflösung durch die IG-Chemie-Führer), sowie im Kampf um die Abwehr der Gewerkschaftsausschlüsse ward der KBW nicht gesehen. Im Betriebsrats-Wahlkampf riet er den Kollegen dann mit einer lauen Erklärung zur Stimmabgabe für die linke Liste (der Ausgeschlossenen), sparte allerdings nicht mit Demagogie gegen die Linken. Nach Gründung des Verbandes ist die Argumentation des KBW gegenüber den Linken von der der DKP nicht mehr zu unterscheiden: offene Hetze gegen die Ausgeschlossenen vom Standpunkt der (sozialdemokratischen) „Einheit" des DGB.

Ein Beispiel mag den schweinischen und demagogischen Charakter der KBW-Argumentation gegenüber den Ausgeschlossenen demonstrieren. Als anläßlich der letzten Tarifrunde die Ausgeschlossenen eine einheitliche Lohn-Forderung von 300 Mark (linear) in einem „offenen Brief an die Mitglieder der Tarifkommission" propagierten, hetzte die KBW-„Betriebs"postille vom 10.4.74 dagegen (und empfahl statt dessen die inzwischen beschlossene ‚offizielle' Forderung der IG-Chemie den Kollegen als Basis für den „Zusammenschluß", „einheitlichen Kampf" etc.). Das spezielle KBW-„Argument" gegen die 300-Marks-Forderung (die vor der TK-Entscheidung aufgestellt wurde): *„Sie (die 300-Marks-Forderung) ist in keinem gewerkschaftlichen oder betrieblichen Gremium diskutiert, geschweige denn beschlossen worden."*

Mal abgesehen davon, daß es nach Auflösung des VLK bei Reichhold gar kein gewerkschaftliches Gremium mehr gibt; mal abgesehen davon, daß das einzige betriebliche Gremium bei Reichhold – der Betriebsrat – mehrheitlich von anti-gewerkschaftlichen Rechten, sowie von Sozialdemokraten besetzt ist (die freilich eine lineare Forderung ohnehin ablehnen würden) und nicht befugt ist, überhaupt Tarif-Forderungen zu beschließen; mal abgesehen davon, daß es gewissermaßen in der Natur der Sache liegt, daß Forderungen von Ausgeschlossenen nicht in solcherart Gremien beschlossen werden können und die 300-Marks-Forderung auch ausdrücklich als „Vorschlag der Ausgeschlossenen" für die betriebs- und gewerkschaftsinterne Diskussion gekennzeichnet wurde; mal abgesehen davon, daß also dieses KBW-„Argument" saublöd ist und allein zum Zweck der demagogischen Hetze (gegen die Reichhold-Linke) aufgeführt wurde, wird in diesem Zitat doch der KBW-typische Gewerkschafts-Legalismus propagiert (der den bürgerlichen Machthabern innerhalb des DGB direkt in die Hände arbeitet) und der in diesem Fall so weit geht, ausgeschlossenen Kollegen die bloße Meinungsäußerung ankreiden (verbieten?) zu wollen.

In mündlichen Gesprächen wettern die KBW-Leute über die Verbandsgründung als „offen spalterische RGO-Politik". Ein studentisches KBW-Mitglied, das wenige Wochen bei Reichhold arbeitete und aus politischen Gründen wieder gefeuert wurde, verweigerte mit diesem „Argument" (RGO) die leihweise Herausgabe seines Kündigungsschreibens zu dokumentarischen Zwecken gegenüber Mitgliedern des Verbandes. Das Niveau innerorganisatorischer „Verarbeitung" der Gewerkschaftsausschlüsse bei Reichhold im Hamburger KBW, mögen die Schnacks einiger ihrer studentischen Mitglieder an der Hamburger Universität zeigen:

Danach haben die *„Ausgeschlossenen selbst Schuld".* Die Ausschlüsse seien Ausdruck und *„Ergebnis einer falschen Politik"* der Linken und speziell des KBs. Die Reichhold-Linken seien **„Gewerkschaftsfeinde."** Selbstredend können die KBW-Studenten die angeblichen „Fehler" der Reichhold-Linken nicht konkret benennen. Aber *„bei richtiger Politik hätten Ausschlüsse vermieden werden können: das ist doch logisch!"*

Die einzige Politik (richtige Politik?), die garantiert im DGB nicht zum Ausschluß führt, ist allerdings bürgerliche Politik und zwar in ihren rechten Schattierungen. Schon linkssozialdemokratische, ehrlich-reformistische Politik muß heute mit dem Ausschluß rechnen. Zweifellos mausert sich der KBW in diesem Sinn.

Erfreulich beim KBW ist allerdings, daß er keinerlei Einfluß bei Reichhold hat. Auch nach über einjähriger intensiver Bemühung ist er noch nicht über den Schritt einer bloß papiernen „Arbeit" hinausgekommen (jede Menge Flugblätter und „Betriebs"-Zeitungen), „organisatorisch abgesichert" bloß durch eine „Zelle am Betrieb" (ohne Kontakte im Betrieb), bzw. zeitweise durch eine „Ein-Mann-Betriebszelle", die obendrein noch „verdeckt arbeitet", also sich nicht in praktischer Hinsicht betätigt, was offenbar wiederum Ergebnis einer – vom KBW so verstandenen – „richtigen Politik" angesichts der drohenden Rausschmisse und Gewerkschafts-Ausschlüsse ist.

DKP bekämpft Solidarität mit den Ausgeschlossenen

DKP bekämpft Solidarität mit den Ausgeschlossenen

Die DKP tritt bei Reichhold nicht öffentlich auf, ist aber durch einige Mitglieder ihrer Jugendorganisation (SDAJ) unter den Lehrlingen aktiv. Im Gegensatz zur Situation in anderen Betrieben haben diese SDAJ'ler nicht in allen Phasen der Auseinandersetzung zwischen SPD (und IG-Chemie-Führung) einerseits und der Reichhold-Linken andererseits offen auf Seiten der SPD Stellung bezogen, waren oft wankelmütig, liessen auch schon mal ein gutes Haar an den Linken, machten die schlimmsten Schweinereien nicht mit. In der Frage der Gewerkschafts-Ausschlüsse haben sie bis zum Schluß anscheinend eine „differenziertere Haltung" eingenommen (gegen administrativen Ausschluß, für eine Diskussion, um die Positionen der Linken niederzukämpfen). Diese eigentlich untypische Haltung der DKP hat ihre Ursache im speziellen innerbetrieblichen Kräfteverhältnis, also in der relativen Stärke der Linken (die unter den Gewerkschaftsmitgliedern sogar demonierend ist), sowie in der eigenen Schwäche und der der SPD bei gleichzeitig relativer Stärke der antigewerkschaftlichen Rechten.

Ein Indiz dafür, daß die „differenzierte Haltung" der DKP bei Reichhold bloße Taktiererei gegenüber den Linken war, mag eine universitäre Veranstaltung (Veranstalter: MSB, Studentenorganisation der DKP) zu Reichhold sein, auf der auch die SDAJ'ler gegen die Reichhold-Linke offen hetzten, sie als „Gewerkschafts-Feinde" verleumdeten usw. Nach vollzogenem Gewerkschaftsausschluß – also nachdem die SPD jeglicher Taktiererei gegenüber der Linken einen administrativen Riegel vorschob – änderte sich auch die Haltung der SDAJ im Betrieb. Anläßlich der jüngsten Jugendvertreter-Wahlen wurden jugendliche Gewerkschaftsmitglieder, die (auf der Basis eines gemeinsamen Programms) mit ausgeschlossenen Jugendlichen auftreten wollten, von SDAJ'lern öffentlich mit Gewerkschafts-Ausschluß und Denunziation (gegenüber den IG-Chemie-Führern) bedroht. Die Ausgeschlossenen werden seitdem auch im Betrieb öffentlich als „Gewerkschafts-Feinde" „Chaoten" u.a. diffamiert.

„KPD" warnt vor RGO

Eine besonders ulkige Stellungnahme zur Verbandsgründung war aus Kreisen der Hamburger „KPD" zu hören, die noch bis vor kurzem die Propagierung einer „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition" (RGO) sich zur gewerkschaftlichen Hauptaufgabe setzten.

Um sich den Schlägen der Gewerkschaftsführer listig zu entziehen, hat die „KPD" inzwischen diese Parole fallengelassen zugunsten der Propaganda zur „Stärkung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung" und des Aufbaus „öffentlich auftretender" sogenannter „Gewerkschaftsoppositioneller Gruppen" (GOGs). – Entgegen sonstiger freudiger Bekenntnisse zur RGO, reagierten die „KPD"-Genossen über die Verbandsgründung ganz entgeistert, und der Hamburger „KPD"-Führer L... (Mitglied des „ZK" empörte sich anläßlich eines Fußballspiels zwischen KB und „KPD" (4:2 – vgl. AK 46, Seite 29), da hätten wir ja eine RGO gegründet!...

Die tatsächliche Bewegung, die reale Entwicklung der Arbeiterbewegung und speziell der Arbeiterlinken

Die tatsächliche Bewegung, die reale Entwicklung der Arbeiterbewegung und speziell der Arbeiterlinken – und nicht papierne „Programme", wunderschöne „revolutionäre Aufrufe" und sonstige Absichtserklärungen – wird gesetzmäßig die sich kommunistisch nennende Bewegung scheiden in konsequente Klassenkämpfer und Revolutionäre einerseits und Opportunisten aller Schattierungen andererseits. Insofern sind wir nicht betrübt über den zunehmend zutage tretenden Rechtsopportunismus, das Kapitulantentum vorm Klassenfeind vom KBW, „KPD" und DKP.

Betriebszelle Reichhold
KB-Gruppe Hamburg

Wie im Arbeiterkampf 44 berichtet, versucht die Gewerkschaftsführung
siert weiter für eine Arbeiterpolitik
Hamburg,
schlüssen ignorierte der KBW in seiner
dieses KBW-„Argument" saublöd ist

Hamburg, Revisionistischer Anwalt fordert Revers von Reichhold-Kollegen

Wie im Arbeiterkampf 44 berichtet, versucht die Gewerkschaftsführung jetzt, die elf aus der IG-Chemie ausgeschlossenen Reichhold-Kollegen mit Hilfe der bürgerlichen Gerichte fertigzumachen. So wurde den Kollegen per einstweiliger Verfügung verboten, belegbare Tatsachen über Politik und Praxis der IG-Chemie-Führer weiter zu verbreiten. Die teuren und langwierigen Prozesse zielen darauf ab, die Kollegen einzuschüchtern und sie vor den Konsequenzen einer klassenkämpferischen Politik zurückschrecken zu lassen. Auf dieser Ebene wurden die ausgeschlossenen Reichhold-Kollegen jetzt noch von einer anderen Seite provoziert: von dem Rechtsanwalt (RA) Wessig.

Die Reichhold-Kollegen hatten den RA Wessig mit ihrer Rechtsvertretung beauftragt. Wessig war als fortschrittlicher Anwalt bekannt, der in den 60er Jahren zusammen mit dem DDR-Anwalt Kaul die verbotene KPD in einigen Prozessen verteidigte.

Die Reichhold-Kollegen mußten mit Wessig einige böse Überraschungen erleben: Kurz vor Fristablauf für die Einreichung eines wichtigen Schriftsatzes bei Gericht erreichte die Reichhold-Linken ein Brief von Wessing, in dem es hieß:

„Bevor ich in der Sache weiter tätig werde, bitte ich aber folgende Frage zu klären:

Ich muß von den Beteiligten (den ausgeschlossenen Reichhold-Kollegen – Anm. AK) *eine klare Erklärung haben, daß sie gegen Gewaltanwendung sind und nicht als Gegner des Grundgesetzes (!!) bezeichnet werden können. Ich bin nicht in der Lage, solche Personen, die als Verfassungsgegner zu bezeichnen sind (!!), zu vertreten. Als Anwalt, der in der Hamburger Rechtsanwaltschaft eine gewisse Rolle spielt (!), kann ich mir eine verfassungsfeindliche Tätigkeit (!) nicht erlauben und will das auch nicht."*

Was bisher weder die IG-Chemie-Führer noch die bürgerlichen Gerichte geschafft hatten, nämlich die ausgeschlossenen Kollegen politisch mundtot zu machen, das versuchte nun RA Wessig mit seinem Revers. Besonders übel an dieser Erpressung war für die ausgeschlossenen Kollegen, daß sie dadurch kurz vor Ablauf einer wichtigen Eingabefrist ohne juristische Hilfe waren.

Auf diese Provokation hin wurde Wessig sofort das Mandat entzogen. In ihrem Antwortschreiben fragten die Kollegen, was Wessig denn unter „Verfassungsfeind" versteht: *„Halten Sie es nicht für verfassungs- und Menschen-feindlich (entgegen der Menschenrechtskonvention), wenn Menschen behördlicherseits anderthalb, zwei oder mehr Jahre ohne Gerichtsverhandlung im Gefängnis sitzen, wie Ihnen ja sicher bekannt sein wird?*

Halten Sie es nicht für verfassungsfeindlich, daß trotz des im Grundgesetz verbrieften Rechtes auf freie Meinungsäußerung und Freiheit der Weltanschauung die Kommunistische Partei Deutschlands seit 1956 verboten ist und ihre Mitglieder verfolgt und in die Gefängnisse gesteckt wurden?

Oder halten Sie es für verfassungsfeindlich, diese Verfassungswirklichkeit zu kritisieren, die Menschenfeindlichkeit dieser gesellschaftlichen Realität anzuprangern und gegen die oben genannten Mißstände zu kämpfen?"

Aus Wessigs Erklärung geht hervor, daß er sich die Definition der „Verfassungsfeindlichkeit" zu eigen gemacht hat, die diejenigen vertreten, die von der Verfassungswirklichkeit profitieren.

Sehr aufschlußreich ist auch der Hinweis Wessigs auf die „gewisse Rolle", die er in der Hamburger Anwaltschaft spielt. Damit grenzt er sich von den linken Anwälten und von seiner eigenen politischen Vergangenheit ab. Da Wessig politisch der DKP sehr nahe steht, liegt die Vermutung auf der Hand, daß er durch direktes Eingreifen von Seiten der DKP- oder Gewerkschaftsführung zu dieser Erklärung veranlaßt worden ist.

Eine besonders üble Provokation leistet sich Wessig in demselben Brief noch gegen den Rechtsanwalt Groenewold. Er fordert die Reichhold-Kollegen auf, wenn eine „verfassungsfeindliche" Tätigkeit vorliege, (wenn sie also seinen Revers nicht unterschreiben wollten) *„Herrn Rechtsanwalt Kurt Groenewold mit der Angelegenheit zu beauftragen."*

In ihrer Antwort weisen die Reichhold-Kollegen richtig darauf hin, daß Wessig dadurch die Berufsausübung der RA Groenewold indirekt als „Verfassungsfeindliche Tätigkeit" bezeichnet. *„Da wir davon ausgehen, daß bei diesem Angriff der genannte Rechtsanwalt stellvertretend für andere fortschrittliche Anwälte steht, zielt diese zynische Bemerkung, neben der persönlichen Diffamierung, auf die Unterstützung und Vorantreibung der von der Bundesregierung längst eingeleitete Politik, linke und kommunistische Anwälte aus politischen Verfahren auszuschliessen, sie materiell zu liquidieren und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und zu kriminalisieren."*

Inzwischen haben die Reichhold-Linken mit einem anderen Rechtsanwalt neue juristische Schritte eingeleitet. Das Verhalten Wessigs zeigt aber, daß die Kollegen, die aus Betrieben oder Gewerkschaften geschmissen werden, damit rechnen müssen, auch von Seiten ihrer juristischen Berater unter Druck gesetzt zu werden. ●

Genossen des „Initiativkomitees Arbeiterhilfe"

VDM, Frankfurt: Ausbilder prügelt Lehrling

Anfang Mai wurde bei VDM (Vereinigte Deutsche Motorenwerke) ein Auszubildender von dem Ausbildungsmeister so verprügelt, daß er mehrere Tage krankgeschrieben wurde.

Nach der Arbeit lieferten sich mehrere Auszubildende im Waschraum eine Wasserschlacht, bei der sie sich gegenseitig mit einem Wasserschlauch bespritzten. In dem Moment, als der betroffene Auszubildende den Wasserschlauch in der Hand hatte, kam der Meister zur Tür rein und landete genau im Wasserstrahl. Daraufhin ließ er von einigen Auszubildenden die Tür zuhalten und rannte dem „Schuldigen" nach. Als er ihn erwischte, klemmte er den Kopf des Lehrlings unter seinen Arm, um ihn am Weglaufen zu hindern und schlug mehrmals mit der Faust auf seinen Rücken ein. Das Ergebnis waren mehrere Prellungen. Der Kollege ging sofort zum Werksarzt und wurde krankgeschrieben.

Als der Geschäftsführer von dem Vorfall erfuhr, meinte er, man solle das nicht so ernst nehmen, es sei eine Reflex-Handlung gewesen, und er habe das auch schon gemacht.

Die Jugendvertretung beantragte Entlassung des Meisters, was vom Betriebsrat abgelehnt wurde. Die Jugendvertretung wollte daraufhin Aussetzung des Betriebsratsbeschlusses beantragen, um doch noch eine Entlassung zu erreichen. Dieses Vorhaben konnte jedoch nicht durchgeführt werden, da mit diesem Antrag zu lange gewartet wurde. Außerdem stimmte bei einer Befragung der größte Teil der Auszubildenden gegen die Entlassung, nachdem sie durch eine Ansprache der Geschäftsleitung entsprechend eingeschüchtert worden waren. Sie hatte ihnen mit noch „schärferen Maßnahmen" gedroht.

Der Vater des verprügelten Kollegen stellte bei der IGM einen Antrag auf Rechtsschutz und wollte den Meister verklagen. Bevor es jedoch zu einem Prozess kam, einigte sich die VDM mit dem Vater und dem Betroffenen in einem Vergleich, ein „angemessenes" Schmerzensgeld zu zahlen, dem Meister eine Verwarnung (!) auszusprechen und die Sache damit abzuschließen. ●

KB/Gruppe Frankfurt

Norddeutsche Affinerie

Jugendvertreter gewann in erster Instanz
Fristlose Kündigung vom Arbeitsgericht zurückgewiesen



Wie wir in der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF bereits berichteten, endeten die Jugendvertreter-Wahlen auf der Norddeutschen Affinerie mit einem Sieg linker Kollegen. Hierbei sprachen die Lehrlinge besonders dem zu diesem Zeitpunkt gerade fristlos entlassenen Jugendvertreter-Kandidaten Peter T. ihr Vertrauen aus und wählten ihn mit großer Mehrheit.
Sehr zum Verdruß der Affi-Kapitalisten, die alles daransetzten, diesen Kollegen daran zu hindern, in die Interessenvertretung der Auszubildenden und Jungarbeiter gewählt zu werden. Hierbei wußten sie sich letztlich mit keinem anderen Mittel mehr zu helfen als mit der fristlosen Kündigung Peters vier Werktage vor der Jugendvertreter-Wahl, was den bisherigen Höhepunkt im „Wahlkampf" durch die Geschäftsleitung darstellt.

Ganz so wie nach den Vorstellungen der NA-Herren lief es aber nicht. P.T. nahm die fristlose Kündigung nicht widerstandslos hin, sondern beantragte beim Arbeitsgericht eine Einstweilige Verfügung, die aufgrund seiner ausführlichen Darstellung und Entkräftung der vorgeschobenen Kündigungsgründe erwirkt wurde.

Wer jetzt allerdings davon ausging, daß die Geschäftsleitung den Kollegen P.T. wieder ausbildet und nicht an der 'Jugendvertreter-Wahl behindert, sah sich arg getäuscht. Ähnlich wie bei den beiden entlassenen Jugendvertretern von HDW liessen die Kapitalisten die Ausbildung in einer sog. überbetrieblichen Lehrwerkstatt fortsetzen und verweigerten ihm gleichzeitig den Zutritt zum Betrieb.

Merkwürdig: Ein Kollege, entlassen mit der Begründung, er habe *„provozierend langsam gearbeitet"*, sei *„laufend zu spät gekommen"* etc., ist der Geschäftsleitung trotzdem soviel wert, daß sie jeden Tag ca. 36,– DM Kursusgebühren bei der Handwerkskammer zahlt, bloß damit dieser Kollege nicht wieder in den Betrieb kommt! Spätestens hier wird die Absicht der Geschäftsleitung offensichtlich: Es geht darum, einen gewerkschaftlich und politisch aktiven Jugendvertreter von seinen Kollegen zu trennen.

P.T. war erneut gezwungen, das Arbeitsgericht einzuschalten, und beantragte eine Vollstreckungsklage auf Beschäftigung in den Betriebsstätten. Zusätzlich war es für ihn notwendig geworden, eine zweite Einstweilige Verfügung zu beantragen, um seinen bei der Kündigung abgenommenen Werksausweis wiederzubekommen, der Voraussetzung für das Betreten des Werksgeländes ist.

Jetzt war für die Geschäftsleitung der Zeitpunkt erreicht, um zum Gegenschlag auszuholen. Nachdem im Betrieb die verschiedensten Gerüchte verbreitet wurden (wobei sich als die aktivsten Gerüchtestreuer mal wieder die Mehrheit des Betriebsrates zur Verfügung stellte, vor allem der BR-Vorsitzende B. Oldag, der es fertigbrachte, anstelle der Geschäftsleitung auf einer Betriebsversammlung die Kündigung zu verteidigen) sollte der Kollege P.T. auch juristisch in 'die Knie gezwungen werden.

Mit zwei Widersprüchen gegen sämtliche bisher von P.T. erwirkten vorläufigen richterlichen Entscheidungen sollte die fristlose Kündigung wieder, diesmal mit Brief und Siegel des Arbeitsgerichtes, durchgesetzt werden. Hierbei gab die Geschäftsleitung sich alle erdenkliche Mühe, von einer politischen Kündigung abzulenken, indem sie auf ca. 15 (!) Seiten das angebliche „Desinteresse" und die „arbeitsscheue Einstellung" des Kollegen glaubhaft zu machen versuchte. Als „Untermauerung" dienten, um das Werk komplett zu machen, sieben (!) eidesstattliche Erklärungen von Meistern, Ingenieuren, dem Ausbildungsleiter etc., die allesamt „bestätigten", daß P.T. „faul" und „uninteressiert" sei. Man machte es sich also nicht leicht auf Seiten der Geschäftsleitung!

So wurde dann vom Arbeitsgericht gut eine Woche nach dem Erhalt des Widerspruchs der Norddeutschen Affinerie ein mündliches Anhörungsverfahren angesetzt, bei dem über Aufrechterhaltung oder Verfall der beiden Einstweiligen Verfügungen entschieden werden sollte.

Die Affi-Kapitalisten, sich ihres Erfolges anscheinend sicher, verzichteten auf das Mitbringen von Zeugen; während für P.T. zwei Kollegen von der Affi aussagen wollten, wovon jedoch nur einer beim Prozeß erscheinen konnte. Dem anderen wurde, da das Verfahren während der Arbeitszeit stattfand, von den Affi-Kapitalisten verboten, zu diesem Prozeß als Zeuge für P.T. zu erscheinen.– Angeblich, so die Geschäftsleitung, würden nur Einladungen vom Arbeitsgericht akzeptiert...

Während des Verfahrens erwies es sich schnell als höchst schwierig für die Rechtsvertreter der Firma, die Pauschalvorwürfe konkret nachzuweisen. Und so gelang es den Rechtsanwälten der Affi nicht, auch nur einen der acht Kündigungsgründe glaubhaft zu machen und als ausreichend für eine fristlose Kündigung darzustellen.

Das Gericht entschied in seinem Urteil daraufhin vorläufig zu Gunsten von P.T. Die Norddeutsche Affinerie hat ihn, dem Urteil zufolge,

- weiter auszubilden und
- im Betrieb zu beschäftigen;
- tut sie das nicht, so ist eine Geldstrafe von täglich 500,- DM fällig;
- die NA darf Peter nicht am Betreten des Werksgeländes hindern, ebensowenig in der Ausübung seiner betrieblichen Rechte.
- Die Kosten des Verfahrens bezahlt zu Dreiviertel die NA, zu einem Viertel der Kollege (wieso eigentlich? !)

Betriebszelle Noddeutsche Affinerie
KB/Gruppe Hamburg

Vertrauensleutesitzung vom 17. Juli

Am 17. Juli fand eine Vertrauensleutesitzung auf der NA statt. U.a. referierte eine Angestellte des DGB über den „Kündigungsschutz" – natürlich „nur so", ohne konkreten Bezug zu P.T.'s Fall. Als daraufhin etliche Vertrauensleute über die Sauereien mit dem Jugendvertreter P.T. diskutieren wollten und den IG-Chemie-Betriebsräten unsolidarisches Verhalten bei der mehrheitlichen Bestätigung der Kündigung und ihrer Rechtfertigung auf der Betriebsversammlung vorwarfen, empörte sich Bühler (Sekretär der IG Chemie), „dies sei ein schlechter Stil" und das „könne Konsequenzen" haben. Die rechten Betriebsräte verließen demonstrativ die Versammlung: „Wir lassen uns doch nicht anmachen".

Bühlers Verhalten ist ein Beispiel mehr für die arbeiterfeindliche Verlumpung der Hamburger IG-Chemie-Führung: Ohne mit der Wimper zu zucken, betreibt dies Gesindel zusammen mit der Geschäftsleitung eine rechtswidrige Kündigung, die die materielle Existenz eines Auszubildenden gefährdet, spielt dann bei Kritik an solchem Verhalten noch den Scheinheilig-Empörten und droht „Konsequenzen" an.

Gewerkschaftsführer —

Der Betriebsratsvorsitzende der Texaco-Hauptverwaltung und ein freigestelltes Mitglied des BR und einziger IG-Chemie-Vertreter der Hauptverwaltung in der Tarifkommission sollen aus der IG-Chemie ausgeschlossen werden!

So beschlossen am 8. Juli vom Hamburger Verwaltungsstellenvorstand, angeblich auf Verlangen von 21 Betriebsräten und Vertrauensleuten der drei Hamburger Betriebsteile Hauptverwaltung, Wilhelmsburg, Grasbrook.

Gleichzeitig mit dem Ausschlußantrag *„ruhen ab sofort Ihre Rechte und Pflichten als Mitglied"* (Schreiben des Verwaltungsstellenvorstandes). Einer der „Willkürparagraphen" der IG-Chemie Satzung – Funktionsentzug ohne Klärung der Vorwürfe – kommt somit zur Anwendung!

Der Ausschlußantrag ist die direkte Folge einer schweren Schlappe der Gewerkschaftsführer der Texaco-Hauptverwaltung und in Wilhelmsburg: Anläßlich der Aufsichtsratswahl (AR) hatte es dort eine öffentlich geführte Auseinandersetzung zwischen Bürokraten und den beiden Betriebsräten um die Mitbestimmung gegeben (siehe AK 46). Das hatte dazu geführt, daß 60% der Kollegen die Wahl boykottierten. Dieser Erfolg der Linken ist umso höher zu bewerten, wenn man weiß, daß die Wahlbeteiligung 1971 in diesem Bereich bei 76% lag und daß in den Werksteilen, wo es keine Auseinandersetzung gab, über 80% der Kollegen dem Mitbestimmungsschwindel folgten (wegen des u. E. exemplarischen Charakters dieser Auseinandersetzung haben wir sie zu einer Broschüre zusammengestellt – Bestellungen beim Verlag möglich).

Der Ausschlußantrag und Funktionsentzug ist gleichzeitig der bisherige Höhepunkt im Vorgehen der Verwaltungsstelle zur Zerschlagung der linken Mehrheit der gewerkschaftlichen Kollegen in der Hauptverwaltung und in Wilhelmsburg.

Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer spielen die „Basis"!

Direkt nach ihrer Wahlschlappe in Hamburg schlugen die Gewerkschaftsführer zu. Von ihren engsten Anhänger ließen sie sich selbst dazu „auffordern", das Ausschlußverfahren einzuleiten.

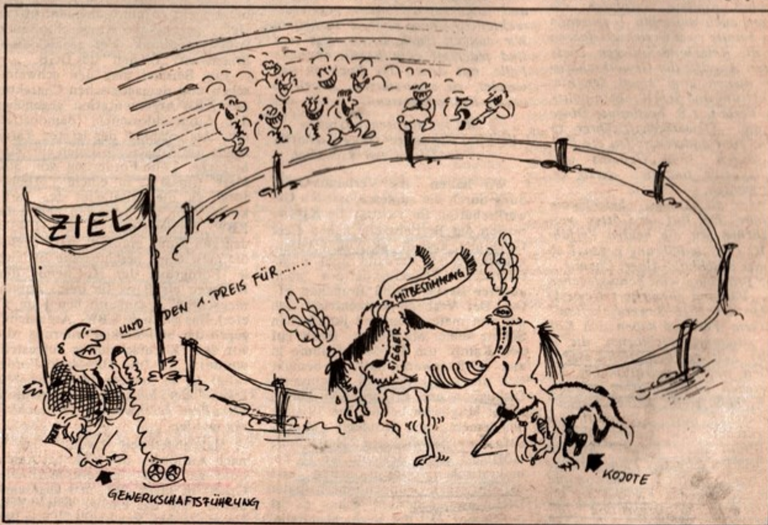
Hierzu benutzten sie besonders den Vertrauensleutekörper Grasbrook, den sie schon vorher – nicht zuletzt für diesen Coup – von allen linken Kollegen „gesäubert" hatten. (Schon vier linke Vertrauensleute wurden hier in diesem Jahr ausgeschlossen, wesentlich mehr Vertrauensleute wurden durch die antikommunistische Hetze – häufig einziger Diskussionspunkt der Sitzungen – vergrault).

Die Führer des rechten, antikommunistischen Grasbrook-VK (= Vertrauenskörper) sind die SPD-Betriebsratsfürsten Kuch und Kosiedowski – die großen Verlierer der AR-Wahlen. (von 1.510 Wahlberechtigten der Hauptverwaltung und aus Wilhelmsburg, erhielten sie ganze 74 (!) bzw. 79 (!) Stimmen ... eine mehr als peinliche Schlappe für diese Spitzenkandidaten der IG-Chemie.)

Außer den Grasbrooker „Vertrauens"leuten unterzeichneten noch einige Anhänger der IG-Chemie-Führung aus Wilhelmsburg und ein einziger (!!) aus der Hauptverwaltung ... summa summarum 21 Mann hoch, die „Basis" der IG-Chemie-Führer bei Texaco. Dazu schrieb Walter Holst (Vorsitzender der IG-Chemie-Verwaltungsstelle) an die beiden auszuschließenden Betriebsräte zynisch:

„Es sollte Sie selbst nachdenklich stimmen, daß 21 Kollegen und Kolleginnen ... Ihren Ausschluß aus der Gewerkschaft beantragen". Wenn das so ist, werden er und seine Kumpanen angesichts der jetzt laufenden Unterschriftenlisten gegen den Ausschluß allerdings aus dem Grübeln nicht mehr rauskommen!!

Gegenüber einer Gruppe von zehn, meist linken, Vertrauensleuten hatte Verwaltungsstellen-Chef Holst noch zwei Wochen vor dem Funktionsentzug – auf die Flugblätter der zwei Betriebsräte zur AR-Wahl angesprochen – gesagt: *„Bei uns herrscht Meinungsfreiheit, und deshalb werden K. und T.* (die beiden Betriebsräte – AK) *nicht ausgeschlossen."* Von einem der geschaßten Kollegen darauf kürzlich angesprochen, sagte er scheinheilig: *„Der Verwaltungsstellenvorstand hat entschieden. Du weißt, ich habe nur eine Stimme!"*



Mitbestimmung: Ein Paradepferd kommt nicht ins Ziel!

Satzungsterror

In der „Begründung" des Ausschlußantrages versucht der Verwaltungsstellenvorstand den linken Kollegen nachzuweisen, daß sie *„öffentlich gegen die Grundsätze der Satzung gewirkt"* haben, denn *„ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es den Anordnungen (!) des Hauptvorstandes, soweit diese auf der Satzung*

➡

Telefunken, Hannover

Zusammenspiel von Geschäftsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaftsführung

Telefunken ist als imperialistischer Konzern seit längerem verstärkt bemüht, einen größeren Teil der Produktion ins Ausland zu verlagern. Dabei werden die faschistisch unterdrückten Länder bevorzugt (Spanien, Griechenland, Chile u.a.). Im Inland läuft die Rationalisierungswelle auf Volltouren. Im 2. Halbjahr '73 wurden zumindest in den Werken Hannover I und II die Stückzahlen drastisch erhöht. Die Belegschaft wurde massiv eingeschüchtert: Während der „Ölkrise" wurden Drohbriefe wegen Fehlzeiten an Arbeiter verschickt, fast 100 „Bummelanten" (Geschäftsleitung) wurden entlassen, es liefen Gerüchte über eine geplante Verlagerung der Produktion von Farbfernsehern nach Polen um, gleichzeitig wurde die Produktion von Farbfernsehern bei erhöhter Akkordzahl von drei auf eine Schicht reduziert.

Protest gegen Rationalisierung und Kündigungen artikulierte sich nur vereinzelt in der verunsicherten Belegschaft, die nach einem mißglückten Streik um eine betriebliche Teuerungszulage im Sommer '73 ohnehin angeschlagen war.

Um Grabesruhe im Betrieb herzustellen, wurden die Kollegen, die Aufklärung über die Rationalisierungspläne der Kapitalisten forderten, als „Gerüchtepolitiker" diffamiert und isoliert. Exemplarisch wurde auch der Versuch einiger Kollegen aus einem 'innerbetrieblichen Umschulungskurs' geahndet, sich gegen willkürliche Versetzungen zu ausbildungsfremden Arbeiten zu wehren: 13 der 19 Kollegen hatten eine schriftliche Anfrage (!) an die Geschäftsleitung unterschrieben, ob sie aufgrund des Arbeitsvertrages zu ausbildungsfremden Arbeiten herangezogen werden dürfen. Eine direkte Antwort der Geschäftsleitung auf dieses Schreiben kam nicht, in der Folgezeit häuften sich jedoch die Provokationsversuche seitens der Ausbildungsleitung. 14 Tage nach dem Brief der Kollegen wurde auf Betreiben des Betriebsrates ein Kollege fristlos gefeuert wegen „Beleidigung des Betriebsrats" während einer Auseinandersetzung mit Ausbildungsleitung und Betriebsrat. Am nächsten Arbeitstag wurde 4 weiteren Kollegen aus dem Kursus fristgemäß – mit sofortiger Beurlaubung – gekündigt: „Störung des Ablaufs des Fehlerbestimmerlehrgangs". Der Betriebsrat schloß sich der Geschäftsleitung an und stimmte den Kündigungen zu.

Am gleichen Tag erhielten die Mitglieder des gewerkschaftlichen Arbeitskreises „Arbeit und Leben" ein Schreiben des VK-Vorsitzenden, daß dieser Arbeitskreis aufgelöst sei. Da die Linken in diesem Arbeitskreis jedoch weitgehend „unter sich" waren, hielten sie einen öffentlichen Protest gegen diese Maßnahme der VK-Leitung für „nicht ergiebig".

Immerhin trafen sich diese Linken dennoch und schrieben ein Flugblatt gegen die Entlassungen, das von drei Gefeuerten unterzeichnet wurde. Jedoch vermieden die Flugblattverfasser es, die Entlassungen in Zusammenhang zu stellen mit der Einschüchterungspolitik der Geschäftsleitung und der Auflösung des „Arbeitskreises". Außerdem wurde gleich am Anfang des Flugblattes betont, die Verfasser seien weder Mitglieder noch Freunde der „KPD/ML", diese hatte nämlich nach den Rausschmissen die Kollegen in einem Flugblatt in gewohnter naßforscher Manier aufgefordert, die Entlassenen wieder „reinzustreiken". Dem infantilen Gelärme der „KPD/ML" wurde jedoch nicht eine eigene politische Perspektive gegenübergestellt, wie die im Betrieb verbliebenen Kollegen gemeinsam mit den Rausgeworfenen den betrieblichen Kampf entwickeln können, sondern nur eine ängstliche Abgrenzung.

Genau in diese Bresche schlug die Gewerkschaftsführung. Sie lud zwei der Unterzeichner des Flugblattes zu einem Gespräch mit dem IGM-Ortsverwaltungs-Vorsitzenden Wagner vor und machte jeden Rechtsschutz für die Entlassenen von der Unterzeichnung zweier Reverse abhängig. Tatsächlich distanzierten sich die beiden in dem einen von der „Gruppe der Marxisten-Leninisten" (Reversetext), in dem anderen von ihrem eigenen Flugblatt.

Zwar widerriefen die beiden am nächsten Tag die Reverse und drohten für den Fall, daß die Gewerkschaftsführung diese Reverse verwenden würde, gerichtliche Schritte an. Aber auch ihr 14 Tage später erscheinendes Flugblatt mit der Veröffentlichung dieser Auseinandersetzung

➡

schlechte Verlierer – Gewerkschafts-Ausschlüsse bei Texaco eingeleitet

... beruhen, nicht folgt." (§ 7 der Satzung)

Außer gegen drei Paragraphen der Satzung (3,4,7) sollen sie auch noch gegen die „*Richtlinien für gewerkschaftliche Vertrauensleute*" verstoßen haben.

Der § 4 der Satzung sagt beispielsweise aus, wie „die gewerkschaftlichen Ziele vornehmlich erreicht werden" sollen.

Unter elf verschiedenen Punkten taucht auch auf: „*Mitwirkung bei der Wahl der Arbeitnehmervertretungen (z.B. Betriebsräte, Aufsichtsräte, Selbstverwaltungsorgane) und deren Unterstützung bei der Durchführung ihrer gesetzlichen und sonstigen Aufgaben.*"

Ist nun jemand der Meinung, daß diese Handlungsanweisung nicht dem Ziel dient, „die wirtschaftliche Ausbeutung der Menschen zu beseitigen" (ebenfalls §4), so darf er das allerhöchstens denken!

Die Satzung der IG-Chemie bestimmt nicht nur gewisse „Spielregeln" einer (kaum noch vorhandenen) innergewerkschaftlichen Demokratie, regelt nicht nur die Wege der Willensbildung und Anweisung, der Wahl-Modi usw., sondern schreibt auch eine ganz bestimmte Politik (nämlich eine bürgerliche) fest. Jeder Versuch einer proletarischen Politik innerhalb der Gewerkschaften, oder als Gewerkschafter im Betrieb kollidiert zwangsläufig mit irgendeiner Bestimmung aus dem Paragraphen-Werk der Gewerkschafts-Satzungen.

Gemäß Satzung der IG-Chemie müßte jedes ihrer Mitglieder sich aktiv einsetzen für sozialdemokratische Illusionsmacherei (z.B. „Mitbestimmung im Aufsichtsrat"), müßte sich stark machen für offenen Arbeiterverrat (z.B. Verbot einer Beteiligung an sog. „wilden" Streiks). Würden die Gewerkschaftsführer ihre eigenen Satzungen streng auslegen, müßten sie sofort einige hunderttausend Mitglieder aus der Organisation schmeißen (z.B. all die, die in diesem und letztem Jahr sich an „wilden" Streiks beteiligt haben.



Endlich werden die Mehrheitsbeschlüsse nicht mehr von der kleinen radikalen Minderheit gestört!..

Dies weist noch einmal auf den p o l i t i s c h e n Charakter der Gewerkschafts-Satzungen hin, als einem Instrument zur Unterdrückung und Reglementierung der Arbeiterbewegung. Zum anderen macht es den Willkür-Charakter deutlich, d.h., daß die Gewerkschaftsführer gegen jeden halbwegs fortschrittlichen Kollegen mindestens einen Ausschlußgrund (wenn nicht sogar mehrere) in der Tasche haben, der bei Belieben zur Anwendung gebracht werden kann oder auch nicht ... je nach Gutdünken der Herren Führer. Klassenbewußte Arbeiter finden in den Satzungen keinerlei Schutz vor den „allmächtigen" Gewerkschaftsoberen.

Die bestehenden Satzungen in den DGB-Gewerkschaften sind eine bürokratische Zwangsjacke, die jede demokratische Diskussion und Willensbildung erwürgt.

In diesem Sinn argumentiert jetzt der IG-Chemie-Verwaltungsvorstand gegenüber den beiden Betriebsräten, daß sie sogar die „*gesetzliche Pflicht als Betriebsräte*" gehabt hätten, „*positiv die Wahl zu fördern*". – Selbst passives Verhalten in der Aufsichtsratswahl hätte ihnen demnach nichts genutzt.

Weiter argumentieren Holst & Co., daß die Betriebsräte gegen die „Richtlinien für gewerkschaftliche Vertrauensleute" verstoßen hätten, nämlich:

„*Beschlüsse, Anweisungen und Mitteilungen gewerkschaftlicher Organe bekanntzugeben und dafür zu sorgen, daß diese diskutiert, beachtet und befolgt werden.*" und:

„*Wahlen für den Betriebsrat, die Betriebsjugendvertretung, den Aufsichtsrat ... vorzubereiten sowie die erforderlichen Vorschlagslisten aufzustellen.*"

So gesehen gehörten sogar beide Vertrauensleutekörper (Wilhelmsburg, Hauptverwaltung) ausgeschlossen, haben sie doch zur Vorbereitung der AR-Wahl keinen Finger krumm gemacht und mehrheitlich die Wahl boykottiert.

Der „Satzungsterror" der Bürokraten gegen fortschrittliche Kritiker wird mit Sicherheit im Verlauf der weiteren rechten Ausrichtung der Gewerkschaften insgesamt zunehmen. Bei Texaco haben die Gewerkschaftsführer bewußt dann zugeschlagen, als zwei fortschrittliche Kollegen der Form nach allein etwas durchführten (die Flugblätter wurden nur von zwei Betriebsräten unterzeichnet), während sie bisher einen einheitlichen Block angreifen mußten. Ihr Ziel ist es, zwei fortschrittliche Gewerkschafter fertig zu machen und den Rest einzuschüchtern. Das einzige Gegenmittel ist die entschiedene Solidarität mit K. und T.; die Bürokraten müssen vor die Alternative gestellt werden, entweder jegliche Gewerkschaftsarbeit in der Hauptverwaltung zu liquidieren oder die Meinungsfreiheit in bisherigem Maße, sowie die innergewerkschaftliche Opposition insgesamt, bestehenzulassen. Die Gewerkschaftsführer, die durch ihre ständigen Übergriffe und Diffamierungen schon jetzt die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb stark behindert, spekulieren darauf, daß die Auseinandersetzungen und ständigen Angriffe (die von Maßregelungen der Geschäftsleitungen begleitet werden), einigen Vertrauensleuten „zu heiß" werden, daß sie resignieren, politisch zurückweichen, es an kämpferischer Solidarität mangeln lassen usw. Die nächsten Wochen werden zeigen, inwieweit die Spekulationen der IG-Chemie-Führer aufgehen. ●

Betriebszelle Texaco,
KB / Gruppe Hamburg

Antrag auf Ausschluß = Innergewerkschaftliche Vorbeugehaft!

Auch bei diesem Ausschlußverfahren kommt wieder der berüchtigte § 7 Abs. 6 der Satzung der IG-Chemie zur Anwendung:

„Die Rechte und Pflichten des Mitgliedes ruhen während des Ausschlußverfahrens, und zwar vom Zeitpunkt einer entsprechenden Mitteilung an das Mitglied durch die Verwaltungsstelle bzw. durch den Hauptvorstand."

Daran wird deutlich, wie die Chancen der Kollegen stehen, die ein politisches Ausschlußverfahren laufen haben – ihr Ausschluß ist so gut wie besiegelt, von ihrer „Schuld" wird ausgegangen, der „einsam" gefaßte Beschluß der Verwaltungsstelle ist das eigentliche „Urteil", der Rest meist nur Verfahrenszirkus. Ein solches Vorgehen müßte selbst manch bürgerlichen Richter neidisch machen. Hierdurch haben die Bürokraten gleich mehrere Vorteile:

- Steht ein Kollege in scharfer Auseinandersetzung mit den Kapitalisten, z.B. bei Arbeitsgerichtsprozessen, Streik etc., so kann erpresserisch gegen ihn vorgegangen werden, kann er zu Aussagen und Taten gezwungen werden. Da er bei einem Ausschlußverfahren völlig schutzlos dastehen würde, muß er faule Kompromisse mit den Bürokraten eingehen.
- Der schnellste Weg, einen fortschrittlichen Kollegen heute aus einem gewerkschaftlichen Organ zu jagen (z.B. ist T. Tarifkommissionsmitglied und war im letzten Jahr dort der einzige, der nicht von der Forderung seines Vertrauenskörpers abwich – und jetzt läuft „zufällig" gerade die Tarifrunde wieder an), ist der Ausschlußantrag!
- Das Wichtigste aber ist die unverzügliche Isolierung der vom Ausschluß bedrohten Kollegen. Besonders im Vertrauenskörper und auf Mitgliederversammlungen soll die Möglichkeit zu „argumentieren" nur den Bürokraten gegeben sein. Das Erkennen, wer die Spalter sind, die Solidarität mit den Ausgeschlossenen soll so möglichst verhindert werden.

Wer die Wahrheit fürchtet, verbietet dem Gegner zu sprechen!

Das sollte bei Texaco nicht nicht zugelassen werden! ●

---

zeigte, daß das Manöver von IGM-Wagner Erfolg gehabt hatte. Nämlich dem Kampf der Entlassenen zu trennen von der Lage der Kollegen im Betrieb, und auf eine Auseinandersetzung mit „KPD/ML" und Gewerkschaftsführung zu beschränken.

Immerhin hat es mehrere Versuche der entlassenen Kollegen gegeben, die Kollegen im Betrieb in diese Auseinandersetzungen miteinzubeziehen bzw. sie zu informieren. Zum ersten veranstalteten vier der Rausgeworfenen eine „Gegenüberstellung mit Geschäftsleitung, Betriebsrat und Ortsverwaltung der IGM", zu der ca. 50 Kollegen und ein Betriebsrat („als VK-Vorsitzender und Mensch"), kein Vertreter der Geschäftsleitung und kein Vertreter der IGM-Ortsverwaltung erschienen.

Die Diskussion in diesem Kreis blieb jedoch nur eine Selbstdarstellung. Das taktische Zusammenspiel von Geschäftsleitung, BR und Gewerkschaftsführung wurde zwar teilweise deutlich gemacht, aber die Veranstaltung war nicht geeignet, den Kollegen ein gemeinsames Kampfziel, z. B. gegen die Rationalisierung und für eine breitere Gewerkschaftsarbeit, anzugeben.

Zu einer angesetzten betrieblichen Mitgliederversammlung der IGM wurde weder vom VK noch von dem ehemaligen „Arbeitskreis", der sich nach wie vor um die Entlassungen kümmerte, aufgerufen. So lieferten sich die Gefeuerten mit BR und Ortsverwaltung vor ca. 30 Kollegen ein Schaugefecht, z. B. ob es in dieser Versammlung um die Kündigungen gehen dürfe oder nicht. Darüber und über ähnlichen „Kämpfen" verging die Sitzungszeit.

Auch im IGM-Ortsjugend-Ausschuß kam die Angelegenheit auf den Tisch. Hier wurde zwar eine „Solidaritätsadresse" für die Telefunken-Kollegen verabschiedet. Mit Rücksicht auf die Gewerkschaftsführung einigte man sich witzigerweise jedoch darauf, sie den Ausgeschlossenen nicht zu übergeben, damit diese sie nicht zur Veröffentlichung „mißbrauchen" könnten!

Außerdem solidarisierte sich der „Lehrlingslehrgang der SJD – Die Falken" mit den entlassenen Kollegen in einem Solidaritätsschreiben an die Ortsverwaltung mit 26 Unterschriften. In der Zeitung „Der Rote Falke" wurde ein Artikel über die Rausschmisse veröffentlicht.

Aber auf dieses Angebot der solidarischen Unterstützung ging der ehemalige „gewerkschaftliche Arbeitskreis" nicht mehr ein. Er hatte sich zwar in der Angelegenheit der Entlassenen noch mehrere Male getroffen und versucht, aktiv zu werden (wie in der o. a. „Gegenüberstellung"), hatte sich aber inzwischen ziemlich aufgelöst und war untätig geworden („Die Kollegen interessiert das nicht mehr").

Nachdem es der Gewerkschaftsführung gelungen ist, die Tendenz der Selbstisolierung bei den Rausgeworfenen so erfolgreich zu unterstützen, geht sie nun daran, zunächst eine Kollegin davon auszuschließen. Nachdem der Arbeitsgerichtsprozeß der Kollegin, bei der die Gewerkschaftsführung ihre Unterstützung verweigert hatte, für sie verloren ging, wurde ihr vorgeworfen, am 1. Mai auf der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration „unter Parolen der KPD/ML" demonstriert zu haben, was noch nicht einmal stimmte!

Als die Kollegin zu dem „Anhörungsverfahren", das nach der Satzung dem Ausschluß vorausgeht, aus dem Kreis der ehemaligen linken Telefunken-Kollegen einige bat, für sie als Beisitzer zu fungieren, hatte die Solidarität ihre Grenze. Die Kollegen befürchteten, bei Veröffentlichungen über diesen Gewerkschaftsausschluß selbst in die Schußlinie zu geraten. Sie erklärten sich nur bereit, die Kollegin zu vertreten, wenn sie dafür sorgt, daß über dies Ausschlußverfahren kein schriftliches Wort an die Öffentlichkeit dringt.

Gerade diese letzte Episode zeigt, in welchen Sumpf der Resignation und des Opportunismus dieses andauernde Zurückweichen die ehemalige Telefunken-Linke gebracht hat. ●

Sympathisanten des KB
in Hannover

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 13.500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Klares Votum für die Linken

Jugendvertreter-Wahlen in der Hamburger Metallindustrie

In zahlreichen Hamburger Metallbetrieben wurden in den zurückliegenden Wochen Wahlen zur Jugendvertretung (JV) durchgeführt.

Ausgenommen waren jene Betriebe, in denen bereits im vergangenen Jahr oder Anfang dieses Jahres Neuwahlen notwendig wurden, weil bestimmte Kollegen ihre Lehre beendet hatten – oder vom Kapitalisten aus dem Betrieb gedrängt worden waren. So fanden z.B. keine JV-Neuwahlen statt in den beiden größten Betrieben der Hamburger Metallindustrie, den Großwerften HDW und Blohm & Voss (zur Situation dort siehe AK 36, 39 und 44 !).

Soweit unsere Übersicht reicht, kann gesagt werden, daß sich in fast allen bedeutenderen mittleren oder kleinen Metallbetrieben die Kandidaten der Linken durchgesetzt haben – in mehreren Fällen gegen reaktionäre Vertreter, die z.T. sogar auf eigenen Listen kandidierten (z.B. bei DEMAG–CONZ, bei HEIDENREICH & HARBECK, bei MESSERSCHMIDT – BÖLKOW – BLOHM.

In der Regel war es so, daß die Initiative zur Schaffung fortschrittlicher Jugendvertretungen von Gruppen kämpferischer Gewerkschafter ausging – Gruppen, in denen Genossen des KB mit fortschrittlichen Lehrlingen zusammenarbeiten. Diese Gruppen haben nicht den Status ‚offizieller' gewerkschaftlicher Betriebsgruppen, weil ihnen von seiten der IGM-Ortsverwaltung bisher jegliche Anerkennung und Unterstützung verweigert wurde.

Im nächsten ARBEITERKAMPF wollen wir über die JV-Wahlen, ihre Vorbereitung und ihren Ausgang, in einigen Hamburger Metallbetrieben berichten. ●

Metall-Komitee
KB / Gruppen Hamburg

Steueränderungsgesetz bringt u.a.

Schamlose Diskriminierung ausländischer Arbeiter

Noch während in Bonn Regierungs- und Oppositionsparteien um Einzelbestimmungen des geplanten Steueränderungsgesetzes feilschen – und nach wie vor fraglich ist, ob die „Reform" im Januar des kommenden Jahres in Kraft treten kann – ist bekanntgeworden, daß die ausländischen Arbeiter in der BRD durch die Gesetzes-Novelle in skandalöser Weise benachteiligt werden sollen.
Um rund eine Milliarde Mark (!) will der westdeutsche Staat die Arbeiterfamilien aus Nicht-EG-Ländern mit der Neuregelung des Kindergeldes begaunern!

Diese Kollegen und ihre Familien

- werden zunächst einmal ihre Kinderfreibeträge verlieren und damit erheblich **m e h r** Steuern bezahlen müssen;
- werden aber nicht (wie ihre westdeutschen Arbeitskollegen) in den vollen Genuß der Neuregelung kommen, wonach das Kindergeld in festen Beträgen ausgezahlt wird.

Die ausländischen Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern (also vor allem Türken, Griechen, Spanier und Jugoslawen) werden für diejenigen Kinder, die in ihren Heimatländern leben, in Zukunft nur die in diesen Ländern übliche ‚Vergütung' erhalten.

Betroffen sind von dieser ‚sozialliberalen' Regelung rund eine Million Kinder, die von ihren Eltern nicht mit in die BRD genommen werden konnten, weil hierzulande fast sämtliche Voraussetzungen im sozialen Bereich fehlen (Schulen, Wohnungen u.a.).
Was dieser verbrecherische Plan **k o n k r e t** für die betroffenen Ausländerfamilien bedeutet, sei an folgendem Beispiel erläutert: *„Bei einem Gastarbeitereinkommen von DM 20.000,– pro Jahr hat ab 1975 ein türkischer Vater von vier Kindern DM 1.800,– mehr Lohnsteuer zu zahlen.*
Lebten die Kinder mit hier, würde dieser Verlust durch über DM 4.000,– Kindergeld überkompensiert.
Leben aber die Kinder in der Türkei, verliert er den bisherigen Steuer-Freibetrag, zahlt eine höhere Steuer und bekommt für sie nach türkischem Standard nur etwa DM 500,– ersetzt.
Für ihn bedeutet diese ‚Reform' mehr als 1.000 DM Verlust."
(zit. nach Westberliner „Extradienst", 28. Juni 1974)

Unannehmbare „Alternativen"

Der westdeutsche Staat legt mit der Neuregelung des Kindergeldes dem größten Teil der ausländischen Arbeiter in der BRD unannehmbare „Alternativen" zur Entscheidung vor:

- Entweder sie fügen sich widerspruchslos in die weitere Demontage ihrer ohnehin schon miserablen Existenzbedingungen oder aber
- sie holen ihre Kinder aus ihren Heimatländern hierher in die BRD, um in den vollen Genuß des Kindergeldes zu gelangen. Letzteres würde nicht nur die Lebensverhältnisse der Ausländer noch weiter einengen und damit verschlechtern, sondern darüber hinaus die schon heute krassen Probleme im kommunalen Bereich auf ein unerträgliches Maß zuspitzen.

Bereits heute – wo noch 60 % der Kinder von Ausländern aus Nicht-EG-Staaten in ihren Heimatländern leben – kann der westdeutsche Staat nicht dafür garantieren, daß alle „Gastarbeiter"-Kinder überhaupt eine schulische und berufliche Qualifikation bekommen.
Eine unlängst im Ruhrgebiet durchgeführte Untersuchung förderte einige Fakten zutage, die sicher nur das ganze Ausmaß des „Gastarbeiter"-Elends ahnen lassen. Die „FAZ" berichtet davon:
„Die ‚Fluktuation' vor allem der Südländer war lange Zeit eine Entschuldigung dafür gewesen, die Konsequenzen in der Form der Kindergärten, Vorbereitungsklassen, Förderkursen und Berufsausbildung für ausländische Kinder zu übersehen ... Seit einigen Monaten gibt es im Ruhrgebiet ein Wettrennen der Schulämter nach den in der Industrie arbeitenden türkischen Lehrern. Allerdings zeigt sich, daß die eiligst angestellten Lehrer nicht immer die für den schwierigen Integrationsunterricht geeigneten Methoden beherrschen; viele von ihnen sprechen selbst kaum Deutsch (!). Man tauscht um, richtet Lehrerkurse ein.
Befürchtungen werden laut, daß sich ‚Sechsjahresschulen' auftun könnten – Gettoschulen für die Türken".
Der türkische Arbeiterverein in Gelsenkirchen deckte zudem auf, *„daß (in Gelsenkirchen) nur 845 der 1538 statistisch gemeldeten schulpflichtigen türkischen Kinder von der ‚theoretischen Möglichkeit des Besuch alters- und begabungsentsprechender Schulen' profitierten; mindestens 694 Kinder seien der Schule ferngeblieben ...*
Bei der Umfrage der Türken kamen auch die Gründe der Scheu vor der Schule ans Tageslicht. In nur 27 von 252 Familien, deren Kinder die Schule besuchten, konnten die Eltern bei den Schulaufgaben helfen.
Kinderzimmer, ein Schreibtisch oder auch nur ein eigenes Bett für jedes Kind – das fand man nur in Ausnahmefällen ...
Dabei liegt Gelsenkirchen, wie nicht nur im Schulamt, sondern auch von der türkischen Selbsthilfeorganisation versichert wird, mit schulbehördlichen Anstrengungen für Türken mit an der Spitze im Revier (!)."
(„FAZ", vom 12. Juli '74)

Diese katastrophalen Zustände sollen sich also nach dem Willen der Bundesregierung noch weiter zu Ungunsten der ausländischen Arbeiter verschärfen – denn zu keinem anderen Zweck werden die Ausländer-Familien durch die „Reform" der Steuern unter diskriminierendes Recht gestellt.

Ausländische Arbeiter:

Demonstration in Stuttgart

Stuttgart. ppa — Gegen ihre rechtliche und soziale Diskriminierung in der Bundesrepublik demonstrierten am Samstag rund 200 Arbeiter aus Griechenland, Portugal, Spanien und der Türkei durch die Stuttgarter Innenstadt. Ihre Parolen lauteten „Schluß mit der Diskriminierung ausländischer Arbeitnehmer!", „Wir fordern Gleichbehandlung — Kindergeld für alle!" und „Volle staatsbürgerliche Rechte für ausländische Arbeitnehmer". Die Demonstranten, die der Arbeitsgemeinschaft ausländischer Organisationen in der BRD angehören, erklärten, sie fühlten sich durch das Ausländergesetz der BRD einer Reihe demokratischer Rechte beraubt und würden überdies kontrolliert und bespitzelt.

aus: „UZ", 18.7.74

Protestaktionen

Unmittelbar nach Bekanntwerden der provokativen, arbeiterfeindlichen Pläne der SPD/FDP-Regierung protestierten mehrere fortschrittliche Ausländerorganisationen in der BRD – und kündigten ihren Widerstand dagegen an.
Ein „Internationales Komitee", zu dem sich mehrere Organisationen verschiedener politischer Richtung zusammengeschlossen hatten, organisierte am Samstag, 6. Juli, eine Demonstration durch die Innenstadt von Hannover.

Ihren Protest gegen die geplante Änderung des Kindergeldgesetzes trugen die Ausländer auch auf einer Pressekonferenz vor:
„Wir wollen nicht die Konjunkturschraube sein, an der man nach Belieben dreht,' meinte ein türkischer Sprecher.

Die Kürzung des Kindergeldes stelle eine harte Diskriminierung der ausländischen Arbeiter dar, die ebenso viele Steuern zahlten wie ihre deutschen Kollegen und daneben auch die gesetzlichen Sozialabgaben entrichteten, obwohl sie später nach Rückkehr in ihre Heimat die dadurch begründeten Ansprüche auf Sozialleistungen verlören." („FR", 5.7.74)
Es wurde angekündigt, daß der Kampf gegen das ausländerfeindliche Änderungsgesetz im September mit bundesweiten Demonstrationen fortgesetzt wird.

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg ■

Kindergeld für Gastarbeiter

W.H. Die von allen Bundestagsfraktionen gebilligte Neuregelung des Familienlastenausgleichs ab 1. Januar 1975 wird uns nicht nur ein neues Beamtenheer bescheren. Die geplante Auszahlung von Kindergeld durch die Arbeitsämter wirft außerdem eine Fülle neuer Fragen auf. Die Einbeziehung der Gastarbeiter mit ihren oft kinderreichen Familien bereitet dabei besondere Schwierigkeiten. Allein das hohe deutsche Kindergeld macht für eine vielköpfige Familie in unterentwickelten Ländern das Vielfache des dort erzielbaren Arbeitslohn aus. Das Kindergeld für ein Kind übertrifft in einigen Ländern den Lohn eines Arbeiters. Damit es nicht zu unerwünschten Reaktionen kommt, plant die Bundesregierung eine Regelung, wonach nur in der Bundesrepublik und in der EWG wohnende Gastarbeiterkinder das hohe deutsche Kindergeld erhalten, außerhalb der EWG lebende Kinder dagegen nur das in ihrem Land übliche Kindergeld.
Dieses Verfahren würde wie eine Prämie wirken, möglichst viele Kinder mit in die Bundesrepublik zu bringen. Die ohnehin nur unbefriedigend gelösten Wohnungs- und Schulprobleme der Gastarbeiter würden künstlich vergrößert. Es entstunden verstärkte Anreize speziell für kinderreiche Arbeiter, in die Bundesrepublik zu kommen. Ob den Familien und Kindern damit geholfen wird, wenn sie aus ihrem bisherigen Lebenskreis herausgelöst werden, ist zumindest fraglich. Und was soll mit der Familienplanung in Entwicklungsländern werden, wenn für jedes weitere Kind monatlich ein voller Arbeitslohn bezahlt wird? Das Gefälle der Sozialleistungen zwischen verschiedenen Ländern wirft zwar stets schwierige Fragen auf. Die Sozialleistungen sollten aber nicht so konstruiert sein, daß solche unerwünschte Reaktionen prämiert werden. Das ist bei der neuen Kindergeldregelung offensichtlich der Fall.

„Frankfurter Allgemeine", vom 12.7.74 –
Zynismus sondergleichen!

USA/UdSSR: Statt „Abrüstung" – weitere Aufrüstung!

Anfang Juli trafen sich Nixon und Breschnew in der Sowjetunion, um ihr Verhandlungstheater um eine angebliche „Abrüstung" fortzusetzen. Wie schon im ARBEITERKAMPF Nr. 33 aufgezeigt, stehen diese „Abrüstungsgespräche" (SALT) einer weiteren allseitigen Aufrüstung überhaupt nicht im Wege.

Die neuen Abkommen zwischen den USA und der SU beinhalten im Wesentlichen:

1. Ein Abkommen über die Begrenzung unterirdischer Atomversuche. Dieses Abkommen sieht vor, daß unterirdische Atomtests auf Sprengungen unter 150 Kilotonnen beschränkt werden, wobei dieses Abkommen ohnehin erst ab 1.4.1976 (!) in Kraft tritt.
Zum Ersten heißt das, daß sich in diesem Punkt in den nächsten zwei Jahren überhaupt nichts ändern wird. Weiterhin beeinträchtigt das Abkommen in keiner Weise die Erprobung neuer Waffensysteme bzw. Sprengsätze.
Selbst Springers „Welt" gab zu: *„Die Beschränkung auf 150 Kilotonnen Sprengkraft bei unterirdischen Atomtests erlaubt nach wie vor die Erprobung mittlerer MIRV-Sprengköpfe und vor allem die von den Amerikanern geplante ‚Miniaturisierung' ihres taktischen Atomarsenals"* („Welt", 4.7.74).

2. Die USA und die Sowjetunion gaben lediglich „Absichtserklärungen" über eine Beschränkung der Interkontinentalraketen und der Raketen mit Mehrfachsprengköpfen heraus. (Raketen mit Mehrfachsprengköpfen – MIRV – sind nukleare Waffensysteme, bei denen von einer einzigen Rakete mehrere Atomsprengköpfe ferngesteuert, verschiedene Ziele getroffen werden können).
Am Zustandekommen dieses Abkommens schien insbesondere der US-Imperialismus interessiert, da auf diesem Gebiet die Sowjetunion in den letzten Jahren anscheinend „aufgeholt" hat.

3. Die USA und die Sowjetunion vereinbarten, auf den Bau von je einem weiteren Raketen-Abwehrraketen-System (ABM) zu verzichten. Das bedeutet nur, daß beide Staaten ihre Rüstungsentwicklung eher auf offensive Waffen ausrichten.

Es ist also im Grunde nichts bei den Verhandlungen herausgekommen. Nach Unterzeichnung etlicher SALT-Abkommen seit 1972 sind beide Länder auf dem Gebiet der weiteren Aufrüstung alles andere als untätig geblieben:
– so stellte das „Stockholmer Institut für Friedensforschung" (Sipri) in seinem „Jahrbuch 1974" unter anderem fest, daß die USA die Zahl der Atomsprengköpfe auf 6 000, die die SU auf 2 000 gesteigert hätten.
– so entwickelte die Sowjetunion vier mehr oder weniger schwere Raketen mit Mehrfachsprengköpfen und holte die USA auf diesem Gebiet anscheinend ein.
– so arbeiten die USA ständig an der Entwicklung noch schlagkräftigerer Waffensysteme, die einen erfolgreicheren „First Strike", also die weitgehende Vernichtung des sowjetischen Atomwaffenpotentials schon im ersten Angriff ermöglichen sollen. Der amerikanische Kriegsminister Schlesinger bezeichnete diese Entwicklung als „Strategie des präziseren Gegenstoßes".
Zum anderen arbeiten die USA an der Entwicklung sogenannter „mininuces", das heißt kleiner, dafür aber präziser treffenden Atomsprengköpfen, die speziell in einem „begrenzten Krieg" (z.B. in Westeuropa!) eingesetzt werden könnten.
Insgesamt dient der ganze „Abrüstungs"schwindel nur dazu, die Massen über die tatsächlich weitergehende **A u f r ü s t u n g** zu täuschen, wobei die revisionistische Propaganda sich besondere Mühe gibt, große „Erfolge" der jüngsten Moskauer Gespräche aus der Luft zu greifen, während die US- und BRD-Imperialisten sich eher „skeptisch" äußern.

Militarismus-Kommission des KB, Gruppe Hamburg ■

Rationalisierungswelle in der Metallindustrie

Dem ‚berliner EXTRA dienst' entnehmen wir folgende Zusammenstellung von Rationalisierungsmaßnahmen (Kurzarbeit und Entlassungen) in der westdeutschen Metallindustrie während der letzten drei Wochen:

JUCHO – Dortmund

1130 Arbeiter und Angestellte des Dortmunder Stahl- und Brückenbau-Unternehmens JUCHO erfuhren in dieser Woche, daß sie ab sofort „Anspruch auf Arbeitslosengeld" hätten. Auf diese zynische Weise hatten sie zur Kenntnis zu nehmen, daß der Betrieb den Konkurs angemeldet hatte.
Am Mittwoch wurden die Beschäftigten in die Erwerbslosenliste des Arbeitsamtes aufgenommen. Versuche der Geschäftsleitung, den Konkurs durch eine Bürgschaft des Landes Nordrhein-Westfalen abzuwenden, waren erfolglos geblieben.
Die 780 Arbeiter bei JUCHO haben schon seit dem 1. Juni keinen Lohn mehr bekommen. Ihre letzte Lohnzahlung erhielten sie im Monat Mai, während den Angestellten noch das Juni-Gehalt ausgezahlt wurde.
Auch die ehemaligen Werksangehörigen werden von dem Konkurs betroffen: sie müssen künftig auf sogenannte Werksrenten verzichten. Alle in eine ‚Betriebssterbekasse' geleisteten Zahlungen wandern in die Konkursmasse. (siehe zu JUCHO auch AK 45!)

„Bei 12 Prozent wird gefeuert"
Ergebnis einer Modellrechnung des Bundeswirtschaftsministeriums
Morgenpost
Bonn: Zehn Prozent mehr Lohn bedeuten zehn Prozent Inflation
Brandt: Gewerkschaft überzieht das Tarifkonto
Über 600 000 Arbeitslose?
... Bonn bei Erfüllung der Tarif-Forderungen

Weise Voraussicht? - Gezielte Planung!

AEG-Küppersbusch, Gelsenkirchen

700 der 2.800 Beschäftigten der Küchen- und Herdfabrik Küppersbusch AG in Gelsenkirchen müssen nach Beendigung des Betriebsurlaubs am 23. August noch eine Woche lang zwangsfeiern. Die Tochterfirma des AEG-Konzerns verordnete für sie Kurzarbeit ‚an einem Stück'. Vorstandsvorsitzender Ahle erklärte zynisch, diese Art Kurzarbeit sei ‚sozial', weil die Betroffenen so das Fahrgeld für eine Woche sparen könnten.

J. Kaiser GmbH, Villingen

Mit der Beantragung des Konkurses durch die Uhrenfabrik J. Kaiser GmbH, Villingen, beim zuständigen Amtsgericht am Montag wurde gleichzeitig bestätigt, daß Verhandlungen zur Sanierung des Unternehmens gescheitert sind. Die Einsetzung eines Konkursverwalters wurde gerichtlich bereits verfügt. Dieser wird festlegen, ob eine Weiterbeschäftigung der insgesamt 770 Beschäftigten im Villinger Hauptwerk und dem Montagebetrieb in Kenzingen noch möglich ist.
Wie inzwischen bekannt wurde, ist das Stammkapital von 4,5 Millionen DM im vergangenen Jahr fast aufgebraucht worden. Ob es aufgrund dieser Finanzlage möglich sein wird, einen aufgestellten Sozialplan zu realisieren, ist mehr als zweifelhaft. Bisher wurden noch nicht einmal die Löhne und Gehälter für den Monat Juni in Höhe von rund einer halben Million Mark ausgezahlt.

Fittings, Sontra

60 Arbeiter der Gießerei-Firma Fittings in Sontra im Kreis Hersfeld sind noch immer ohne Arbeit. Das Unternehmen hatte vor einigen Monaten die Produktion eingestellt. Insgesamt waren 530 Beschäftigte entlassen worden. Ein großer Teil von ihnen mußte nach Nord- und Südhessen, Flensburg und Essen umziehen, um eine neue Beschäftigung aufnehmen zu können.

Wilhelm Reich KG, Neu-Ulm

Die Maschinenfabrik Wilhelm Reich KG in Neu-Ulm hat beim Amtsgericht Antrag auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens gestellt. Anlaß für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Unternehmens, das in den letzten Monaten bereits 200 der 550 Arbeiter und Angestellten entließ, ist die Kündigung eines Bankkredits.

Peschke, Zweibrücken

In Zweibrücken wurde die Baumaschinenfabrik Karl Peschke stillgelegt. Die 221 Arbeiter und Angestellten wurden während sogenannter Betriebsferien von der Produktionseinstellung überrascht.

Rollmann & Tavor, Ahlen

230 Beschäftigte des Stanz- und Emaillierwerkes Rollmann & Tavor GmbH in Ahlen (Westfalen) verlieren am 3. August ihre Arbeitsplätze. Das Unternehmen begründet die Produktionseinstellung mit der stark gesunkenen Ausfuhr in die USA. ➡

40- Std. -Woche im Öffentlichen Dienst

Am 1. Oktober wird mit einer tarifvertraglichen Vereinbarung im Öffentlichen Dienst die 40-Stunden-Woche eingeführt; damit soll die offizielle Arbeitszeit um zwei Stunden pro Woche verkürzt werden. Von Seiten des Staates ist immer wieder versucht worden – zuletzt noch während der letzten Tarifverhandlung – die Erfüllung dieser berechtigten Forderung hinauszuschieben. So starteten auch der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger (CDU) und auch Teile der bürgerlichen Presse Angriffe auf die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst.

Die ÖTV-Führung bietet uns diese Vereinbarung als einen „erfolgreichen Abschluß" an; für sie war die Arbeitszeitverkürzung *„Ergebnis harter Auseinandersetzungen"*, in denen sie *„sich auch nicht durch das Gerede der Arbeitgeber über verhängnisvolle personalpolitische Folgen beirren ließ"*. (ÖTV-Angestellten-Nachrichten).

Was von diesem Abschluß und seinen Folgen zu halten ist, will dieser Artikel unter besonderer Berücksichtigung der Hamburger Krankenhäuser beleuchten.

Am 15.6.74 konnte man im „Hamburger Abendblatt" die folgende Meldung lesen: *„In den 3519 Krankenhäusern der Bundesrepublik mit 700.000 Betten fehlen zur Zeit über 35.000 (!) Krankenschwestern... Von den rund 204.000 Pflegekräften sind über 12.000 Ausländer."*

Das sind allerdings alarmierende Zahlen, wenn man bedenkt, welche Bedeutung das Pflegepersonal bei der Betreuung der Kranken spielt. In Hamburg selbst sieht es nicht ganz so schlimm aus; die folgende Tabelle zeigt, wieviele Pflegepersonen in den Hamburger Krankenhäusern beschäftigt sind:

1961	1966	1971	1972
4922	5270	5841	5814
823	735	804	795
–	475	894	974
726	846	1524	1587
keine Ang.		1115	1099

Nach den Angaben einer Broschüre der Gesundheitsbehörde liegt der Fehlbestand an Pflegepersonal in den Krankenhäusern bei ca. sieben Prozent; d.h. es fehlen in Hamburg rund 700 bis 800 Pflegekräfte, wobei sich die Behörde natürlich an den ausgeschriebenen Planstellen orientiert, die aber in etlichen Fällen auch zu niedrig angesetzt sind.

So bemerkt schon der Gesundheitsbericht im Jahr 1972: *„...niemals war der Mangel (an Krankenschwestern..) so spürbar wie heute."* Zum Teil wird dieser „Mangel" heute dadurch überbrückt, daß viele Schwestern und Pfleger Überstunden machen; zehn bis 20 Überstunden im Monat sind für viele keine Seltenheit. Hinzu kommt der wohl allseitig gehaßte „geteilte Dienst" am Wochenende, z.T. aber auch schon in der Woche – d.h. man arbeitet von früh morgens bis abends, hat aber zur Mittagszeit, wo auf den Stationen nicht so viel anliegt, zwei bis drei Freistunden, in denen man jedoch nichts Gescheites anfangen kann.

Ansonsten geht der Mangel natürlich auf Kosten der Versorgung der Patienten; die Schwesternarbeit besteht vielfach darin, nur die notwendigsten Arbeiten wie Betten machen, Essen und Medizin austeilen, sowie das Putzen der Station zu erledigen; für mehr ist dann keine Zeit. Eine echte pflegerische Tätigkeit, die auch ein individuelles Eingehen auf den Patienten und seine Sorgen und Probleme mit einschließt, ist nicht möglich. So wird der kranke Mensch ein Objekt der Medizin, eine „Lunge", ein „Blinddarm" oder ein „Kopf in Zimmer 122". Daß die Arbeit unter diesen Bedingungen für viele Schwestern und Pfleger eine große psychische Belastung darstellt und ihnen stinkt, darauf wies kürzlich auch der „Stern" hin: *„Jedes Jahr kündigen 15% der examinierten Schwestern und 26% der Pflegehilfskräfte, weil sie heiraten und nicht weiterarbeiten wollen, weil ihnen das Betriebsklima nicht paßt, oder weil sie sich falsch eingesetzt fühlen"*.

Bedauerlicherweise ist auch der Staat weder bereit noch in der Lage, den chronischen Personalmangel in den Krankenhäusern abzustellen . Kleine Reformen bleiben Stückwerk und dienen nicht der grundlegenden Abschaffung der üblen Zustände; gespart wird an allen Ecken und Kanten. Darüber gibt auch die obige Tabelle Auskunft: Wir beobachten in den letzten Jahren einen relativ starken Anstieg der Zahl der ungeprüften Pflegekräfte und der Pflegehilfskräfte. Für diesen Personenkreis z.T. Hausfrauen, die zur Mitarbeit gezwungen sind, spart der Staat natürlich die Ausbildungskosten und ihre tarifliche Bezahlung liegt auch niedriger. Der Einsatz dieser Kräfte wird oft mit der „zunehmenden Differenzierung der Arbeiten im Krankenhaus" begründet; die Praxis zeigt jedoch, daß die Stationsschwestern oft gezwungen sind, die Hilfskräfte nach kurzer Anlernzeit genauso in den Dienst einzuteilen wie die Vollschwestern und sie mit fast denselben Aufgaben betrauen. Aus einem DRK-Krankenhaus in Frankfurt wurde bekannt, daß auf Stationen mit bis zu 60 Patienten Schwesternschülerinnen z.T. ohne Aufsicht und Anleitung Nachtwache hielten (ÖTV-Magazin 6/74). Das ist mit Sicherheit kein Einzelfall. Wenn dann was schiefgeht, trifft es jedoch nie den Staat, sondern allein den Patienten, die Hilfskraft oder die Stationsschwester – sie sind die angeschissenen, die „unverantwortlich und fahrlässig gehandelt" haben.

Auch in einem anderen Fall spart der Staat die Ausbildungskosten für das Pflegepersonal: *„Etwa 14.000 der 140.000 tätigen Schwestern in den Krankenhäusern der Bundesrepublik sind Ausländerinnen."* („Stern", 18/74). Um den gröbsten Mangel etwas zu vertuschen, werden diese Kräfte im Ausland angeworben; sie haben durchweg eine abgeschlossene Ausbildung; viele kommen von weit her: aus Südkorea, von den Philippinen, aus Indonesien, Indien, Persien, Afrika. Das ist geradezu grotesk, da diese Länder zum größten Teil noch Entwicklungsländer sind und ihre gesundheitliche Versorgung noch bedeutend schlechter ist als unsere; diese Länder sind selbst dringend auf solche Fachkräfte angewiesen!

Auf der anderen Seite ist es in Hamburg nicht so, daß nicht genügend Menschen Interesse hätten, eine pflegerische Ausbildung zu machen und für die Betreuung Kranker zu sorgen. Die Regierung kann sogar Pläne machen, nach denen nur noch Bewerber mit mindestens Mittlerer Reife für den Schwesternberuf auszubilden sind, und schon heute werden an einigen Ausbildungsstätten Bewerber abgewiesen. Besonders eklatant ist z.B. auch die Situation der Krankengymnastinnen; immer, wenn ein Kurs beginnt, gibt es ca. 220 Bewerber, jedoch nur 25 werden genommen, und zwar in absehbarer Zeit nur noch solche, die ein Abiturzeugnis vorweisen können. Gleichzeitig besteht auch für diesen sehr wichtigen Beruf ein Mangel an qualifizierten Kräften.

Natürlich ist von der Arbeitszeitverkürzung nicht nur das Pflegepersonal betroffen, sondern auch die Transportarbeiter- und -pfleger sowie die Kollegen in der Diagnostik; allein schon durch die Verkürzung der Liegezeiten und den höheren Durchlauf der Patienten durch die Krankenhäuser stieg in den letzten Jahren die Arbeitsintensität. Im gynäkologischen OP im AK Barmbek wird seit Jahren die tariflich festgesetzte Höchstgrenze über die Ableistung bei Bereitschaftsdiensten nicht eingehalten. Die Kollegen des technischen Bereichs, insbesondere in den Kesselhäusern, sind z.T. großen Belastungen ausgesetzt; in Urlaubszeiten und bei Krankheit eines Kollegen kommt es vor, daß sie häufig wochenlang ohne regelmäßige Freizeit und Sonntagsruhe durcharbeiten müssen.

Darüberhinaus wird die Bevölkerung auch Auswirkungen der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Gesundheitsdienst zu spüren bekommen (Gesundheitsämter, Schulärzte, ...). Nach Auskunft des Gesundheitsberichtes der Bundesregierung besteht schon 1971 in den einzelnen Bundesländern ein Fehlbestand von 20 bis 60%; *„dadurch sind diese Behörden vielfach nicht mehr in der Lage, die ihnen gesetzlich übertragenen und von Jahr zu Jahr zunehmenden Aufgaben zu erfüllen". „Mit zunehmender Zahl der je Arzt zu betreuenden Bevölkerung nimmt die ärztliche Leistung je Einwohner ab und der Umfang der unerfüllten Aufgaben zu."* – Soweit also der Gesundheitsbericht. Auch die Hamburger Gesundheitsbehörde hat hier Zukunftssorgen, insbesondere wegen des hohen Alters der hier tätigen Ärzte und wegen des fehlenden Nachwuchses.

In den staatlichen und gemeinnützigen Krankenhäusern wurden im Jahr 1970 279.972 Kranke stationär behandelt; 1972 waren es schon 290.157 Kranke. Wie aus dem Artikel über die gesundheitliche Versorgung der Hamburger Bevölkerung hervorgeht, ist auch vorläufig noch kein Ende dieser Entwicklung abzusehen. Man sieht, daß die Arbeit mehr wird. In sehr vielen Bereichen läßt sich die Zunahme der Arbeit und die Verkürzung der Arbeitszeit nicht durch Rationalisierung auffangen. Möchte man erreichen, daß den Kranken in Hamburg nach Einführung der 40-Stunden-Woche genausoviel Zeit an Pflege durch Schwestern und Pfleger zukommt wie vorher, so müßte man zumindest die Planstellen im öffentlichen Dienst um rund 5% erhöhen. Andernfalls würde sich die Betreuung der Patienten verschlechtern. Für das Personal wird das bedeuten, daß sich die festgesetzte Arbeitszeitverkürzung nicht als Freizeitzuwachs auswirkt, sondern zu mehrbezahlten Überstunden führt, die sich jedoch kaum lohnen. Mit der Erhöhung der Planstellen ist natürlich nur dann etwas gewonnen, wenn diese auch besetzt werden; das wiederum wird nur möglich sein, wenn auch die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht wird, die Arbeits- und Wohnbedingungen des Personals verbessert werden, die Hierarchie im Krankenhaus abgeschafft wird und der unregelmäßige Dienst ein Ende findet. Leider hat die ÖTV-Führung bisher „vergessen", diese Forderungen zu verbinden mit der Forderung nach der 40-Stunden-Woche. Über die sich an der Basis der Gewerkschaft entwickelnden Initiativen für eine konsequentere Politik für die Kollegen im Gesundheitswesen und für die Patienten, berichten wir an einer anderen Stelle. ■

Gruppe Gesundheitswesen der Bezirksorganisation im KB/Hamburg

Na, na, na!

Sperry Rand, Saarbrücken

Die Zweigniederlassung des amerikanischen Sperry-Rand-Konzerns in Saarbrücken stellt die Produktion wegen angeblich ‚weltweiter Absatzschwierigkeiten' ein. Den rund 190 Arbeitern soll zum 30. September und den 40 Angestellten spätestens zum 31. Dezember gekündigt werden. Der Betrieb stellt(e) Teile des Remington-Rasierers her.

SEL, Stuttgart; T & N, Frankfurt; Siemens AG

600 Monteure für öffentliche Fernsprechvermittlungstechnik werden von der Standard Elektrik Lorenz (SEL) in Stuttgart auf die Straße gesetzt. In einigen Werken des Unternehmens wird ab Herbst kurzgearbeitet.

Als Grund für die Massenentlassung gibt SEL Kürzungen des Investitionsvolumens durch die Bundespost an.

Nach der Frankfurter Telefonbau & Normalzeit GmbH und der SEL AG, die 1.000 bzw. 600 Arbeitsplätze beseitigen wollen, schließt jetzt auch die Siemens AG Entlassungen im Bereich der Fernmeldetechnik nicht mehr aus. In erster Linie würden sich derartige Maßnahmen auf das Werk Speyer auswirken, das Fernmeldeanlagen produziert.

Karmann, Rheine

Bei Karmann in Rheine sollen 290 Kollegen entlassen werden. Obwohl im Karmann-Werk Osnabrück erst vor kurzem das VW-Modell ‚Scirocco' anlief und für dieses Werk ca. 400 neue Arbeiter eingestellt wurden, legten die Kapitalisten dem Betriebsrat in Rheine eine Entlassungsliste von zunächst 83 Kollegen zur Gegenzeichnung vor.

Da der Betriebsrat seine Zustimmung zu den Entlassungen verweigerte, setzte die Geschäftsleitung zunächst 43 Arbeiter auf die Straße (bis zu 49 Entlassungen brauchen nicht genehmigt zu werden!). ■

ÖTV-Hamburg, Abteilung Sozialarbeit:

Für eine konsequente Gewerkschaftspolitik im Erzieher-Bereich

Schon immer war die Sozialarbeit (Kindergärten, Fürsorgeerziehung, Häuser der Jugend, Erziehungs-„Beratung" etc.) ein besonderes Stiefkind in der Kommunalpolitik des bürgerlichen Staates. Von der „Konzentration auf das Machbare" (Schmidt) – d.h. von der allseitigen Einschränkung der staatlichen Sozialleistungen – werden diese Bereiche besonders hart getroffen.

Darüber gibt der „Jugendbericht des Hamburger Senats" vom Ende letzten Jahres Aufschluß, worin der Senat seine Planung für den Bereich der Jugend„hilfe" darlegt. Danach wird sich die Senatspolitik auf das „Primat der Familienerziehung" „konzentrieren". Von der katholischen Kirche z. B. hätte eine solche Stellungnahme nicht weiter überrascht. Bezeichnend ist aber, daß gerade ein Bundesland, das in dieser Beziehung als relativ aufgeschlossen galt, die Uralt-Klamotten vom „Wert der Familie" etc. wieder auftischt. Hier wird in einer ziemlich plumpen Weise zum Ausdruck gebracht, daß man nicht bereit ist, eine öffentliche Erziehung entsprechend den Bedürfnissen der werktätigen Menschen zu gewährleisten.

Das leistet ohne Zweifel der Hetze der CDU Vorschub, für die die Jugendarbeit eine Frage von Polizei, Justiz und Kirche ist.

Was tut die ÖTV?

Es liegt auf der Hand, daß es Aufgabe der Gewerkschaft wäre, dieser Entwicklung kämpferisch entgegenzutreten und sich einzusetzen für mehr Kindergartenplätze, Beseitigung der teilweise skandalösen Zustände an den Heimen (so sind seit Jahren viele Heime in barackenähnlichen Notunterkünften eingerichtet), gegen die Überlastung des Heimpersonals, für mehr und besser ausgebildete Erzieher, gegen die Diskriminierung fortschrittlicher Bestrebungen, sei es durch Berufsverbote oder durch die Angriffe der reaktionären Presse gegen eine fortschrittliche Erziehung.

Tatsächlich wird eine solche Politik von den Gewerkschaftsführern nicht gemacht. Mit dem Hinweis, daß dieser Bereich der ÖTV ohnehin „unbedeutend" sei, hat man sich in der Vergangenheit im wesentlichen damit begnügt, Mitgliedsbeiträge einzusammeln und ein inniges Verhältnis zu den Behörden zu pflegen.

Diese Politik ist aber genau die Ursache dafür, daß der Organisationsgrad der ÖTV hier sehr gering ist. Unter den Erziehern der städtischen Kindergärten sind etwa 20 % in der ÖTV-Abteilung Sozialarbeit organisiert. Ähnlich sieht es an den Häusern der Jugend, Fürsorgeheimen etc. aus. (Ebenfalls in der Abteilung Sozialarbeit sind die Bürokraten von der Arbeits- und Sozialbehörde. Diese sind zu 80 % organisiert – und alles Karteileichen! Das Verhältnis ist bezeichnend: Die Verfilzung mit der Staatsbürokratie ist prächtig, aber die gewerkschaftliche Sozialpolitik liegt am Boden).

Innere Auseinandersetzungen um die Politik der ÖTV in diesem Bereich traten erstmals während der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst zu Beginn dieses Jahres schärfer hervor. Damals forderten Vertrauensleute und aktive Gewerkschaftler vom Abteilungsvorstand Informationen über den Stand der Arbeitskämpfe und der Verhandlungen und wenigstens die Durchführung einer Mitgliederversammlung, um die Solidarität mit den streikenden Kollegen zu bekunden. Diese Bemühungen wurden vom Vorstand mit allerlei taktischen Mätzchen sabotiert oder aber in der Pose päpstlicher Allmacht schlicht verboten.

Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie

Seitdem haben diese Auseinandersetzungen eine neue Stufe erreicht: Der Vorstand ist offen dazu übergegangen, den Ausschluß linker Vertrauensleute vorzubereiten.

Den Startschuß dazu bildete eine Gerüchtekampagne unter der Gürtellinie auf der Ebene der Funktionäre der Abteilung. Es hieß, unter den Vertrauensleuten der städtischen Kindergärten seien eine Reihe von „Chaoten", die die Gewerkschaft „manipulieren" wollten. Indem diese durch ihren aktiven Einsatz die weniger aktiven Vertrauensleute „ausschalten", würden sie schließlich allein bestimmen wollen. Deshalb könne es keine gewerkschaftliche Arbeit geben, bevor nicht „mit eisernem Besen" (!) unter diesen Vertrauensleuten gekehrt worden sei. Dazu widmet sich der Abteilungssekretär E. Schön derzeit einer Tätigkeit, die er „Beweise sammeln" nennt.

Bedeutsam ist dabei nicht einmal so sehr, daß die Arbeit linker Vertrauensleute „beobachtet" wird. Bezeichnend ist vor allem, daß die Gewerkschaftsführer unverhüllt gegen aktive Gewerkschaftsarbeit überhaupt loslegen und sich zum Anwalt politischen Desinteresses und gewerkschaftlicher Passivität machen.

In der Tat ist es die Mentalität von „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht", mit der der Vorstand den Forderungen der Kollegen nach umfassender Information und nach Möglichkeiten gemeinsamer Beratung untereinander entgegentritt.

So werden Mitgliederversammlungen unter fadenscheinigen Vorwänden verschleppt, bis die anstehenden Fragen ihre Aktualität eingebüßt haben. Nachdem in der Tarifrunde vor Monaten heftige Kritik an der innergewerkschaftlichen Situation in der Abteilung Sozialarbeit laut geworden war, berief der Vorstand jetzt, vor wenigen Wochen, eine Versammlung dazu ein – und zwar gerade zu einem Zeitpunkt, wo die westdeutsche Fußballmannschaft ein WM-Spiel hatte. Auf dieser Versammlung machten Vertrauensleute einen Beschluß der ÖTV-Bezirksleitung Hamburg zur Informationspolitik bekannt. Dieser Beschluß stammt vom September letzten Jahres, aber erst jetzt „drang" er bis zu den Vertrauensleuten durch.

Kern dieses Beschlusses ist es, den Informationsfluß strikt auf den Weg „von oben nach unten" einzuschränken und eine Zensur durch die Gewerkschaftsführung durchzuführen.

Auf der Versammlung wurde festgestellt, daß es die eigentliche Aufgabe gewerkschaftlicher Informationspolitik wäre, den Kollegen ein Bild von den Inhalten und Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit zu geben sowie über die verschiedenen Auffassungen in der Gewerkschaft über den besten Weg zur Durchsetzung der gemeinsamen Belange. Demgegenüber verschaffe sich die ÖTV-Führung durch diesen Beschluß mit den rigiden Methoden des Polizei-Denkens das absolute Informationsmonopol. Dieser Beschluß „legitimiert" daher für die weitere Zukunft eine Informationspolitik, die schon bisher wesentlich dafür verantwortlich war, die Kollegen von der Einflußnahme in ihrer Gewerkschaft abzuhalten, da sie über alle wichtigen Fragen im Unklaren gelassen wurden. Die Frage des gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausches ist aber gerade für einen so zersplitterten Bereich wie bei den Erziehern und Sozialarbeitern lebenswichtig für die Entwicklung einer wirkungsvollen Gewerkschaftsarbeit.

Der Abstimmung einer Protestresolution zu diesem Thema entging der Abteilungsvorstand dadurch, daß er die Versammlung kraft seines Hausrechts kurzerhand für „aufgelöst" erklärte.

Während die Kollegen noch wie vor den Kopf gestoßen herumstanden und langsam aufbrachen, ließ der Vorstand schon das Licht abschalten und mit Polizei-Einsatz drohen, falls das Gewerkschaftshaus „besetzt" werden sollte!

Initiative Sozialistischer Erzieher (Hamburg) ■

KBW–Bremen
„Ist der Ruf erst ruiniert, lebt man völlig ungeniert!"

Der von Sozialdemokraten beherrschte Bremer Senat hatte Preiserhöhungen für Strom, Gas und Wasser beschlossen. Ein Grund also für kommunistische und demokratische Organisationen, dagegen zu protestieren – und den Widerstand der hauptsächlich betroffenen werktätigen Bevölkerung dagegen zu organisieren.

Die Ortsgruppe Bremen des KBW, die zweifellos stärkste kommunistische Organisation am Ort, nahm die geplanten Maßnahmen dagegen zum Anlaß, wieder einmal die schon bekannte Komödie „Die breiteste Aktionseinheit der Massen" aufzuführen.

In völliger Ignoranz gegenüber den äußeren Bedingungen versuchte der KBW in Bremen die Frankfurter „Bewegung" gegen die dort geplanten Fahrpreiserhöhungen zu „kopieren":

Nachdem eine ganze Serie von Flugschriften verteilt sowie Stadtteilversammlungen durchgeführt worden waren und Unterschriftenlisten die Runde gemacht hatten (2.800 „Bürger" sollen nach Angaben des KBW unterschrieben haben) – hatten die KBW'ler den Mut zu folgender „Einschätzung": *„In allen Stadtteilen gärt es... überall beginnt das Volk sich dagegen* (die geplanten Tariferhöhungen, Anm. d. Red.) *zu empören und den Kampf zu organisieren."* (Ortsbeilage der „KVZ", Nr. 12)

Jetzt, so wurde über die Bremer Ortsbeilage der „KVZ" (Nr. 13) verkündet, müsse nur noch der *„vorhandene Protest zusammengefaßt werden."*

Für den 1. Juli, dem Tag des Inkrafttretens der Tariferhöhungen, wurde zu einer Kundgebung (um 18.00 Uhr) vor dem Bremer Rathaus aufgerufen – (offenbar) um das „empörte Volk" in den Stadtteilen auch massenhaft zusammenzufassen, sollte im S t e r n m ä r s c h (aus vier Richtungen) zum Kundgebungsort marschiert werden. Ein großartiger Einfall!!'

Am 1.7.74. fand auf dem Marktplatz eine Protestversammlung gegen die Tariferhöhungen für Strom Gas und Wasser statt, zu der der Kommunistische Bund Westdeutschland aufgerufen hatte. Es ist übrigens die dritte Tariferhöhung innerhalb von zwei Jahren.(Siehe dazu auch die ANTENNE Nr.9 Mai und die ANTENNE Nr. 11 Juni). zu dieser Kundgebung waren etwa 1200 Menschen erschienen. Zweck der Kundgebung war es, den Bremer Senat aufzufordern Rechenschaft über die Tariferhöhung abzulegen.

„Antenne" – Betriebszeitung des KBW: Was die Politik nicht bringt, kann die Kosmetik nicht ersetzen (vgl. handschriftlichen „Nachtrag" der Demonstranten-Zahl).

Vorm Bremer Parlament hatten sich dann schließlich zur Kundgebung zunächst 15 Genossen des KBW eingefunden, die dort die Lautsprecheranlage in Schwung brachten – 18.00 Uhr. Nach zehn Minuten hörte man dann den ersten „Demonstrationszug" aus Richtung Walle nahen: 15 (fünfzehn!) KBW-„Bürger", angeführt vom Sekretär der Bremer Ortsleitung und flankiert von zwei Flugblattverteilern, marschierten auf..

Wenig später kam der zweite Zug der „Bremer Volksmassen" aus dem Ostertorviertel anmarschiert, der mit rund 60 Teilnehmern doch schon wesentlich stärker als der erste war. Im Rathaus zitterten die Stadtväter wahrscheinlich schon vor Angst.

Nachdem sich noch weitere knapp 50 Genossen aus der Neustadt zu den schon Versammelten gesellt hatten – über den Verbleib des vierten Zuges aus Findorff jedoch Unklarheit herrschte – wurde schließlich mit der Kundgebung um 18.30 Uhr begonnen.

Vor nicht einmal 200 Teilnehmern führte dann ein KBW-Sprecher aus, daß der Protest gegen die Tariferhöhungen zwar nicht die Breite wie etwa in Frankfurt erreicht hätte, es aber doch richtig sei, hier vor dem Parlament gegen die Preiserhöhungen zu protestieren, damit die Senatoren nachher nicht behaupten könnten, es wäre ja keiner dagegen gewesen.

Wahrhaft – ein umwerfendes Argument! Mit keinem Wort ging der Sprecher dagegen auf die konkreten Kampfbedingungen und Erfahrungen ein – woraus sich ja überhaupt erst die weitere Aufgabenstellung ableiten läßt – und auf deren Grundlage überhaupt erst eine s e l b s t - k r i t i s c h e Bilanz der bisherigen Kampagne gezogen werden kann.

Daß der KBW indessen gar nicht „aus früheren Fehlern lernen" will, „um künftige zu vermeiden", wird u.a. sehr gut deutlich an der Art und Weise, wie er in seiner Presse über den totalen Reinfall beim „Sternmarsch" berichtet:

- In der Ortsbeilage der „KVZ" für Bremen (Nr. 14) wird gelogen, daß sich 500 Menschen an der Kundgebung vorm Bremer Parlament beteiligt hätten (diese „Übertreibung" hält sich allerdings noch in den Grenzen des beim KBW üblichen!).
- Schließlich wird sogar in der KBW-Betriebszeitung für Nordmende „Antenne" (Nr. 12) die phantastische Zahl von 1.200 Kundgebungsteilnehmern genannt (siehe Faksimile!).

Wir möchten die KBW-Genossen fragen: Wem wollt Ihr mit derartigen Spinnereien eigentlich imponieren?

Doch wohl nicht den Arbeitern? !? ●

KB-Sympathisanten in Bremen

K(r)ampf gegen die beiden Supermächte

Wir haben bereits früher, im Zusammenhang mit einer Artikel-Folge zur chinesischen Außenpolitik auf die Gefahr hingewiesen, daß Organisationen in den imperialistischen Ländern Europas unter der Devise „Kampf gegen die beiden Supermächte" (d.h. Sowjetunion und USA) praktisch eine Haltung der ‚Vaterlandsverteidigung' und des Sozialchauvinismus einnehmen.

Ein Beispiel dafür hat jetzt die vor kurzem gegründete französische ‚Parti Communiste Révolutionnaire (m.l.) – „Bruderpartei" der westdeutschen „KPD"! – geliefert. Zum jüngsten französischen Atom-Versuch schreiben die Genossen in ihrer Zeitung „front rouge" (Ausgabe vom 27. Juni) unter anderem:

„In einer Weltsituation, die von der Hegemonie der zwei Supermächte charakterisiert ist, ist der Hauptaspekt der französischen Atombombe, daß sie eine Abschreckungswaffe gegen eventuelle Angriffe von ihrer Seite, und vor allem des Sozialimperialismus, ist . . . Was die Atombombe angeht, so widersetzen sie (– die ‚Revolutionäre' – Anm. AK) *sich ihrer eventuellen Anwendung gegen die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker oder gegen die sozialistische Revolution in Frankreich. Sie verurteilen die Tatsache, daß die Atomversuche sich im Pazifik abspielen, ohne jede Rücksicht auf die Völker der Polynesischen Inseln und der benachbarten Länder.*

Aber sie widersetzen sich der französischen Atombombe nicht, soweit diese eine Abschreckungswaffe gegen die zwei Supermächte ist und ein Instrument der Unabhängigkeit darstellt.

Die französischen Revolutionäre haben jedes Interesse, daß der französische Imperialismus unabhängig ist, daß es keine Besatzungstruppen in Frankreich mehr gibt, denn damit wäre ein zusätzlicher Feind zu besiegen.

Heute ein Instrument der Unabhängigkeit, falls sie nicht in die NATO integriert wird – und dagegen widersetzen wir uns – wird die französische Nuklearmacht im sozialistischen Frankreich von morgen ein schlagkräftiges Instrument in den Händen der Revolutionäre zur Verteidigung des Sozialismus sein ... "

Diese Genossen haben immerhin die völlig logische Konsequenz gezogen, um die sich in unserem Land „KPD", „KPD/ML" und KBW – alles begeisterte Kämpfer ‚gegen die beiden Supermächte'! – immer noch herumdrücken: den „Unabhängigkeitskampf" des „eigenen" Imperialismus gegen die ‚beiden Supermächte', vor allem gegen den ‚Sozialimperialismus', der angeblich Westeuropa überfallen will, zu unterstützen.

Die Argumentation der französischen Genossen ist in dieser Hinsicht durchaus noch ausbaufähig. Über die Forderung nach westdeutschen Atomwaffen (‚zur Abschreckung') hinaus müßte eigentlich jede Form von Aufrüstung willkommen sein, denn erstens dient das der „Unabhängigkeit", und zweitens liefert es uns prächtige Waffen zur zukünftigen Verteidigung des Sozialismus, nach der Revolution.

Wir meinen allerdings, daß es unter dem Imperialismus keine „Unabhängigkeit" zu verteidigen gibt, und daß die Revolutionäre der imperialistischen Länder gegenüber der Möglichkeit imperialistischer Kriege nicht in eine Haltung der ‚Vaterlandsverteidigung' verfallen dürfen, sondern die Aufgabe haben, imperialistische Kriege mit dem revolutionären Bürgerkrieg zu beantworten. ●

haus aufgerufen – (offenbar) um
Nachdem sich noch weitere knapp
KB-Sympathisanten in Bremen
ist, daß es keine Besatzungstruppen
gerkrieg zu beantworten. ●

DKP: immer militanter ....

Leserbrief

Am 3.7. hatte ich an der Hamburger Uni eine angeregte Auseinandersetzung mit einem DKP-Studenten namens H.... Anlaß war eine Stellwand, die der SSB aufgebaut hatte, die sich als Gegendarstellung zu einer Ausstellung des FSR-SozPol (MSB/SHB Koalition) unter dem Titel „Aspekte deutscher Polen-Politik" begriff. Die Ausstellung des FSR-SozPol (Fachschaftsrat Soziologie und Politik - Anm. AK) klagte die Naziverbrechen am polnischen Volk an – blieb dabei aber auf einer rein „moralischen" Ebene stehen. Kein Wort in dieser Ausstellung zum antifaschistischen Widerstandskampf des polnischen Volkes, noch zur gegenwärtigen Situation in Polen (Arbeiteraufstände Ende 1970) und zur aktuellen Gefahr des Faschismus in der BRD und zur Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes hier.

Genau auf diese Punkte wies die Gegendarstellung des SSB hin.

Der DKP-Student forderte mich auf, zu der angeblichen „Geschmacklosigkeit" (Zitat) der SSB-Ausstellung Stellung zu nehmen. Diese „Geschmacklosigkeit" bestand seiner Ansicht nach darin, daß die SSB-Genossen sich erdreistet hätten, eine politische Kritik an der revisionistischen Versumpfung der „Vereinigten Arbeiterpartei Polens" zu führen; dies sei eine „Diffamierung" der Opfer des Nazifaschismus, die heute eben die Führung dieser Partei bildeten.

Diese „Kritik" des DKP-Studenten fügt sich lückenlos in die gesamte Politik der DKP ein, wo sich um die politisch-ideologische Auseinandersetzung zugunsten eines kleinbürgerlichen Moralismus herumgedrückt wird, und wo alle, die diese Auseinandersetzung führen, in übelster Weise beschimpft und verteufelt werden. So wurde ja auch schon die Kritik an der Politik der Unidad Popular in Chile als „Besudelung des Genossen Allende" etc. bezeichnet.

Im Verlauf der Diskussion kamen wir sehr schnell zu sprechen auf die logische Weiterführung des „ideologischen" Kampfes, wie er von den Revisionisten betrieben wird: Auf meine Frage, wie er denn zu den Vorfällen auf verschiedenen DKP-Veranstaltungen in Hamburg stehen würde, wo KB-Genossen von DKPlern verprügelt wurden (z. B. in Bergedorf), antwortete er: es sei durchaus richtig, Menschen, die auf einer öffentlichen demokratischen Veranstaltung erscheinen, zu verprügeln, wenn sich diese weigern würden, sich von UZ-Reportern fotographieren zu lassen, denn diese Veranstaltungen seien halt öffentlich und müßten daher auch öffentlich „propagiert" werden, mittels Fotos in der „UZ". Jeder, der sich weigern würde, sich fotographieren zu lassen, würde sich selbst **„als Krimineller bekennen"** und **„Kriminelle gehören ja nicht auf solche Veranstaltungen"**. Von daher würde er selbst z. B. mich – und jeden KB-Genossen – auf „seinen" Parteiveranstaltungen nur reinlassen, wenn ich vorher unterschreiben würde, daß ich mich den UZ-Reportern zu einem Foto zur Verfügung stelle. Wenn er mich dennoch als KBlerin auf der Veranstaltung sieht, würde er mich verprügeln.

Den Faschisten freies Spiel lassen, mit der Gewerkschaftsführung Hand in Hand, und die Kommunisten denunzieren, und auf sie einschlagen: das ist die Politik der DKP !! ●

Eine Genossin

SPORT UND POLITIK – ZWEI GETRENNTE DINGE?

– Leserbrief –

Es wird von der bürgerlichen Presse Fernsehen und Rundfunk immer davon geredet, daß Sport und Politik zwei von einander losgelöste Dinge seien. Dieses Gerede dient dazu, die mit der WM verbundenen politischen Ziele der Herrschenden zu vertuschen. Wurde die ganze WM dazu benutzt, die Massen in einzigartiger Weise für „unsere Elf", für „unseren Kaiser Franz", zur Herstellung einer „deutschen Fußball- und Volksgemeinschaft" („Deutschland. Deutschland über alles") zu mobilisieren, so schien dies nicht genug. Einen angeblichen Anruf an den Moderator Rauschenbach in der WM-Sondersendung am Freitag, den 5.7., im ersten Programm, in dem jemand vorsichtig vorzuschlagen gewagt hat, die ganze WM auch einmal unter sozialkritischen Gesichtspunkten zu sehen, benutzte Rauschenbach, um folgendes loszulassen:

„Wir wissen natürlich, aus welcher Ecke das kommt (!). Wenn sich solche Leute für Mao, Che Guevara oder Ho Chi Minh begeistern, so sollen sie das ruhig tun. In Wirklichkeit sind solche Leute ja nur neidisch, daß hinter dem Fußball mehr Leute herrennen, als hinter den Fahnen dieser kleinkarrierten Ideologen." ●

Ein AK-Leser aus Altona

ZUR POLITIK DES KBW(NRF)



In dieser Broschüre haben wir die wichtigsten politischen Differenzen zwischen uns und dem KBW in der Form von Nachdrucken aus dem ARBEITERKAMPF und aus UNSER WEG zusammengefaßt. Die Broschüre ist demzufolge recht umfangreich. Wir können die Lektüre dieser Artikelzusammenstellung nur empfehlen, da hier, mit Ausnahme der Differenzen in der Einschätzung zur Politik der VR China, alle heute in der kommunistischen Bewegung anstehenden Probleme behandelt werden. Die Fragen zum Programm, Zirkelwesen, Faschismus, Sozialdemokratie, Gewerkschaftspolitik und Ökonomismus im Zusammenhang betrachtet geben einen guten Überblick, zum einen über das System der politischen Widersprüche des KBW und zum anderen über die Diskussionen und Probleme der kommunistischen Bewegung. Wir versuchen mit dieser Broschüre einen Schritt zur tatsächlichen Überwindung des Zirkelwesens über die ideologische Auseinandersetzung zu leisten und gleichzeitig die Form der Auseinandersetzung mit Plattheiten und oberflächlichen Einschätzungen (faktisch eine Verfestigung des Zirkelwesens) zu bekämpfen.

3,- DM **74 Seiten**

INHALT